

## 41. Sitzung

am Dienstag, dem 9. Februar 2010, 14.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches..... 3227

**Geburtstagswünsche** für den Abgeordneten  
**Dr. Karl Vetter** ..... 3227

**Dank** an den **Bayerischen Gärtnerei-Verband** für  
dessen Aktion **"Blumen in den Landtag"** ..... 3227

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO** auf Vor-  
schlag der Fraktion der Freien Wähler  
**"Breitbandversorgung - 99%ige Versorgung der  
Haushalte in Bayern bis 2011 möglich?"**

Alexander Muthmann (FW).....	3227	3229
Staatsminister Martin Zeil.....	3228	3229 3230
	3231 3232 3233 3234	3235
Alexander König (CSU).....		3230
Annette Karl (SPD).....	3231	3234
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....		3231
Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP).....		3233
Josef Zellmeier (CSU).....		3233
Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP).....		3234
Hubert Aiwanger (FW).....		3235

**Antrag** der Staatsregierung  
**auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Ver-  
teilung von Versorgungslasten bei bund- und  
länderübergreifenden Dienstherrnwechseln  
(Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag)**  
(Drs. 16/3364)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 3235

**Gesetzentwurf** der Abgeordneten Hubert Aiwanger,  
Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Frak-  
tion (FW)

**zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes**  
(Drs. 16/3336)

- Erste Lesung -

Hubert Aiwanger (FW).....	3235
Klaus Steiner (CSU).....	3237
Maria Noichl (SPD).....	3238
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	3240
Thomas Dechant (FDP).....	3240

Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss.....  
3241

### Abstimmung

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-  
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.  
Anlage 1)**

Beschluss..... 3241

### Neubestellung

**eines stellvertretenden Mitglieds des LuK-Bei-  
rats**

Beschluss..... 3242

**Antrag** der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja  
Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion  
(FW)

**Stärkung der ambulant betreuten Wohngemein-  
schaften (Drs. 16/2181)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/3331)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW).....	3242	3246	3247
Petra Dettenhöfer (CSU).....			3243
Angelika Weikert (SPD).....			3243

Renate Ackermann (GRÜNE).....	3244	3246
Brigitte Meyer (FDP).....	3245	3246
Staatssekretär Markus Sackmann.....	3246	3247

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 2)..... 3248

Ergebnis der namentlichen Abstimmung ..... 3253

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige (Drs. 16/2555)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/3269)

Christine Kamm (GRÜNE).....	3248	3250	3251
			3253
Andreas Lorenz (CSU).....			3249
Isabell Zacharias (SPD).....			3249
Joachim Hanisch (FW).....			3250
Jörg Rohde (FDP).....	3250	3251	3252
Staatsminister Joachim Herrmann.....	3252	3253	

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 3)..... 3253

Ergebnis der namentlichen Abstimmung ..... 3259

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)

**Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP in Bayern**

**hier: Bildung (Drs. 16/2553)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/3283)

Beschluss..... 3254

**Antrag** der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u. a. (SPD)

**Einbeziehung der Forstverwaltungen in die Evaluation der Forstreform (Drs. 16/2754)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/3339)

Maria Noichl (SPD).....	3254
Klaus Steiner (CSU).....	3255 3256
Dr. Leopold Herz (FW).....	3256
Dr. Christian Magerl (GRÜNE).....	3256
Thomas Dechant (FDP).....	3257
Staatsminister Helmut Brunner.....	3257 3258

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 4) ..... 3262

Ergebnis der namentlichen Abstimmung ..... 3267

**Antrag** der Abgeordneten Reinhold Perlak, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. (SPD)

**Wiedereinführung der staatlichen Ernährungsberatung (Drs. 16/2781)**

Beschlussempfehlung (Drs. 16/3317)

Annette Karl (SPD).....	3259
Ulrike Müller (FW).....	3260
Claudia Stamm (GRÜNE).....	3260 3261
Gudrun Brendel-Fischer (CSU).....	3261
Thomas Dechant (FDP).....	3262

Beschluss..... 3262

**Antrag** der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u. a. und Fraktion (SPD)

**Bürgerinitiativen auf europäischer Ebene (EBI) hier: Stellungnahme zum Grünbuch zur Europäischen Bürgerinitiative (KOM (2009) 622)**

(Drs. 16/3159)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/3280)

und

**Antrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Stellungnahme des Landtags zum Grünbuch der Europäischen Kommission zur Europäischen Bürgerinitiative (KOM (2009) 622)**

(Drs. 16/3241)

Beschlussempfehlung (Drs. 16/3281)

Adelheid Rupp (SPD).....	3263
Christine Kamm (GRÜNE).....	3264
Alfred Sauter (CSU).....	3264
Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW).....	3265
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	3266

Beschluss zum SPD-Antrag 16/3159..... 3267

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 16/3241..... 3267

Schluss der Sitzung..... 3268

(Beginn: 14.04 Uhr)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 41. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Herrn Kollegen Dr. Karl Vetter sehr herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

Draußen im Steinernen Saal befindet sich ein großes Angebot an Orchideen. Für jede Kollegin und jeden Kollegen steht heute eine solche Orchidee bereit. Es handelt sich dabei um eine kleine Aufmerksamkeit des Bayerischen Gärtnerei-Verbandes. Wir sind uns darin einig, dass der Plenarsaal durch die Orchideen geschmückt wird. Aus diesem Grund dürfen die Orchideen heute im Plenarsaal aufgestellt werden. Das Präsidium wird den Umstand nicht rügen, dass sich sachfremde Gegenstände im Plenarsaal befinden. Damit wird sichergestellt, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Orchideen behalten können.

(Tanja Schweiger (FW): Danke für die Blumen! - Allgemeiner Beifall)

Ich wollte Ihren Dank, den Sie gerade mit Ihrem Beifall ausgedrückt haben, ebenfalls dem Bayerischen Gärtnerei-Verband zukommen lassen. Die Vertreter des Verbands kann ich jedoch auf der Besuchertribüne noch nicht sehen. Sollten sie später auf der Besuchertribüne erscheinen, werde ich in Ihrem Namen und mit Ihrer Zustimmung diesen Dank erneut aussprechen. Außerdem bin ich gebeten worden - dabei befinde ich mich knapp an der Grenze zur Schleichwerbung -, auf den Valentinstag in wenigen Tagen hinzuweisen. Ich glaube, diesen Wink mit dem Zaunpfahl haben wir alle verstanden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Ministerbefragung gem. § 73 GeschO auf Vorschlag der Fraktion der Freien Wähler**

### **"Breitbandversorgung - 99%ige Versorgung der Haushalte in Bayern bis 2011 möglich?"**

Zuständig für die Beantwortung ist der Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Sie, Herr Kollege Dr. Zeil.

(Staatsminister Martin Zeil: Ohne Doktor bitte!)

- Den Dokortitel bekommen Sie heute kostenlos mitgeliefert.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bevor ich dem ersten Fragesteller das Wort erteile, möchte ich, wie angekündigt, die Vertreter des Bayerischen Gärtnerei-Verbandes herzlich willkommen heißen und Ihnen für die wunderschönen Orchideen, die Sie heute den Mitgliedern des Landtags mitgebracht haben, herzlich danken.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße Herrn Präsidenten Roland Albert, Herrn Vizepräsidenten Hermann Berchtenbreiter und eine Reihe weiterer Mitglieder der Bezirksverbände im Präsidium. Dies ist alles, was ich in diesem Zusammenhang zu sagen habe. Herr Staatsminister, bitte nehmen Sie Ihren Platz ein. Herr Kollege Muthmann, bitte stellen Sie Ihre erste Frage.

**Alexander Muthmann (FW):** Herr Präsident, Herr Staatsminister! Manche Dinge können durch die Blume gesagt werden. Für das Thema Breitband gilt das nicht. In den Fragen und Antworten zum Thema Breitband sollten deutliche Worte gefunden werden. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, Bayern flächendeckend bis Ende 2011 mit Breitband zu versorgen. Sie verbreiteten zum Jahreswechsel durchaus auch die eine oder andere Erfolgsmeldung. Allerdings gibt es auch ein paar andere Indikatoren, die in eine andere Richtung deuten. Der Bayerische Gemeindetag hat in seiner letzten Veröffentlichung alle notleidenden Gemeinden dazu aufgerufen, sich zu melden, wenn Probleme bestehen. Ich erlebe solches auch zu Hause bei den Gemeinden und den Unternehmern. Sie fragen klagend: Wann geht es endlich vorwärts?

Im Übrigen haben Sie sich, wie man hört, auch nach Entwicklungen außerhalb Bayerns erkundigt. Kollegen der CSU waren in Oberösterreich und sind mit der Erkenntnis nach Hause gekommen - ich darf zitieren -: Jetzt ist auch der Freistaat in der Pflicht. Der Kollege Miller wird mit dem Satz zitiert, das Beispiel Oberösterreich zeige deutlich, dass eine gemeinsame Planung von Staat und Wirtschaft sehr effektiv sei. Das ist etwas, was wir schon längst gefordert haben. Aber ob wir hier diese Problemsicht schon haben, muss ich bezweifeln.

Kollege Erwin Huber hat vor 14 Tagen im Wirtschaftsausschuss endlich einmal konkrete Zahlen genannt, wonach die Staatsregierung bis 2011 98 bis 99 % der Haushalte in Bayern an das schnelle Internet anschließen wolle.

Dazu stelle ich jetzt meine Fragen:

Erstens. Ist das von Erwin Huber genannte Ziel tatsächlich auch das Ziel der Staatsregierung? Wenn nein, frage ich: Herr Staatsminister, welches konkrete, messbare Ziel hat die Staatsregierung dann? Diese Frage bezieht sich einmal auf die Geschwindigkeit - was ist "schnell"? - und dann auch auf die nachfolgende zweite Frage nach der Verbreitung.

Zweitens. Wie viele Haushalte wollen Sie binnen der genannten Frist, bis 2011, an das schnelle Internet angebunden haben?

Drittens. Gibt es für die Erreichung des Ziels der Staatsregierung mittlerweile den von Ministerpräsident Seehofer Mitte letzten Jahres angekündigten Masterplan? Er hat ja angekündigt, dass ein solcher angesichts der Bedeutung der Aufgabe notwendig sei. Wie sieht dieser Masterplan aus?

Viertens. Was wird die Staatsregierung über das hinaus tun, was sie bisher tut, um die Zielerreichung sicherzustellen?

Dabei würde uns auch der Status quo interessieren. Daher frage ich fünftens: Wissen Sie, in welchen Verbreitungsgebieten bei wie vielen Haushalten welche Versorgungsangebote für das schnelle Internet derzeit bestehen, und in welcher Kontrolldichte bzw. Beobachtungsdichte schreiben Sie diese Zahlen fort?

Sechstens. Auch "Technologieneutralität auf dem Prüfstand" war ein Thema. Sie haben immer gesagt, es müsse technologieneutral ausgeschrieben werden. Hat sich da etwas getan? Wir hoffen alle zusammen, dass wir da neue Erfahrungen und Antworten mitgeteilt bekommen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Muthmann, ich bin Ihnen dankbar für diese Fragen, weil sie Gelegenheit geben, dem Hohen Hause einen Zwischenbericht über eines der wichtigsten strukturpolitischen Anliegen der Bayerischen Staatsregierung vorzutragen, nämlich über die Breitbanderschließung Bayerns.

Seit wir das Thema im Sommer letzten Jahres behandelt hatten, gab es eine erfreuliche Entwicklung. Der Anstieg der Förderzahlen war in den letzten Monaten von einer hohen Dynamik geprägt. Bis heute haben 218 Gemeinden in Bayern Förderbescheide für eine moderne Breitbandinfrastruktur erhalten. Damit hat sich allein in den vergangenen drei Monaten die Zahl der Förderbescheide verdoppelt. Wenn wir uns dann noch vergegenwärtigen, dass wir im August seitens des Gemeindetages eine Zahl von etwa 500 Gemeinden genannt bekommen haben, die mit dem Ausbau zumindest Probleme haben, dann erkennen wir, dass wir da auf einem sehr guten Weg sind.

Über die Investitionsprojekte hinaus haben rund 770 Gemeinden einen Zuschuss für Machbarkeitsstudien und Planungen erhalten. Bereits sieben Monate nach der Genehmigung der durch die EU-Kommission verdoppelten Förderbeträge erweisen sich das Breitbandprogramm und der bayerische Förderweg als Erfolg. Es hat sich ausgezahlt, dass wir im Frühjahr letzten Jahres sofort aktiv geworden sind. Im bundesweiten Vergleich haben wir die Spitzenposition.

Der Mittelabfluss von derzeit rund 14 Millionen Euro bestätigt die Entscheidung der Staatsregierung, weitere Mittel insbesondere aus dem Konjunkturpaket II einzusetzen. Die noch vor einem Jahr eingeplanten 19 Millionen Euro werden bald aufgebraucht sein. Mit einem Finanzvolumen von zusammen rund 47 Millionen Euro haben wir noch genügend Spielraum für weitere Gemeinden. Dieser gute Befund beruht neben den verbesserten Förderkonditionen auch auf dem umfassenden kostenlosen Beratungsangebot und auf dem im Rahmen der EU-Vorgaben möglichen raschen und unbürokratischen Vollzug durch die Regierungen. Ich betone, dass hier hervorragende Arbeit geleistet wird.

Besonders hebe ich den großen Einsatz vieler bayerischer Bürgermeister und Breitbandpaten hervor. Trotz komplizierter EU-Vorgaben haben sie ihre Projekte behertzt vorangetrieben und zum Erfolg gebracht.

Die geförderten Projekte - damit komme ich zu Ihrer Technologiefrage - umfassen das ganze technische Spektrum von Funk- und DSL-Lösungen bis hin zu Hybridansätzen. Damit bestätigt sich die Richtigkeit des dezentralen Ansatzes. Es zeigt sich, dass für jede Gemeinde eine passende Lösung möglich und wirtschaftlich darstellbar ist. Es bestätigt sich aber auch der Wettbewerbsansatz des Förderprogramms. Die enorme Ausbaudynamik gerade auch der kleinen Anbieter treibt die großen Unternehmen zu Anstrengungen, die ohne diesen Wettbewerbsdruck wohl deutlich geringer wären.

Die Breitbandabdeckung in Bayern beträgt nach neuesten Erfassungen des Bundes 94,4 %, bezogen auf eine Übertragungsgeschwindigkeit von mindestens 1 Megabit pro Sekunde. Sie ist damit im ersten Halbjahr 2009 um 2 % gestiegen.

Vor diesem Hintergrund bin ich sehr optimistisch, dass wir das Ziel des Koalitionsvertrages, bis 2011 eine schnelle Internetverbindung in den noch unversorgten Gebieten sicherzustellen, erreichen werden.

Voraussetzung dafür ist aber, dass wir die derzeitige Förderstrategie konsequent weiterverfolgen. Das gilt vor allem für die Dauerbrenner Staatsaufgabe und Daseinsvorsorge. Die Politik hat hier seinerzeit durch die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes Entscheidungen getroffen. Es nützt nichts, wenn wir mit Wehmut auf die vermeintlich glückliche Zeit des Telekommunikationsmonopols zurückblicken, in dem ein Staatsunternehmen dem Bürger die Anschlüsse zuteilt. Diese Realität sollte man zur Kenntnis nehmen.

Sie haben gefragt, was wir über das Förderprogramm hinaus tun. In der Tat: Was ich gesagt habe, ist nur *ein* Baustein, wenn auch ein wichtiger. Die Frage war, ob wir hier weitere Anstrengungen unternehmen, um dem ländlichen Raum die Bandbreiten der nächsten Generation zu eröffnen. Unser Förderprogramm sorgt schon heute dafür, dass die gebündelten hohen Bandbreiten näher zu den Gemeinden vorrücken.

Ein weiteres langfristiges Element unserer Strategie ist die Förderung von Machbarkeitsstudien. Sehr wichtig wird jetzt auch die Nutzung der digitalen Dividende sein. Da stehen wir kurz vor der wichtigen Versteigerung. Wir werden sehr genau darauf achten, dass der straffe Zeitplan bis zur Versteigerung im zweiten Quartal eingehalten wird, weil sich hier neue, hervorragende Chancen gerade für den ländlichen Raum eröffnen. Ich habe mich von Anfang an für eine Nutzung der freiwerdenden Rundfunkfrequenzen für die Breitbandversorgung eingesetzt. Es gibt bereits jetzt Signale führender Netzbetreiber, dass diese die ersteigerten Frequenzen zügig zur Breitbandversorgung im ländlichen Raum ausrollen werden.

Wir brauchen aber als zusätzlichen Baustein - das ist auf unseren Druck hin im Koalitionsvertrag des Bundes hinterlegt worden - eine investitionsfreundliche Regulierung. Wir müssen den Breitbandausbau von dieser Seite her beschleunigen. Und letzten Endes geht es auch darum, den Unternehmen mehr Rechtssicherheit und Anreize für eigene Infrastrukturmaßnahmen zu geben. Auch hier stehen wir in sehr engem Kontakt mit dem Bundeswirtschaftsministerium, damit die Dinge entsprechend umgesetzt werden.

Es gab dann auch - Sie haben den Masterplan angesprochen - die Gespräche des Ministerpräsidenten und von mir mit Anbietern, insbesondere mit dem einen, der mit einer gewissen Investitionszurückhaltung oder auch Teilnahmezurückhaltung bei den Ausschreibungen reagiert hatte. Diese Gespräche waren erfolgreich; denn auch hier sind die Dinge viel mehr in Bewegung gekommen.

Schnelle Erfolge werden wir aber nur erreichen - das möchte ich noch einmal betonen -, wenn wir unser Förderprogramm nicht zerreden, sondern weiter entschlossen nutzen. Wenn es uns gelingt, diese Dynamik zu erhalten, werden die Lücken in der bayerischen Breitbandversorgung bald geschlossen sein, insbesondere wenn wir alle diese Bausteine, die ich genannt habe, einschließlich der digitalen Dividende dafür nutzen.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch betonen, wie wichtig vor diesem Hintergrund das Gebot der Technologieneutralität ist. Mein Appell geht dahin, sich den Funklösungen nicht zu verschließen; denn es zeigt sich sehr wohl - das sieht man im Vergleich mit den anderen Ländern -, dass es gerade dort, wo der Staat die Dinge stärker in die Hand genommen hat, nur mit Funklösungen geht.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Staatsminister. Zu einer Nachfrage hat noch einmal der Kollege Muthmann das Wort.

Vorab gebe ich schnell die weiteren Fragesteller bekannt, damit sich jeder darauf einstellen kann. Es haben sich für weitere Fragen gemeldet der Kollege König, die Frau Kollegin Karl, der Kollege Hartmann und der Kollege Dr. Kirschner.

Jetzt hat zunächst Kollege Muthmann das Wort.

**Alexander Muthmann (FW):** Es sind keine neuen Fragen, sondern die alten, die der Herr Minister konkret mit Ja oder Nein beantworten kann: Herr Minister, was ist "schnell"? Was ist "flächendeckend"? Ist das, was Erwin Huber als Ziel ausgegeben hat, auch das Ziel der Staatsregierung, nämlich 98 bis 99 % der Haushalte bis zum Jahr 2011 mit einer schnellen Internetanbindung zu versorgen? Letztere Frage könnte man sicherlich einfach mit Ja oder Nein beantworten.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Deshalb mache ich es auch ganz einfach. Wie Sie wissen, befindet sich die Staatsregierung in allen wirtschaftspolitischen Fragen in Übereinstimmung mit dem Kollegen Huber, selbstverständlich auch bei dieser Frage.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und nun zum Stichwort "schnell". Nach der Breitbandstrategie der Bundesregierung gibt es diese Grenze von einem Megabit pro Sekunde. Bayern ist als einziges Bundesland von Anfang an darüber hinausgegangen. Wir haben gesagt: Selbstverständlich können unter dem Blickwinkel der Mindestversorgung auch schnellere Geschwindigkeiten gefördert werden, vor allen Dingen dort, wo Gewerbegebiete mit dabei sind. Hier gibt es in allen Technologien - übrigens gerade auch bei der Funktechnologie - hervorragend auf die einzelnen Fälle zugeschnittene Geschwindigkeiten, die weit über zehn Megabit pro Sekunde auch bei der Funklösung reichen.

Es gilt hier zu unterscheiden. Einerseits müssen wir diese Grundversorgung so schnell wie möglich sicherstellen, worauf auch die Breitbandstrategie der Bundesregierung abzielt, wobei wir, wie gesagt, auch noch darüber hinausgehen. Andererseits geht es sozusagen um die Datenautobahnen. Das sind Geschwindigkeiten um die 50 Megabit pro Sekunde und mehr, die wir in dieser konzertierten Aktion möglichst haben wollen. Die Bundesregierung hat sich da, wie gesagt, das Ziel 2014 für drei Viertel der Haushalte gesetzt. Und das gilt dann natürlich gerade auch für Bayern. Unsere Strategie knüpft daran in hervorragender Weise an. Es ist alles miteinander kompatibel, weil wir ohnehin schon ehrgeiziger sind und unsere Ziele höher gesteckt haben, je nachdem, welchen Bedarf es in den einzelnen Kommunen gibt. Damit können wir möglicherweise in einzelnen Bereichen sogar schneller sein. Auf jeden Fall teilen wir dieses Ziel mit der Bundesregierung und sind entschlossen, dieses Ziel mit den Strategien, die ich bereits genannt habe - unter anderem investitionsfreundliche Regulierung - zu erreichen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Minister. Als nächster Fragesteller hat der Kollege Alexander König das Wort.

**Alexander König (CSU):** Herr Staatsminister, Sie haben dargestellt, dass die wesentliche Verbesserung des Breitbandförderprogramms durch die Staatsregierung im vergangenen Jahr zu einer erhöhten Inanspruchnahme geführt hat. Gleichwohl gehen natürlich die Meinungen im Land über "schnell" und "langsam" auseinander, da es sich dabei um relative Begriffe handelt. Nicht selten wird von den Bürgerinnen und Bürgern auf vermeintlich bessere und größere Anstrengungen in Nachbarländern wie Österreich oder Südtirol verwiesen. Deshalb meine Frage: Wie beurteilen Sie, Herr Staatsminister, die von Ihnen sicherlich beobachteten Aktivitäten in den Nachbarländern? Ergeben sich für Sie daraus Schlüsse, was unsererseits in Bayern noch

verbessert werden könnte, um den Breitbandausbau zu forcieren?

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege, ich habe mich natürlich in diesen Ländern umgesehen. Es geht auch da immer um die Frage, wie hoch die Übertragungsgeschwindigkeit ist. In Südtirol hat man mit einer Mischung aus Glasfasernetzen und Funklösungen sichergestellt, dieses eine Megabit pro Sekunde zu erreichen. Aber auch dort gibt es die Erweiterungen je nach Bedarf. Das wird dort also ähnlich gesehen wie in Bayern.

In Oberösterreich - das ist vorhin auch schon gesagt worden - werden im Rahmen einer E-Government-Initiative die öffentlichen Gebäude jeder Gemeinde mit Glasfaserleitungen versorgt. Für dieses sogenannte Backbone-Netz wurden öffentliche Mittel in Höhe von zwölf Millionen Euro aufgewendet. Etwa den zehnfachen Betrag haben die Telekommunikations- und Energieversorgungsunternehmen investiert. Derzeit wird geprüft, wie der Ausbau der Endkundenanschlüsse realisiert und finanziert werden kann.

Allerdings ist - das ist vielleicht auch das Missverständnis in der Diskussion - eine flächendeckende Realisierung von Glasfaseranschlüssen dort noch längst nicht erfolgt. Hier bietet der bayerische Weg aufgrund seiner Endkundenorientierung erhebliche Vorteile. In Bayern liegt fast jede Gemeinde zumindest in der Nähe eines hoch bit-ratigen Knotenpunktes. Im Übrigen darf ich der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass sich die anderen österreichischen Bundesländer diesem Weg nicht angeschlossen haben. Österreich liegt bislang im internationalen Breitbandvergleich gegenüber Deutschland deutlich zurück.

In der Schweiz ist es auch nicht viel besser, wenngleich dort zunächst Überlegungen zu Universaldienstleistungen angestellt worden waren. Allerdings muss man zum Thema Universaldienstleistungen sagen, dass sie nach EU-Recht nicht möglich wären. Die EU-Kommission hat sich jüngst dagegen ausgesprochen, Breitband künftig als weiteren Universaldienst aufzunehmen. Ich füge hinzu: Auch das Thema Universaldienst löst allein nicht das Problem der Finanzierung; denn meist ist mit Universaldienstverpflichtungen die Verpflichtung eines Netzbetreibers gemeint, auch in nichtrentablen, dünn besiedelten ländlichen Regionen jedem Bürger Breitband anzubieten. Die hierfür notwendigen Kosten können nicht alleine einem Unternehmen aufgebürdet werden. Deswegen würde das natürlich dazu führen, dass das letztlich über Steuergelder und erhöhte Endkundenpreise refinanziert werden müsste. Deswegen gibt es aus unserer Sicht, wenn wir diese drei Länder nehmen, außer interessanten technischen Lösungen, die wir hier in Bayern im Wettbewerb vergleichen wol-

len, jetzt nichts, was besser wäre als unsere Förderansätze.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Keine weitere Frage? - Gut. Dann ist Frau Kollegin Karl dran. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Annette Karl (SPD):** Herr Minister Zeil, in der Wolf- ratshauser Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung" wird am 4. Februar Bernhard Amler - das ist der Ansprech- partner für Breitbandförderung bei der Regierung von Oberbayern -, auf einer Info-Veranstaltung für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen mit den Worten zi- tiert, es sei geplant, die staatliche Breitbandförderung zum Ende des Jahres auslaufen zu lassen, die Ge- meinden mögen sich daher beeilen, wenn sie noch Fördergelder haben wollten.

Vor dem Hintergrund all dessen, was wir heute schon gehört haben, und dem erklärten Ziel der Staatsregie- rung, Bayern bis Ende des Jahres 2010 zumindest mit einer Bandbreite von einem Megabit pro Sekunde flä- chendeckend zu versehen, frage ich Sie nach den Pla- nungen, das Förderprogramm zum Jahresende aus- laufen zu lassen. Was soll an die Stelle dessen treten, um hier in Bayern diesen Zielen endlich gerecht zu wer- den? Tatsache ist, dass es auch in 20 Kilometer Ent- fernung vom Flughafen München Gemeinden wie etwa Buch am Erlbach gibt, wo es nicht gelingt, eine vernünftige Anbindung hinzubekommen. Also nochmals meine Frage: Was soll stattdessen kommen, wenn die- ses Programm ausläuft? Wie ist dort Ihre Konzeption? Was passiert mit den vielen Millionen - es sind noch über 20 Millionen Euro -, die im Fördertopf sind?

(Beifall bei der SPD)

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Ich bin Ihnen für diese Frage äußerst dankbar, weil diese unzutreffende Aussage eines - wenn sie so ge- fallen sein sollte - Vertreters der Regierung von Ober- bayern natürlich schnellstens korrigiert werden muss. Es kann überhaupt keine Rede davon sein, dass hier etwas ausläuft. Ich habe zu Beginn auch ausgeführt, dass wir jetzt mit den Anstrengungen, die wir gemacht haben, endlich ins Laufen gekommen sind. Deswegen wird da gar nichts auslaufen - im Gegenteil; denn in der Staatsregierung wurde bei der Frage, ob denn die Summe ausreicht, die klare Auffassung vertreten, als wir damals auch über Anträge aus diesem Hohen Haus beraten haben: Jetzt machen wir es einmal mit den 47 Millionen Euro. Aber eines ist auch klar: Sollten die nicht ausreichen, dann wird es verständlicherweise an zusätzlichen Mitteln, wenn solche erforderlich sein soll- ten, nicht scheitern. Das war damals die klare Aussage und die Haltung in der Koalition.

Insofern kann ich nur sagen: Wir hatten zu Beginn der Koalition gesagt, das Ziel soll in spätestens drei Jahren erreicht sein. Das wäre also 2011 - insoweit muss ich 2010 ein bisschen korrigieren -, wie es auch Herr Kollege Huber gesagt hat, und an diesem Ziel halten wir selbst- verständlich fest. Es setzt allerdings voraus - lassen Sie mich das nochmals sagen -, dass jetzt alle ihre Mög- lichkeiten nutzen.

(Alexander König (CSU): Ja!)

Und wenn ich beispielsweise in einem Brief, den ich von einem Bürgermeister bekommen habe, lese, das An- gebot eines Funkanbieters sei nicht angenommen wor- den, weil diese Technologie den Bürgern nicht zuzu- muten sei, dann sind wir natürlich auch mit unseren Möglichkeiten am Ende; denn das kann nicht das Kri- terium sein. Wir müssen vielmehr auf einen breiten Technologie-Mix setzen, sonst werden wir dieses Thema nicht in den Griff bekommen. Das wird sich auch im Zuge der digitalen Dividende zeigen. Wir müssen auf einen breiten Technologie-Mix setzen, wenn wir dieses Wort einlösen wollen, und wir wollen es. Das will diese Staatsregierung, das will das ganze Haus. Alle anderen Länder um uns herum tun's doch auch. Deswegen bitte ich nochmals herzlich, diese rückwärtsgewandten Be- denken, die wir schon bei der gesamten Mobilfunk- Diskussion hatten, nicht zu sehr hochzuziehen, son- dern sich gemeinsam mit uns entschlossen auf den Weg zu machen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat der Herr Kollege Hartmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Staatsminister, Herr Kollege König hat mit seiner Frage den Blick auf die Nachbarländer gelenkt. Ich würde den Blick gerne einmal auf benachbarte Bundesländer rich- ten, zum Beispiel auf Baden-Württemberg; denn in Baden-Württemberg gibt es ein Modellprojekt, bei dem sich Kommunen landkreisübergreifend für eine schnel- le Internet-Anbindung einsetzen und eine solche aus- geschrieben haben, die vom Land und vom Bund gefördert wird. Meine Frage ist: Gibt es in Bayern im Masterplan Breitband ähnliche Initiativen von Kommu- nen? Werden solche Initiativen, wenn es denn welche geben sollte, vom Freistaat unterstützt? Ist geplant, sol- che Projekte zu fördern?

Eine weitere Frage, die erst in den letzten Wochen in den Medien stand, lautet, wie die Staatsregierung die Äußerung des Herrn Staatssekretär im Bundesministe- rium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher- schutz, Dr. Gerd Müller, wertet. Beim Thema Breitband- ausbau wurde im Agrarausschuss ein

Strategiewechsel angedeutet. Demnach wolle das Ministerium die Bundesnetzagentur dazu bewegen, den Wettbewerb auf dem Gebiet der Kommunikation wieder einzuschränken und die Entgelte, die die Telekom für die Vermietung des letzten Stücks der Teilnehmeranschlüsse bekommt, wieder zu erhöhen. Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren.

Eine letzte Frage betrifft eine ganz aktuelle Thematik der EU-Kommission, und zwar aus Sachsen. Es ging darum, ob die Kommunen die Leerleitungen, die in den Straßen liegen, den Mitbewerbern zur Erschließung anbieten dürfen. Wie sieht es da in Bayern aus? Gibt es hierüber eine Erhebung? Weiß man, in welchen Kommunen Leerleitungen zur Verfügung stehen? Ist das irgendwo einsichtig, damit auch Mitbewerber abseits der Telekom eine Möglichkeit haben, für die Region ein entsprechendes Angebot abzugeben?

Das wären meine drei konkreten Fragen. Ich bitte um konkrete Antworten auf diese drei Fragen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege, ich antworte immer konkret, auch auf Ihre drei Fragen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Erstens: Ich will Ihnen zu dem Thema Gemeinschaftsprojekte, also gemeinde- und landkreisübergreifende Förderung, sagen: Unser Förderprogramm sieht in allen Fördertatbeständen vor, dass sowohl einzelne Gemeinden als auch Gemeindeverbände gefördert werden können. Konkret bedeutet das, sowohl Investitionsprojekte als auch Machbarkeitsstudien und Planungsarbeiten können gemeindeübergreifend durchgeführt werden. Viele Landkreise machen davon schon Gebrauch. Die Förderhöchstbeträge werden auf die erfassten Gemeinden bezogen, also bei gemeinschaftlichen Projekten kumuliert. Deswegen steht auch landkreisübergreifenden Projekten nichts entgegen.

Aufgrund der Gleichbehandlung und auch aufgrund von EU-Vorgaben müssen wir beim Thema Pilotprojekte - beim zweiten Thema, das Sie angesprochen haben - besonders sorgfältig und restriktiv sein. Die Projekte müssen dann wirklich technologisch innovativ sein; auch solche gibt es. Aber da gibt es manchmal falsche Vorstellungen, weil manche meinen, wenn sie sich einmal zusammenschließen, sei das schon der Gipfel der Innovation. Das ist also nicht der Fall. Insofern müssen wir hier differenzieren.

Sie haben zweitens auf eine Stellungnahme des Kollegen Dr. Müller im Bundestag Bezug genommen. Ich nehme die Äußerung so, wie Sie es gesagt haben. Ich nehme an, er hat das gemeint, was wir im Koalitionsvertrag in Berlin hinterlegt haben, dass wir bei der Regulierung nicht nur auf die Endkundenpreise allein schauen dürfen, sondern dass es auch eine investitionsfreundliche Regulierung mit verschiedenen Vorschlägen geben muss, die wir auch der Bundesregierung schon vorgelegt haben.

Wir haben zu Themen wie einer regional differenzierten Regulierung, längeren Regulierungsperioden und dergleichen Vorschläge unterbreitet. Das muss jetzt in ein Gesamtkonzept gegossen werden. Es gibt also keinen grundsätzlichen Strategiewechsel insofern, dass dies nicht mehr ernst genommen wird und nicht mehr wichtig ist, sondern es geht darum, nachdem der Staat bekanntlich nicht die 50 Milliarden Euro hat, die der große Ausbau etwa kosten würde, dass die privaten Investitionen, natürlich mit staatlichem Anschub und mit Fördermöglichkeiten, so angereizt werden, dass die Aufgabe gelingt.

Sie hatten drittens das Thema Leerrohre angesprochen. Aufgrund der derzeitigen Restriktionen durch die EU-Kommission ist die Lage leider etwas kompliziert. Die EU-Kommission hat kürzlich zum GAK-Rahmenplan eine Entscheidung getroffen, in der sie zum Beispiel festgelegt hat, dass die Leerrohrförderung nicht mit weiteren staatlichen Fördermaßnahmen zur Breitbandversorgung kumuliert werden kann. Die EU-Kommission schließt zudem eine Leerrohrförderung aus, falls Funk- oder Satellitenbetreiber darlegen können, dass sie mit staatlicher Finanzhilfe für eine Grundversorgung im entsprechenden Gebiet sorgen können. Hierfür steht ihnen ein Zeitraum von drei Jahren zur Verfügung.

Die Versteigerung der digitalen Dividende ist mit der hohen Erwartung verknüpft, dass Funkanbieter mit den neuen Frequenzen noch stärker ins Ausbaugeschehen eingreifen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass die Funkanbieter mit entsprechenden Ankündigungen eine Leerrohrförderung in der derzeitigen Ausgestaltung verhindern.

Auch in diesem Zusammenhang ist der bayerische Weg der bessere. Unser Förderprogramm zielt auf eine schnelle Herstellung der Breitbandgrundversorgung ab. Dies ist nur möglich, wenn unmittelbare Endkundenanschlüsse realisiert werden. Dies wäre bei einer bloßen Leerrohrförderung nicht der Fall. Mittel- und langfristig ist die Verlegung von Leerrohren gleichwohl sinnvoll. Das bayerische Förderprogramm sieht daher von Anfang an eine Förderung von Gemeinden vor, die eigene Infrastrukturen aufbauen und einen Netzbetrei-

ber ermitteln, der diese Infrastruktur betreibt. Der Vorteil ist, dass wir nicht nur die Verlegung von Leerrohren fördern, sondern das Rohr einschließlich des Kabels. Allerdings werden wir darauf achten, dass der Bund - jedenfalls haben wir ihn darum gebeten - mit der EU-Kommission eine Rahmenrichtlinie zur Leerrohrförderung abstimmt, welche dann die Möglichkeit eröffnet, flächendeckend Leerrohre im Vorgriff auf Next-Generation-Networks zu verlegen. Das ist eine wichtige Angelegenheit. Im Übrigen bitten wir auch die Kommunen und fordern sie geradezu auf - das ist nicht verboten -, Leerrohre bei jeder sich bietenden Gelegenheit, im Zuge von Baumaßnahmen zu verlegen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Kollege Dr. Kirschner das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Kirschner.

**Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP):** Herr Staatsminister, in Ihren letzten Ausführungen haben Sie das Thema digitale Dividende angesprochen. Meine Frage dazu lautet: Welche Erwartungen verbindet die Staatsregierung mit der Versteigerung der sogenannten digitalen Dividende, und wie sieht der Zeitplan hierfür aus?

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege, die Erwartungen sind sehr hoch. Das hatte ich eingangs schon gesagt. Deswegen haben wir dieses Projekt mit hoher Priorität begleitet. Der Versteigerung ist am 12. Juni 2009 mit Zustimmung Bayerns im Bundesrat der Weg geebnet worden. Der Beirat bei der Bundesnetzagentur hat am 12. Oktober 2009 das Benehmen für die Versteigerungsbedingungen hergestellt. Damit ist der Weg frei für die Verwendung der durch die Digitalisierung des Rundfunks freiwerdenden Hörfrequenzen für mobile Breitbanddienste.

Damit der Ertrag der digitalen Dividende vor allem den noch unterversorgten Gemeinden im ländlichen Raum zugute kommt, haben wir aktiv an einer Klausel für das anstehende Vergabeverfahren mitgewirkt, die eine prioritäre Versorgung gerade dieser Gebiete sichert. So sind die Netzbetreiber nach Ersteigerung verpflichtet, die ersteigerten Kapazitäten zunächst zur Erschließung weißer Flecken zu verwenden. Erst wenn diese Gebiete versorgt sind, dürfen die Frequenzen von den Netzbetreibern zur Versorgung profitabler, bereits versorgter Gebiete verwendet werden. Somit ist sichergestellt - gerade für ein Flächenland wie Bayern ist das von ganz entscheidender Bedeutung -, dass von der digitalen Dividende gerade jene Gemeinden profitieren, die bisher trotz durchgeführten Auswahlverfahrens keinen Netzbetreiber für den Breitbandausbau finden konnten.

Wir haben die Bundesregierung aufgefordert, die Realisierung dieser Verpflichtungen rechtlich abzusichern und mit größtem Nachdruck zu verfolgen. In Spitzen-

gesprächen mit führenden Netzbetreibern wurde deutlich, dass diese sehr an einer zügigen Umsetzung der ersteigerten Kapazitäten und der damit verbundenen Ausbaupflichtung interessiert sind. Deshalb gilt es, alle Anstrengungen darauf zu richten, den straffen Zeitplan bis zur Versteigerung im zweiten Quartal und darüber hinaus einzuhalten. Umso schneller können wir mit einem raschen Ertrag aus der digitalen Dividende für unseren ländlichen Raum rechnen.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Kollege Zellmeier das Wort.

**Josef Zellmeier (CSU):** Herr Staatsminister Zeil, ich habe noch eine Frage zur Technologieneutralität. Sie haben vorhin dargestellt, wie wichtig die Technologieneutralität ist. Ich persönlich bin der Meinung, dass das nicht ideal ist. Ich kann Ihnen einen Fall aus meiner Heimatgemeinde Laberweinting schildern. Dort haben wir vier Ortsnetze. Wir sitzen jeweils am Ende des Ortsnetzes, das heißt, wir haben überall schlechte Versorgung. Im größten Ortsnetzbereich hatten wir letztes Jahr einen Funkversorger, Televersa, der gescheitert ist, weil er nicht alle versorgen konnte. Jetzt will der Gemeinderat die bestehenden Kupferkabel aufrüsten, damit wir auf 2 Megabit kommen. Derselbe Funkversorger sagt nun: Jetzt habe ich eine neue Technologie; jetzt kann ich versorgen. Ergebnis der Geschichte ist: Die Förderung des Aufrüstens der bestehenden Kupferkabel stockt wieder, weil die Gemeinde wieder Nachweise erbringen muss, dass der Funkversorger doch nicht versorgen kann.

Herr Staatsminister, gibt es aus Ihrer Sicht Möglichkeiten, vonseiten der Verwaltung, der Regierung und auch des Ministeriums deutlich Druck auszuüben, damit nur Funkversorger zugelassen werden, die auch wirklich versorgen können, damit das Spiel nicht immer von vorne losgeht, dass Funkversorger die Glasfaser verhindern?

Ich habe eine zweite Frage. Für meinen Stimmkreis - das gilt nicht nur für meine Heimatgemeinde - ist es typisch, dass viele Gemeinden am Ortsnetzrand liegen; meine Gemeinde liegt sogar am Rand von vier Ortsnetzen. Wäre es nicht sinnvoll und machbar, die Förderung, die grundsätzlich gut ist - wir waren auch die ersten, die eine derartige Förderung aufgelegt haben -, so zu gestalten, dass nicht nur pro Gemeinde 100.000 Euro, sondern pro Ortsnetz und Gemeinde 100.000 Euro gewährt werden? Bei vier Ortsnetzen in einer Gemeinde fallen die Kosten ja viermal und nicht nur einmal an.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Ich weiß auch aus dem, was bei mir ankommt, und aus Gesprächen, dass es aufgrund der dynamischen technologischen Entwicklung, die auf der anderen Seite erfreulich ist, zu mancherlei Engpässen und auch Schwierigkeiten kommt. Trotzdem sehen wir keinen anderen Weg, als auf einen breiten Technologie-Mix zu setzen. Daran führt kein Weg vorbei.

Den konkreten Fall, den Sie genannt haben, wird man sich noch einmal ansehen müssen. Als Staatsregierung sind wir der Wettbewerbsneutralität verpflichtet und können niemanden ausschließen. Wir haben aber im Rahmen unserer Möglichkeiten auch dafür gesorgt, dass alle Regierungen immer wieder runde Tische veranstalten, an denen unter Wahrung der Wettbewerbsneutralität mit Best-Practice-Beispielen die Erfahrungen aufgezeigt werden, leider auch die negativen, die es bisweilen gibt, damit diese Berücksichtigung finden können, wenn eine Gemeinde einen Entschluss fassen will. Deshalb sage ich: Im Einzelfall gibt es hier sicherlich keine ganz befriedigende Antwort. Wir sind aber gern bereit, zusammen mit den Kommunen im Einzelfall auf die entsprechenden Marktteilnehmer einzuwirken, soweit uns das möglich ist, um gute Lösungen zu finden.

Zu Ihrer zweiten Frage: Wir fördern die Investitionsvorhaben. Diese Vorhaben sind in der Tat größer und komplizierter, je mehr Ortsteile eine Gemeinde hat. Ich glaube aber, dass wir schon wegen des Gleichbehandlungsgrundsatzes in unserem Fördergefüge bleiben müssen. Im Einzelfall können wir mit unseren Möglichkeiten durchaus helfen. Wir dürfen aber keine Gemeinde gegenüber einer anderen Gemeinde bevorzugen oder benachteiligen. Wir müssen alle Gemeinden gleich behandeln. Sie können den von Ihnen genannten Fall gern an uns herantragen. Vielleicht können wir gemeinsam eine vernünftige Lösung finden.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Der nächste Fragesteller ist Herr Kollege Prof. Dr. Barfuß.

**Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP):** Herr Staatsminister, Ihre interessanten Antworten bewegen mich dazu, Sie zu fragen, welche Rolle künftig Satellitenverbindungen spielen könnten. Gibt es bereits Fantasien, was dies kosten könnte und welche Kapazitäten denkbar wären?

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege Prof. Dr. Barfuß, es gibt bereits sehr interessante Anwendungen, auch im Hinblick auf die Geschwindigkeiten. Wir haben bereits Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 6 Megabit pro Sekunde. Demnächst werden 10 Megabit pro Sekunde möglich

sein. Selbstverständlich gehören alle diese Ansätze in den Instrumentenkasten. In der bestehenden Technologie-Situation zeigt sich, dass der Grundansatz der EU-Vorgabe, nämlich die Technologie-Neutralität, richtig war, obwohl es für uns anfangs schwer war, dies einzusehen. Mit dieser Vorgabe wurde erreicht, was damit erreicht werden sollte, dass nämlich der Markt in Gang kommt. Wir sollten uns nicht von einem Anbieter und einer Technologie abhängig machen. Deshalb sind Satellitenverbindungen eine wichtige Ergänzung im Technologie-Mix.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Jetzt hat sich noch mal Frau Kollegin Karl zu Wort gemeldet.

**Annette Karl (SPD):** Herr Staatsminister, es ist erfreulich, dass die Aussage des Beamten, der für die Breitbandversorgung in Oberbayern führend zuständig ist, falsch war. Ich stelle aber fest, dass es irritierend ist, wenn Kommunen mit solchen Aussagen in Info-Veranstaltungen in eine Richtung gedrängt werden, in die sie nicht gehen wollen. Ich bitte Sie, dafür Sorge zu tragen, dass so etwas nicht wieder passiert, damit nicht der Verdacht einer Lobby-Arbeit für Funkanbieter entsteht.

Ich habe noch eine technische Frage zu der viel beschworenen Übertragungsgeschwindigkeit von 1 Megabit pro Sekunde: Wie genau ist diese Übertragungsgeschwindigkeit definiert? Wann muss sie erreicht werden? Muss sie nur im Download oder auch im Upload erreicht werden? Muss sie nur in der Nacht um 3.00 Uhr oder auch tagsüber gewährleistet sein, wenn mehr Leute am Computer sitzen?

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Dieser Wert ergibt sich aus den Festlegungen, die die Bundesregierung ihrer Breitband-Strategie zugrunde legt. Allgemein wird davon ausgegangen, dass 1 Megabit pro Sekunde die angemessene Übertragungsgeschwindigkeit beim Breitband ist. In etwa 70 % der Haushalte sind Übertragungsraten von mindestens 2 Megabit pro Sekunde verfügbar. Ungefähr 20 % der Haushalte können auf ein Hochleistungs-Internet zurückgreifen. Die Experten haben uns gesagt, dass 1 Megabit pro Sekunde der Wert ist, der pro Anschluss erreicht werden muss. Allerdings braucht nicht jeder ständig diese Leistung. Das hängt von den Bedürfnissen ab, die sehr unterschiedlich sind.

(Annette Karl (SPD): Upload oder Download?)

Bei der Ausschreibung wird diese Mindestgeschwindigkeit natürlich festgeschrieben. In einem Gewerbegebiet, das wir mit höheren Mitteln fördern können, muss selbstverständlich die Leistung zur Verfügung

stehen, die dort benötigt wird. Das ist nach dem, was wir bisher gehört haben, gewährleistet.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Mir liegt noch eine Wortmeldung des Herrn Kollegen Aiwanger vor.

**Hubert Aiwanger (FW):** Herr Zeil, glauben Sie, dass Ihr Engagement ausreicht, um Ihr Ziel zu erreichen, oder sind Sie nicht auch wie wir der Meinung, dass Sie einen Zahn zulegen müssten?

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Da ich mich in dieser Frage von niemandem an Engagement übertreffen lasse - auch nicht von Ihnen, Herr Kollege Aiwanger -, bin ich der Meinung, dass meine Geschwindigkeit im Gegensatz zu mancher Übertragungsgeschwindigkeit außerhalb Bayerns durchaus problemangemessen ist.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Aiwanger, es bringt uns allen nichts, wenn wir bei diesem Thema Sand ins Getriebe bringen. Deshalb meine Bitte: Sprechen Sie nicht über die Geschwindigkeiten anderer, sondern wirken Sie daran mit, soweit Sie Einwirkungsmöglichkeiten haben, dass die Geschwindigkeit, mit der manche Leute dieses Thema angehen, noch besser und schneller wird. Dann werden wir gemeinsam das erreichen, was wir alle wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich sehe keine weiteren Fragesteller mehr. Damit ist die Ministerbefragung beendet. Herzlichen Dank.

Der Tagesordnungspunkt 2, Aktuelle Stunde, entfällt, nachdem die FDP-Fraktion auf ihr Vorschlagsrecht verzichtet hat.

Ich rufe deshalb Tagesordnungspunkt 3 a auf:

**Antrag der Staatsregierung auf Zustimmung zum Staatsvertrag über die Verteilung von Versorgungslasten bei bund- und länderübergreifenden Dienstherrnwechseln (Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag) (Drs. 16/3364) - Erste Lesung -**

Dieser Antrag der Staatsregierung soll ohne Aussprache an den federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes überwiesen werden. Wer mit der Überweisung an den zur Federführung vorgesehenen Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann wird der Antrag der Staatsregierung dem federführenden Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 b auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u. a. und Fraktion (FW) zur Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes (Drs. 16/3336) - Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Aiwanger das Wort.

**Hubert Aiwanger (FW):** Herr Präsident, Herrn Ministerpräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns vor wenigen Tagen beim Neujahrsempfang des Bayerischen Jagdverbands getroffen. Mich erfüllt es mit Freude,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass eine zunehmende Zahl von Kolleginnen und Kollegen die Absicht hat, den Jagdschein zu erwerben. Insofern ist das Thema für Viele nachvollziehbar. Ich versuche aber trotzdem, zum Thema hinzuführen. Die Jagd kann Emotionen aufrütteln, und über jagdliche Belange ist schon viel gestritten worden.

Worum geht es in unserem Gesetzesvorhaben? - Sie wissen, dass die Bejagung gewisser Wildarten der Abschussplanpflicht gemäß dem Bundesjagdgesetz unterliegt. Dazu gehören Rehwild, Rotwild - also Hirsche, Gämsen und dergleichen. Nicht der Abschussplanpflicht unterliegen andere Wildarten wie Fuchs, Hase, Wildschwein, Federwild, Wildenten und dergleichen.

Zum konkreten Thema "Rehwild": In den Revieren sorgt immer wieder die Frage für Diskussionen, in welcher zahlenmäßigen Höhe der Abschuss richtig eintaxiert wird. Es steht die Vorschrift im Raum, Rehwild nach dem Drei-Jahres-Abschussplan zu bejagen. Um die Zahl in etwa festzulegen, werden alle drei Jahre sogenannte Verbiss- oder Vegetationsgutachten erstellt. Die Förster gehen also in den Wald und erheben statistisch die Zahl der Bäume, an denen geknabbert wurde. Man sagt, die Rehe hätten soundsovielen Prozent der Bäume angefressen, und aufgrund dieser Aussage wird die Abschusshöhe festgelegt. Ehe die Zahl festgelegt wird, gibt es einen Diskussionsprozess zwischen den Jägern und den Revierinhabern. Über die Unteren Jagdbehörden, die bei den Landratsämtern angesiedelt sind, wird vom Jagdbeirat eine Zahl festgelegt.

Da das Verfahren sehr bürokratisch ist und die beteiligten Jäger und Waldbauern vor Ort nicht immer glücklich mit der Findung dieser Abschusszahl sind, ist in den Jahren 2001 bis 2007 ein Pilotprojekt zur abschlussplanlosen Rehwildbewirtschaftung abgewickelt worden. Das heißt, man hat den Versuch unternommen, die Behörde etwas außen vor zu lassen. Man hat nur die Jäger und Waldbauern gemeinsam mit dem Thema nach dem Motto konfrontiert, sie sollen gemeinsam in den Wald gehen, sich die Situation ansehen und festlegen, wie gejagt werden soll. Das ist ein ähnliches Verfahren wie bei der Jagd auf Hasen, auf Wildschweine, auf Füchse und alle anderen Wildarten. Hier greift die Behörde nicht ein und sagt nicht, wie viel geschossen werden muss. Dies ist nur beim Rehwild der Fall.

Das Pilotprojekt umfasste am Ende 41 Hegegemeinschaften. 5 % der bayerischen Waldfläche wurden in Eigenverantwortung bewirtschaftet. Jäger und Waldbauern haben gemeinsam die Abschusszahl festgelegt. Dieses Pilotprojekt wurde mit einem sehr guten Ergebnis abgeschlossen. Es heißt, die Beteiligten waren überaus zufrieden. Ich darf das aus eigener Erfahrung berichten. Auch unsere Hegegemeinschaft war am Projekt beteiligt. Am Ende haben alle einmütig gesagt, sie möchten dieses Modell weiterführen, weil nicht am grünen Tisch entschieden werden soll, was im Wald passiert. Die Hegegemeinschaft stellt sich der Aufgabe gemeinsam, das Rehwild ordnungsgemäß zu bewirtschaften. Das Pilotprojekt musste trotzdem eingestellt werden, weil die Ausnahmegenehmigung von der Abschlussplanpflicht nur aufgrund einer wissenschaftlichen Grundlage erteilt wurde. Es durfte nicht verlängert werden, weil die wissenschaftlichen Erkenntnisse jetzt vorliegen. Nun greifen die gesetzlichen Vorgaben wieder.

Da die Föderalismusreform es zulässt, dass das Jagdgesetz auf Länderebene angepasst werden kann, könnte Bayern in eigener Verantwortung ein Gesetz erlassen, das besagt, dass die Abschlussplanpflicht nach dem Bundesgesetz nicht mehr nötig sei, weil die Zusammenarbeit mit den Jägern und Waldbauern geklappt hat. Diese Möglichkeit ist eröffnet.

Die Freien Wähler wollen nicht mehr oder weniger, als das bewährte Pilotprojekt auf gesetzliche Beine stellen. Man könnte an tausend anderen Schrauben herumdrehen. Ich spreche das an, um Ihnen zu zeigen, worum es auch gehen könnte: Schonzeitverkürzungen, andere Formen der Jagden, Abschaffung des Verbißgutachters, Zuständigkeitsverlagerung an das Amt für Land- und Forstwirtschaft usw. All diese zusätzlichen Minen wollen wir nicht auslegen, weil man sich dann in der vorhin angesprochenen Emotionalität verlieren würde. Man könnte sich nicht einigen und käme keinen Schritt vorwärts. Deshalb noch einmal: Unser Begrenzungs-

vorschlag richtet sich rein auf die Zielrichtung, das bewährte Pilotprojekt auf gesetzliche Beine zu stellen, nicht mehr und nicht weniger.

Was sagen die Verbände dazu? - Wir haben im Vorfeld mit dem Bayerischen Bauernverband und dem Bayerischen Jagdverband Kontakt aufgenommen. Die Redner nach mir werden zum Besten geben, dass die Verbände angeblich der Meinung seien, die jetzige Situation sei in Ordnung, und Änderungen seien nicht gewünscht.

Meine Damen und Herren, diese Argumentation rührt noch von dem Gedankengut der Zeit, als das Bundesjagdgesetz hätte geändert werden müssen, um eine Lösung zu finden. An diese Änderung hat man sich nicht herangetraut, weil man befürchtete, man hätte die Entwicklung nicht mehr im Griff. Nun haben wir aber aufgrund der Föderalismusreform in Bayern die Möglichkeit, dieses Thema anzugehen. Ich bin Kreisgruppenvorsitzender, bewege mich sehr viel in den Kreisen der Waldbauern und der Landwirte, und ich höre von der Basis die eindeutige Botschaft, man solle mehr Eigenverantwortung zulassen und die Behörde etwas außen vor lassen, um die Dinge selbst steuern zu können. Mir scheint, dass es zwischen den Verbandsspitzen und der Basis eine Kluft gibt. Ich habe das nicht zu beurteilen. Aber de facto waren damals alle Beteiligten von der Sache überzeugt. Alle Beteiligten wollten das Pilotprojekt weiterführen. Wir hätten nun die Möglichkeit, dieses Thema anzugehen. Ich bitte Sie, das ohne Emotionen zu betrachten und gemeinsam eine Lösung zu finden.

Unser Vorschlag ist konkret. Die Jagdgenossenschaften sollen an Unteren Jagdbehörden um Erlaubnis bitten können, die Abschlussplanung selbst abwickeln zu dürfen. Die Untere Jagdbehörde kann zustimmen oder ablehnen. Ich will allen möglichen Gefahren vorbeugen. Es darf nicht sein, dass sich manche die Abschussmöglichkeiten krallen und damit Schindluder treiben. Vielmehr steht die Behörde im Hintergrund. Sie könnte eingreifen, wenn das Wild über Gebühr geschossen oder gar nicht geschossen würde, weil die Einnahmen aus der Jagdpacht die Hauptsache sind. Diese beiden Planken sollen weiterhin die gesetzlichen Rahmenbedingungen sein. Es wird einerseits die Verpflichtung geben, den Wald ordnungsgemäß zu bewirtschaften und damit die Hege nicht über Gebühr zu betreiben. Andererseits gibt es die rechtliche Regelung, dass die Jagd so betrieben werden muss, dass ein artgerechter Wildbestand erhalten bleibt. Wir können also weder alles abknallen noch alles laufen lassen. Wir sind für die vernünftige Jagdausübung, die gesetzlich getrimmt ist, sodass die Leitplanken nicht verlassen werden können.

Ich sage es noch einmal: Die Jagdgenossenschaft stellt den Antrag bei der Unteren Jagdbehörde. Diese beurteilt, ob diese Jagdgenossenschaft das machen kann. Sollte sich herausstellen, dass die Jagdgenossenschaft das nicht in den Griff kriegt, fällt die Jagd in das alte System zurück, das ohne Abstriche befolgt wird.

(Albert Füracker (CSU): Dann muss doch ein Verbissgutachten gemacht werden!)

- Das Verbissgutachten wird weiterhin gemacht. Das soll bleiben. Auch die Zuständigkeit soll bei der Unteren Jagdbehörde bleiben.

Alles bleibt wie bisher, nur das Pilotprojekt soll auf gesetzliche Beine gestellt werden. Sonst sind keine Änderungen vorgesehen.

Ich lasse ein paar Sekunden meiner Redezeit übrig für eventuelle Nachfragen.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich die Präsidentin des Vorarlberger Landtags, Frau Dr. Bernadette Mennel, und den Direktor des Vorarlberger Landtags, Herrn Dr. Peter Bußjäger, herzlich willkommen heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Frau Dr. Mennel und Herr Dr. Bußjäger statten dem Bayerischen Landtag einen Besuch ab, zum einen zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch über die Parlamentsarbeit, zum anderen zum Austausch über die Arbeit im Rahmen der Bodenseekonferenz. Das sind zwei wichtige Dinge. Wir freuen uns, dass wir in gut-nachbarlicher Gemeinschaft zusammen beraten können. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Aufenthalt und eine gute Reise zurück nach Vorarlberg.

Als nächster Redner hat Kollege Klaus Steiner das Wort, bitte schön.

**Klaus Steiner (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Aiwanger, die Abschussplanung, das Verbissgutachten, Verbisszahlen und die Zahlen des erlegten Wildes in unseren Wäldern sind Themen, die uns in diesem Hause noch oft beschäftigen werden, die sehr kontrovers diskutiert werden und draußen immer wieder Probleme mit sich bringen.

Wir müssen eine praktikable Lösung finden, eine Lösung, die auch mit den Verbänden, den Praktikern abgesprochen ist. Genau das ist Ihr Vorschlag nicht. Der Entwurf der Freien Wähler fordert eine Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes bei der Abschussplanung dahin gehend, dass statt der behördlichen Abschuss-

planung eine nicht-hoheitliche Vereinbarung getroffen wird; so formulieren Sie das. Der Gesetzentwurf stützt sich auf das Pilotprojekt zur Befreiung von Vorschriften der Abschussplanung für Rehwild, das die Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft im Jahr 2000 auf den Weg gebracht hat. Grundlage dafür war ein Beschluss des Bayerischen Landtags vom 21.03.2000.

Was spricht gegen Ihren Entwurf? - Erstens. Rehwild darf nach den Vorgaben des § 21 Absatz 2 des Bundesjagdgesetzes nur aufgrund eines behördlichen Abschussplanes erlegt werden. Dieser ist in Gemeinschaftsrevieren von den Revierinhabern und den Jagdvorständen aufzustellen und wird von der Unteren Jagdbehörde im Einvernehmen mit dem Jagdbeirat bestätigt oder festgesetzt. Im Jahr 2001 beauftragte das Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten in Abstimmung mit dem Obersten Jagdbeirat, in den alle Interessenvertreter der Jagd eingebunden sind, die LWF - die Bayerische Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft - mit dem Pilotprojekt zur "Befreiung von den Vorschriften der Abschussplanung für Rehwild ..." in Hegegemeinschaften - Herr Aiwanger, das ist genau der springende Punkt - mit mindestens tragbarer oder günstiger Verbissbelastung. Das Projekt sollte auf wissenschaftlich abgesicherter Basis wesentliche Entscheidungshilfen zur Deregulierung ergeben.

Herr Aiwanger, genau da liegt das Problem; da besteht ein Irrtum. Es handelt sich nämlich um Reviere, in denen eine günstige oder sogar ideale Verbissituation besteht. Es gibt nach wie vor sehr viele problematischere Reviere, wo Ihre Regelung nicht funktionieren würde.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

- Ja, gleich sind wir so weit. Deswegen ist mir absolut unverständlich, warum Sie in Ihrem Entwurf pauschal von "äußerst positiven Erfahrungen" reden. Bei dem Projekt ist überhaupt nicht herausgekommen, ob das lauter positive Erfahrungen sind. Man hätte dieses Pilotprojekt in allen Revieren durchführen müssen.

Nochmals: Das Projekt der Landesanstalt bezog sich ausschließlich auf Hegegemeinschaften mit tragbarer Verbissbelastung. Ihr Gesetzentwurf berücksichtigt den Verbiss nicht.

(Hubert Aiwanger (FW): Das hängt von der Jagdbehörde ab, ob die das erlaubt!)

Der Gesetzentwurf bezieht sich auch pauschal auf Schalenwild. Ich gehe schon davon aus, dass Sie als Jäger den Unterschied zwischen Rehwild und Schalenwild kennen.

(Hubert Aiwanger (FW): Rehwild!)

Hier geht es um Rehwild, Sie aber sprechen von Schalenwild.

Zweitens. Ihr Entwurf stößt bei vielen Fachleuten und Fachstellen auf Ablehnung. In ihrem Abschlussbericht fordert die Landesanstalt ausdrücklich, dass eine Ausweitung der Hegegemeinschaften mit zu hoher Verbissbelastung keinesfalls erfolgen soll. Vor allem haben sich die betroffenen Verbände im Obersten Jagdbeirat 2007 einstimmig gegen die Ausweitung des Pilotprojekts auf alle Hegegemeinschaften ausgesprochen.

(Hubert Aiwanger (FW): Er will es nicht verstehen!)

Viele Fachleute vor Ort - Waldbesitzer und Jäger - wenden sich gegen Ihren Vorschlag.

Mir ist unverständlich, weshalb Sie bei der Vorbereitung auf die Einbringung dieses Antrags diesen Abschlussbericht nicht gelesen haben. Offensichtlich haben Sie ihn nicht gelesen, und deswegen kommt es zur Unterscheidung zwischen Revieren mit erträglicher Verbisszahl und Revieren, in denen es nach wie vor große Probleme gibt.

Drittens. Ihr Entwurf ist deswegen nicht zu befürworten, weil er juristisch eine einzige Schlaperei ist. Was wollen Sie denn ändern, Bundes- oder Landesrecht? Das wird in Ihrem Antrag nicht klar. Sie sind jetzt zwar darauf eingegangen, dass es vom Bundesrecht her eine Befreiung gäbe, aber das ist nicht der Fall. - Wer ist Eigentümer im Sinne Ihrer Regelung? Meinen Sie die Jagdgenossenschaften, oder wen?

(Hubert Aiwanger (FW): Wen denn sonst?)

- Das ist ein Gesetzentwurf. Wir machen hier kein Planspiel wie in der Schule, sondern wir sind das Parlament. Sie müssen schon konkret formulieren. Da hätten Sie die Hausjuristen in Ihrer Fraktion fragen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Was bedeutet "auf Antrag"? Damit formulieren Sie genau das, was wir nicht wollen. Dann könnte das Landratsamt entweder sagen, ihr bekommt eine Vereinbarung, oder es kann sagen, ihr bekommt keine. Was wollen wir denn? Genau das ist nicht praktikabel und führt zu noch mehr Bürokratie. Wir brauchen gewiss eine Vereinbarung, aber weshalb zimmern Sie ein Konstrukt, das juristisch völlig undefinierbar ist und Beliebigkeiten Tür und Tor öffnet? Ich weiß nicht, wer Sie da beraten hat, vielleicht der Herr Küblböck. Das ist doch unmöglich.

(Beifall bei der CSU - Widerspruch bei den Freien Wählern)

Wer ist nach Ihrer Regelung Eigenjagdbesitzer? Sind diejenigen, die ihr Revier verpachtet haben - wie Jagdgenossenschaften - und diejenigen, die das Gemeinschaftsrevier in Regie bejagen, vom Anwendungsbereich ausgeschlossen? In diesen Fällen gibt es keinen Jagdpächter und keinen Vertragspartner, es sei denn, man trifft eine In-sich-Vereinbarung.

Wir brauchen eine praktikable Regelung; da gebe ich Ihnen recht. Dazu ist es aber nach meiner Ansicht notwendig, dass alle Beteiligten ausreichend und umfassend vorbereitet werden, damit man in diesem schwierigen Konfliktfeld von Jagd und Wild eine zielführende Lösung findet. Ihr Antrag bietet eine solche Lösung jedenfalls nicht, und deswegen können wir ihn nicht befürworten.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FW): Das hätte mich auch gewundert!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit ein bisschen überzogen, aber dazu sind Sie schwer provoziert worden. Es sei Ihnen verziehen.

(Zurufe von der SPD und den Freien Wählern)

- Das war nicht ganz so ernst gemeint. Wir befinden uns in der heißen Phase des Faschings.

Als Nächste hat Frau Kollegin Maria Noichl das Wort, bitte schön.

**Maria Noichl (SPD):** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute über das neue Jagdgesetz, wie es die Freien Wähler gerne nennen, zu entscheiden. Ich möchte mich partiell meinem Vorredner anschließen und sagen: Man kann nirgendwo lesen, dass das Gutachten ein voller Erfolg war; man liest genau das Gegenteil, dass nämlich der Verbiss nach sechs Jahren größer war als vorher. Sie müssen das Gutachten wirklich noch einmal genau studieren, wenn Sie auf dieser Grundlage ein Gesetz ändern wollen.

Sie wollen vordergründig - und das sollen wir sehen - die Eigenverantwortung vor Ort stärken; Sie wollen die Flexibilität der Grundstückseigentümer und der Jäger stärken, Bürokratie abbauen und weniger Kontrollen. Herr Aiwanger, Sie schreiben in diesem Zeitungsartikel am Schluss: Wir hoffen auf weniger Verbiss.

Nur zu hoffen, ist sicher nicht das Richtige, und ich glaube auch nicht, dass es ihr eigentliches Anliegen ist, den Abschussplan für das Rehwild wegzubekommen. Sie haben sogar selbst hier am Rednerpult gesagt, Ihr eigentliches Ziel ist, irgendwann das Verbissgutachten wegzubekommen. Sie haben es hier gerade vorhin

selbst gesagt, auch wenn Sie das gleich wieder zurückgenommen haben.

In Wirklichkeit wollen Sie Jägern und Grundstückseigentümern die Möglichkeit geben, völlig alleine unter sich auszumachen, was abgeschossen wird und was nicht. Das ist ein Umweg hin zu Ihrem Ziel, das Verbissgutachten zu schleifen. Wenn Sie das Verbissgutachten wirklich für so wichtig halten, wie Sie es in Ihrem zweiten Anlauf betont haben, hätten Sie es ins Gesetz aufnehmen müssen. Auf keinen Fall kann es die richtige Lösung sein, ins Gesetz den Begriff nicht hineinzuschreiben, der dessen wichtigste Grundlage ist.

(Hubert Aiwanger (FW): Ich habe doch nicht gesagt, dass ich das Verbissgutachten abschaffen will!)

Die SPD will sich nicht damit zufriedengeben, nur zu hoffen. Es gibt klare Vorstellungen für die Waldbesitzer, für das Allgemeinwohl, für die Jäger und Jägerinnen und natürlich auch für die Wildbestände. Ich will diese Vorstellungen ganz, ganz kurz zusammenfassen: Für die Waldbesitzer wünschen wir uns, dass der Verbiss zurückgeht; denn Jahr für Jahr wird da draußen durch den Verbiss Geld vernichtet. Unser Ziel muss sein: Der Verbiss muss zurückgehen. Das Gutachten hat gezeigt, dass der Verbiss durch die Abschussplanfreiheit nicht zurückgegangen ist. Es waren nur die grünen Bereiche, also nur sehr gute, und Sie möchten das nun weiter ausdehnen.

Der Bericht des Obersten Rechnungshofs hat deutlich gemacht, für die Waldbesitzer entstehen Kosten, die sie tragen. Viele wissen gar nicht, dass sie Kosten tragen, weil ihnen nicht bewusst ist, wie viel Geld da draußen weggebissen wird. Für die Allgemeinheit haben wir als Bayerischer Landtag die Verantwortung, die Waldverjüngung voranzutreiben. Wir haben die Verantwortung, den Waldumbau voranzutreiben, und wir haben die Verantwortung, im Rahmen des Klimawandels ganz besonders auf den Wald zu schauen. Vor diesem Hintergrund können freie Abmachungen zwischen Privaten und Jägern nicht der richtige Weg sein.

Verantwortung tragen wir aber natürlich auch für die Jägerinnen und Jäger. Ich denke, für einen ehrenwerten Jäger, der seine Arbeit im Revier erledigt, ist das Verbissgutachten das allerbeste Zeichen dafür, dass er seine Arbeit vor Ort gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Keiner der ehrenwerten Jäger - derjenige, der sagt, ich will Jäger sein, ich genieße den Wald, aber ich weiß auch, dass ich Wild dezimieren muss, damit es nicht überhandnimmt - wird sich gegen das Verbissgutachten stellen. Ich sage noch einmal: Herr Aiwanger, Ihr

eigentliches Ziel ist es, das Ganze in private Hände zu legen und die staatliche Kontrolle aufzugeben. Das können wir nicht, und das wollen wir nicht. Dafür werden Sie unsere Stimme nicht bekommen.

(Beifall bei der SPD)

In Anbetracht der Wildbestände haben wir auch eine Verpflichtung dem Wild gegenüber. Richtiger Tierschutz heißt, dem Wild ausreichend Wald zu bieten oder - ich möchte es umdrehen - das Wild in einer Zahl zu halten, die der Wald verträgt. Das ist unsere Aufgabe. Dazu brauchen wir das Verbissgutachten und die staatliche Kontrolle.

Lassen Sie mich die Forderungen der SPD klar benennen: Wir sind der Auffassung, der Sinn und die Notwendigkeit des Verbissgutachtens können nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wir sind sogar dafür, eine revierweise Ausweitung vorzunehmen. Wir wollen auch in Zukunft Waldbegänge haben und sagen ein klares Ja zum behördlichen Abschussplan und zur Kontrolle. Diese muss gestärkt und nicht geschwächt werden.

Während Sie den Antrag stellen, das Jagdgesetz zu ändern, sehen wir ganz andere Baustellen. Uns brennen ganz andere Dinge auf den Nägeln, die man im Zusammenhang mit dem Jagdgesetz ändern müsste. Uns geht es zum Beispiel darum, die Jagdaufsicht wieder in die Hände der Forstbehörden zu legen. Sie wissen, dass das wichtig wäre. Sie wissen, dass wir dort die Fachleute hätten und die Jagd damit aus dem politischen Spiel - der Landrat traut sich nicht, etwas zu sagen, weil er wiedergewählt werden möchte - nehmen würden. Wir würden auch dafür einstehen, dass die Revierpachtzeiten verkürzt werden. Denn nur dann kann ein Waldbesitzer einem Jäger auf die Finger klopfen und sagen: Freunderl, wenn es nicht klappt, dann wird nicht verlängert. Wir würden auch dafür stehen, dass die Abschusszeiten der Böcke im Winter an die der weiblichen Tiere angepasst werden und dass der Jagdschutzparagraph gestrichen wird.

Es ist klar, dass wir Ihrem Gesetzentwurf nicht zustimmen können. Ich möchte der FDP noch einen kleinen Seitenhieb versetzen, weil Herr Dechant gesagt hat, er ist in Zukunft für Wald und Wild. Herr Dechant, im Bund setzt sich die FDP für die Hotelbesitzer ein, und wir zahlen es mit unseren Steuermitteln. In Bayern setzen Sie sich für Jäger ein, die im Übermaß das Wild hegen wollen, und wir zahlen es mit unserem Wald. So kann es nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Magerl das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Magerl.

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch wir haben unsere Schwierigkeiten mit der Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf. Es scheint so, dass da einiges nicht so durchdacht ist, wie es hätte durchdacht sein sollen, und dass Sie nur Teile des Gutachtens gelesen haben und die Teile, die sich zu diesen Fragestellungen etwas kritischer äußern, weggelassen haben. Darüber werden wir im zuständigen Ausschuss sicher noch ausführlicher diskutieren.

Einiges ist bereits von den Vorrednerinnen und Vorrednern angesprochen worden. Grundsätzlich gilt für uns, wenn es um die Frage der Jagd und speziell der Bejagung von Schalenwild, und zwar nicht nur von Rehwild, sondern auch von Rotwild und Gams, geht, dass der im Waldgesetz verankerte Grundsatz "Wald vor Wild" absolute Priorität hat. Das ist die Richtschnur, an der sich die Bejagung auszurichten hat. Das ist für uns das Allererste und Wichtigste in diesem Zusammenhang. An diesen Grundsatz müssen wir mit unserem Jagdrecht näher herankommen. Wir sind nämlich beileibe noch nicht dort, wo wir hinwollen. Wenn wir uns die letzten beiden Verbissgutachten ansehen, dann stellen wir in Bayern eher eine Steigerung des Verbisses als eine Senkung, die wir eigentlich haben wollen, fest.

Nicht nur die Forstverwaltung, auch der Oberste Rechnungshof kommt in seinem neuesten Bericht zu dem Ergebnis, dass der Grundsatz "Wald vor Wild" in Bayern nicht konsequent genug umgesetzt worden ist. Der Oberste Rechnungshof hat dies der staatlichen Verwaltung ins Stammbuch geschrieben. Daran müssen wir arbeiten. In unseren Augen ist der vorliegende Gesetzentwurf in diesem Zusammenhang nicht unbedingt zielführend. Der Gesetzentwurf führt uns nicht weiter. Herr Kollege Steiner hat schon gesagt, der Gesetzentwurf gilt für das gesamte Schalenwild, das Gutachten bezieht sich aber nur auf das Rehwild. Ich bin selbst Jagdbeirat in Freising. Wir haben auch Rotwildreviere. Da gibt es ganz andere Probleme, da müsste man ein ganz anderes Gutachten erstellen. Im Bergwald - Herr Streibl, Sie sind hier Mit Antragsteller - haben wir bei den Gämsen noch einmal andere Probleme.

(Hubert Aiwanger (FW): Das bezieht sich auf Rehwild!)

- Wenn ich mit das einschlägige Bayerische Jagdgesetz ansehe, stelle ich fest, da wird insgesamt von Schalenwild geredet. In Ihrem Entwurf sehe ich letztlich keine Einschränkung auf das Rehwild. Sie beziehen sich

zwar auf das Gutachten, aber es gilt letztlich nicht die Begründung, sondern das, was im Gesetzentwurf steht.

Immer wieder wird so getan, als sei das gesamte Prozedere mit Verbissgutachten und Festlegung eines Abschussplans ein fürchterlicher Verwaltungsaufwand. Es gibt dazu eine Anfrage des Kollegen Felbinger, auf die der Minister klar antwortet: Wir haben einen Aufwand von 30 Cent pro Hektar, um das Ganze durchzuführen. Der Aufwand hält sich also in meinen Augen in Grenzen.

Sicher muss man das, was in dem Gutachten steht, weiter diskutieren und fragen, wie man die Geschichte weiterentwickeln kann, aber dazu sollte man sich auch die Quintessenz des Gutachtens auf den letzten zwei Seiten ansehen, wo klar und deutlich steht: "Die bayernweite Umsetzung auf alle Hegegemeinschaften mit mindestens tragbarer Verbissbelastung ist mit gewissen Risiken verbunden." - Das gilt also selbst bei tragbarer Verbissbelastung. Das ist die klare Quintessenz des Gutachtens. Weiter wird gesagt, eine bayernweite Umsetzung ist nur unter folgender Maßgabe zu empfehlen, nämlich dass erstens die sachlichen und rechtlichen Wissensdefizite ausgeräumt werden. Daran müssen wir arbeiten. Auch das ist ein wesentlicher Punkt des Gutachtens. Weiter geht es darum, dass wir das Effizienzpotenzial bei der Jagdausübung ausschöpfen, dass wir den Waldbegang in Ergänzung zum forstlichen Gutachten stärken, dass klare normative Spielregeln geschaffen werden und dass eine intensive Vorbereitung und Vorlaufzeit einzukalkulieren sind. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf halten Sie diese Vorlaufzeit mit Sicherheit nicht ein. Deshalb haben wir - so sehr wir darüber diskutieren müssen, wie wir das Ganze weiterentwickeln - mit Ihrem Gesetzentwurf erhebliche Probleme, aber das wird sich bei der Beratung im federführenden Ausschuss noch zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Als Nächster hat Herr Kollege Dechant das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Dechant (FDP):** Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Aiwanger, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Freien Wählern, das Thema, das Sie angehen wollen, hat mit der Abschussplanung an sich zu tun, aber auch mit der Situation draußen, die sich etwas unbefriedigend darstellt, und mit der Tatsache, dass die Jäger weitgehend unzufrieden sind und sich die Forstverwaltungen in gewisser Art und Weise einmischen. Ich denke, Sie wollten erreichen, dass sich Waldbesitzer und Jäger einigen und so ein vernünftiges Miteinander entsteht.

Das alles würden auch wir von der FDP ausgesprochen charmant finden. Dahinter würden wir theoretisch stehen. Den Absatz 6 a vom Inhalt her zu ändern, ist für uns in Ordnung, aber ein Grundeigentümer kennt das Jagdgesetz nicht. Es sind also wirklich handwerkliche Fehler im Gesetz. Vielleicht hätte man vorher darüber reden sollen, dass man das so nicht machen kann. Wir haben also in gewisser Weise eine Chance vertan bzw. sollten im Ausschuss weiter darüber reden.

Ich möchte auf den Absatz 7 gezielt eingehen. Er ist mir zu schwammig. Hier ist von der Vermittlung notwendiger Kenntnisse die Rede. Durch wen und an wen? Darüber müssen wir im Ausschuss explizit reden. In der jetzigen Form können wir mit dieser Bestimmung nicht leben. Bei der Grundtendenz, die dahintersteckt, sehen wir aber eine Möglichkeit, darüber weiter zu diskutieren.

Wir müssen auch die berechtigten Interessen der Waldbesitzer und der Allgemeinheit berücksichtigen. Viele Waldbesitzer vertreten die Interessen ihres eigenen Waldes nicht, weil es ihnen - auf gut Deutsch - wurscht ist, was im Wald passiert. Hauptsache, sie haben einmal im Jahr ein Jagdessen, und die Jagdpacht wird regelmäßig bezahlt. Sonst interessieren sie sich für den Wald nicht. Ich kenne es bei mir, ich kenne es bei meinen Nachbarn. Sie sagen: Was interessiert mich der Wald, er macht nur einen Haufen Arbeit, und das bisschen Brennholz, das ich brauche, bringe ich schon heraus. So sehe ich es im Prinzip auch. Deshalb müssen wir uns überlegen, wie wir diesen Spagat bewältigen.

Wie können wir die gesellschaftliche Bedeutung, die der Wald hat, berücksichtigen? Wie können wir den Erhalt des Waldes berücksichtigen? Dabei können wir auch auf das Verbissgutachten eingehen. Es gibt den Ansatz, die Untere Jagdbehörde wieder mit einzubinden. Das halte ich im Übrigen für sehr positiv; denn ich habe vor gar nicht allzu langer Zeit von Ihnen gelesen, dass Sie die Zuständigkeit an die Forstämter abgeben wollen. Darüber war ich hochgradig erschrocken.

(Hubert Aiwanger (FW): Das haben Sie falsch gelesen!)

Dieses Problem wurde schon von Vielen angesprochen. Mit uns, der FDP, wird es das nicht geben. Wir wollen die Zuständigkeit bei der Unteren Jagdbehörde, also beim Landratsamt belassen, weil es für uns absolut sinnvoll ist, die Verantwortung draußen vor Ort wahrzunehmen und nicht bei den Forstämtern, die zentral gesteuert werden.

(Hubert Aiwanger (FW): Das habe ich niemals gesagt! Das haben Sie falsch gelesen!)

Damit hätte ich zwei Parteien, und ich würde keiner Partei die Hoheit über die andere geben. Das ist aus unserer Sicht nicht in Ordnung. Dazu brauchen wir eine neutrale Behörde.

Abschließend möchte ich noch eines sagen. Liebe Frau Noichl, die FDP kämpft offensichtlich gemeinsam mit der SPD Seit' an Seit' für die Interessen der Hotelbesitzer. Herr Maget hat einen Brief nach Berlin geschrieben, in dem er darum bittet, dass man sich für die Interessen der Hotelbesitzer einsetzen möge. Nur soviel zu diesem Thema.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Schon ist er da, der Herr Maget.

Das war der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist so. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Abstimmung  
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der  
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s.  
Anlage 1)**

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 33 und 34, die auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden sollen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich jetzt um Zustimmung. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann übernimmt der Landtag in Gänze diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Neubestellung  
eines stellvertretenden Mitglieds des IuK-Beirats**

Die FDP-Fraktion hat mitgeteilt, dass anstelle von Herrn Tobias Thalhammer künftig Herr Kollege Jörg Rohde als stellvertretendes Mitglied in diesem Beirat tätig sein soll. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Deshalb lasse ich jetzt darüber Beschluss fassen. Wer mit der Bestel-

lung von Herrn Kollegen Rohde zum stellvertretenden Mitglied des LuK-Beirats einverstanden ist, den bitte ich jetzt um seine Zustimmung. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch Herr Rohde hat das ausreichende Vertrauen in sich selbst. Damit ist es einstimmig so beschlossen.

(Jörg Rohde (FDP): Als Informatiker sollte ich das hinkriegen!)

- Das war keine Kritik. Im Gegenteil, das ist doch eine Selbstverständlichkeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)**

**Stärkung der ambulant betreuten Wohngemeinschaften (Drs. 16/2181)**

Ich eröffne hierzu die Aussprache. Die Redezeit beträgt fünf Minuten pro Fraktion. Erster Redner ist Herr Kollege Dr. Fahn. Ihm folgt Frau Dettenhöfer.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kommen wir zu einem ganz anderen Thema, von der Jagd zu den ambulant betreuten Wohngemeinschaften. Warum bringen wir das Thema noch einmal in den Landtag? Wir sind der Auffassung, dass es für die nachfolgenden Generationen ein sehr wichtiges Thema ist. Deshalb müssen wir auch darüber sprechen.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass die Zahl der älteren Bürger in Bayern und in Deutschland immer mehr zunimmt. Deswegen nimmt auch das Problem der häuslichen Pflege und der stationären Pflegeeinrichtungen immer mehr zu. Die ambulant betreuten Wohngemeinschaften sind ein sogenannter dritter Baustein neben der stationären und der ambulanten Pflege. In ambulant betreuten Wohngemeinschaften wohnen circa acht Personen. Das öffentliche Interesse der Bürger daran ist auch deshalb so groß, weil die Mieter grundsätzlich bis an ihr Lebensende in dieser Wohngemeinschaft leben können.

Bisher gibt es in Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern nur wenige ambulante Wohngemeinschaften. Genaue Zahlen kann nicht einmal das Sozialministerium nennen. Wenn sie gebildet werden, können solche Wohngemeinschaften mit einer Anschubfinanzierung von bis zu 40.000 Euro rechnen.

Die ambulante Versorgung ist deshalb besonders bedeutsam, weil sie dem Willen der Pflegebedürftigen entspricht. Zum einen garantiert sie ein hohes Maß an Selbstbestimmung. Trotzdem bietet sie eine Pflege

rund um die Uhr. Sie ist auch häufig kostengünstiger als die stationäre Heimunterbringung. Ambulant betreute Wohnformen sind eine Möglichkeit, um älteren Menschen, die nicht mehr alleine leben können, ein größtes Maß an Selbstbestimmung zu gewähren, das sie in einem Pflegeheim nie hätten. Wichtig ist auch, dass es in den Wohngemeinschaften in der Regel ein sogenanntes Angehörigengremium gibt, in dem alle wesentlichen Punkte besprochen werden. Insbesondere ist dieses Modell auch für allein lebende ältere Menschen interessant, die sich nicht mehr auf die Pflege durch einen Angehörigen verlassen können.

In Bayern gibt es einige Modellprojekte, die auch vom Sozialministerium begleitet werden. Zwei schriftliche Berichte liegen schon vor, darunter einer von 2005. Darin schreibt das Sozialministerium, das Innovative dieser Idee bestehe darin, dass Demenzkranke als Mieter in einer geeigneten Wohnung zusammen wohnen und in ihrer eigenen Häuslichkeit von einem selbst gewählten Pflegedienst versorgt würden. Das ist eigentlich das Besondere an dieser Wohnform.

Dennoch sind die Wohngemeinschaften in Bayern noch ausbaufähig. In verschiedenen Ausschüssen wurde darüber schon diskutiert. In der Sozialausschusssitzung am 10. Dezember letzten Jahres mussten Herr Unterländer und auch das Sozialministerium zugeben, dass seit Beginn des Förderprogramms nur 15 Anträge gestellt wurden. Damit wird klar, dass es noch nicht ausreichend gelungen ist, in Bayern die Vorteile des dritten Weges in der Pflege transparent und öffentlich zu machen. Auf der Homepage der Fachstelle des Sozialministeriums für ambulant betreute Wohngemeinschaften werden nur zwei solche Einrichtungen vorgestellt, eine in München und eine in Kleinostheim im Landkreis Aschaffenburg. Gibt es einen noch größeren Beweis dafür, dass noch viel mehr und offensiver etwas getan werden muss? Unser Credo lautet: Wir brauchen eine Offensive für die ambulant betreuten Wohngemeinschaften in Bayern. Das ist der Hintergrund des Antrags der Freien Wähler. In unserem Antrag steht auch, dass ein Konzept für eine flächendeckende Einführung der ambulant betreuten Wohngemeinschaften erstellt werden muss. Wer diesen Antrag ablehnt, lehnt auch das Konzept ab, das eigentlich ein Muss darstellt.

Drei Punkte sind uns wichtig: Alle Fachleute sind sich einig, dass gerade solche Wohngemeinschaften für Demenzkranke besser geeignet sind, weil sie stärker auf die Bedürfnisse der Patienten eingehen können. Bis zum Jahr 2050 wird es in Deutschland rund 2,3 Millionen Demenzkranke geben. Heute sind es nur 1 Million. Unser Ziel muss deshalb sein, von den großen Heimen wegzukommen, in denen die Menschen meist zur Untätigkeit gezwungen werden. Wir müssen hin zu den betreuten Wohngemeinschaften. Dort können Men-

schen mehr als bisher ihren Lebensabend in der Nähe ihres Heimatortes verbringen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, und er hat für alle Beteiligten große Vorteile.

Im Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit haben alle Politiker, auch die der CSU, dieses Konzept gelobt. Frau Dettenhöfer, die wahrscheinlich noch sprechen wird, hat eingeräumt, dass diese Wohnform noch wenig bekannt ist. Sie hat sogar Handlungsbedarf festgestellt. Das sage ich auch: Je bekannter diese Wohnform wird, umso mehr wird sie in Anspruch genommen. Es wurde mehrfach betont, dass diese Form des Wohnens kostengünstiger ist als andere Wohnformen. Ich meine deshalb, die Koalition aus CSU und FDP hat diesen Antrag aus rein taktischen Gründen in den anderen Ausschüssen abgelehnt, obwohl sie inhaltlich dafür ist. Wir bitten Sie deshalb, den Antrag noch einmal genau durchzulesen und unserem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Die nächste Rednerin ist Frau Dettenhöfer. Ihr folgt Frau Kollegin Weikert. Frau Dettenhöfer, bitte schön.

**Petra Dettenhöfer (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ambulant betreute Wohnformen sind wirklich eine sehr gute Alternative zur Pflege zu Hause und zu den Pflegeheimen. Diese neue Form der Betreuung ermöglicht es Menschen bis zu ihrem Lebensende, in dieser Gemeinschaft zu bleiben. Wir befürworten diese Wohnform deshalb auch. Die Bayerische Staatsregierung hat bereits ein Programm aufgelegt, das seit dem 01.07.2008 läuft. Dieses Programm umfasst nicht nur eine Anschubfinanzierung für ambulant betreute Wohnformen, sondern auch für Hausgemeinschaften, für generationenübergreifende Wohnformen sowie für sonstige alternative ambulante Wohn-, Pflege- und Betreuungsformen.

Ein zusätzliches Konzept ist deshalb nicht nötig; denn wir haben ein Konzept. Es gibt ein Konzept. Nötig ist aber vielmehr - Sie haben mich vorhin zitiert, und das stimmt auch -, die neuen Wohnformen besser bekannt zu machen. Die Fachstelle für ambulant betreute Wohnformen hält hierzu ein breites Angebot vor. Mit Informationsveranstaltungen vor Ort, Workshops und Praxisseminaren wird versucht, das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch die Verbraucherzentrale Bayern und die Koordinierungsstelle "Wohnen zu Hause" informieren über die neuen Möglichkeiten. Diese Informationskampagnen - hier gebe ich Ihnen durchaus recht, Herr Dr. Fahn - müssen noch verstärkt werden.

Neues braucht allerdings auch einen gewissen Vorlauf, bis es in der Breite ankommt. Nachdem das Programm erst seit Juli 2008 läuft, muss man ihm zugestehen,

dass es dauert, bis sich die neuen Wohnformen etablieren. Das Programm durchführen müssen nämlich die Kommunen, die Wohlfahrtsverbände und die freien Träger. Die kann man aber nicht zwingen, das zu tun. Außerdem muss sich eine Nachfrage dafür entwickeln. An der Anschubfinanzierung liegt es sicher nicht; denn dafür sind genügend Mittel eingestellt, und die Träger, die die Förderung bisher in Anspruch genommen haben, betrachten die Förderung als ausreichend. Eine Verdoppelung, wie Sie das in Ihrem Antrag fordern, ist deshalb nicht nötig. Die CSU-Fraktion lehnt den Antrag aus den genannten Gründen ab, jedoch nicht aus taktischen Überlegungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächste Rednerin ist Frau Weikert. Ihr folgt Frau Ackermann. Bitte schön.

**Angelika Weikert (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ihre letzte Äußerung, Frau Dettenhöfer, hat mich überrascht. Wenn man nämlich das Protokoll des sozialpolitischen Ausschusses nachliest, zeigt sich: Wir haben eine inhaltlich-sachliche Diskussion geführt. Wir alle waren parteiübergreifend der Meinung, die ambulanten Wohnformen für ältere Menschen, wie sie von den Freien Wählern in diesem Antrag gefordert werden, sind eine gute Alternative zu den stationären Pflegeeinrichtungen.

(Petra Dettenhöfer (CSU): Das hab ich doch gesagt!)

Es ist eine Alternative, die sich viele Menschen in Bayern wünschen. Wir alle kennen das vor Ort: In den Kommunen schließen sich ältere Menschen zusammen, um für sich selbst eine Wohnform zu finden. Ich verstehe deshalb nicht, warum Sie diesen Antrag aus inhaltlichen Gründen ablehnen.

Im sozialpolitischen Ausschuss haben Sie Ihre Ablehnung mit haushaltspolitischen Überlegungen begründet. Sie haben gesagt, dafür würden Sie im Haushalt jetzt kein Geld sehen. Das war der von Ihnen genannte Grund. Dann haben Sie noch eine Replik auf die Steuergelder gemacht.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Dettenhöfer (CSU))

- Ich habe das Protokoll hier vorliegen, Frau Dettenhöfer.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich möchte Sie an dieser Stelle auch daran erinnern, dass Sie im Sparhaushalt 2004 für Pflegeeinrichtungen für ältere Menschen viel Geld gestrichen haben. Die Wohlfahrtsverbände, auf die Sie gerade hingewiesen haben, klagen

vor Ort immer wieder, sie hätten für den Ausbau der stationären Einrichtungen zu wenig Geld zur Verfügung. Ich will hier keine Argumente gegeneinander auspielen, ich will nur darauf hinweisen, dass dieses Problem von den Wohlfahrtsverbänden immer wieder geäußert wird. Gerade durch die Form der ambulant betreuten Wohnformen könnte der eine oder andere Euro durchaus eingespart werden. Für uns ist das allerdings nicht vorrangig ein Grund, sich diesem Antrag anzuschließen. Für uns handelt es sich hier um eine Wohnform, die den Menschen mehr Eigenständigkeit gibt, damit sie sich länger in ihren eigenen vier Wänden betreuen lassen können, im Zusammenschluss mit anderen. So ist das vor Ort geplant, so wird es auch vor Ort finanziert.

Das Ministerium erklärt, diese Wohnformen würden gefördert. Das Ministerium hat im Ausschuss erklärt, bislang seien nur 15 Anträge gestellt worden. Angesichts dessen stellt sich Frage, warum das so ist. Das Ministerium wollte uns noch Zahlen nachliefern, das war auch ausdrücklicher Wunsch der Freien Wähler. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass es im Flächenland Bayern insgesamt nur 15 Anträge gegeben hat.

Was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, so kann man nicht nur darauf hinweisen, dass auf der Internetseite des Sozialministeriums Handlungsanweisungen gegeben werden.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Dettenhöfer (CSU))

- Ich weiß nicht, Frau Kollegin Dettenhöfer. Es gibt zwar Computerkurse für ältere Menschen, aber der Zugang zum Internet ist noch nicht so weit verbreitet, dass wirklich jedem bayerischen Haushalt ein Internetanschluss zur Verfügung steht. Ich denke auch an die vorhergehende Diskussion: Manchmal ist die Leitung für das Internet noch gar nicht vorhanden. Da kann man dann auch nicht die Internetseite abrufen.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Wir teilen die Auffassung der Freien Wähler, dass man hier etwas tun kann. Ich gebe meinem Vorredner in diesem Punkt vollkommen recht. Es geht darum, die Öffentlichkeitsarbeit und die Möglichkeiten zu verbessern und diese Wohnformen anschaulicher zu machen und besser auszustatten, damit die notwendigen Hilfeleistungen für die Menschen, die sich für diese Wohnformen entscheiden, auch vorhanden sind. Dafür benötigen wir eine vorausschauende Sozialpolitik, die sich auf die veränderten Wünsche einer immer älter werdenden Generation einrichtet. Nach unserer Überzeugung muss das Sozialministerium deshalb tätig werden. Wir werden diesem Antrag der Freien Wähler deshalb zu-

stimmen, wie wir das auch im sozialpolitischen Ausschuss getan haben.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich darf bekannt geben, dass die CSU-Fraktion für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Lachen bei der SPD, den Freien Wähler und den GRÜNEN)

Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ackermann. Ihr folgt Frau Kollegin Meyer. Bitte schön.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob sich die namentliche Abstimmung sachlich zugunsten der CSU auswirken wird. Es ist doch offensichtlich mehr eine Disziplinierungsmaßnahme, weil die meisten CSU-Kolleginnen und -Kollegen hier die Diskussion über Ihre Altersvorsorge verpassen. Wie auch immer, es ist Ihre Entscheidung.

Wir sprechen über die ambulant betreuten Wohngemeinschaften, die das Angebot der Pflegeversorgung in diesem Land hervorragend verbessern. In Bayern gilt das aber noch viel zu wenig. Bayern ist in Bezug auf ambulant betreute Wohngemeinschaften noch ein Entwicklungsland. Woran liegt das? - In Bayern wird deutlich zu wenig dafür getan, dass sich diese betreuten Wohnformen entwickeln können. Die gewährte Finanzierung ist auf 40.000 Euro gedeckelt. Das ist zu wenig und müsste angehoben werden. Das ist aber nicht das Grundproblem. Das Grundproblem besteht darin, dass bei der Investitions- und Baukostenförderung überhaupt nichts gegeben wird. Das ist eine Altlast aus dem Jahr 2004, als die Investitionskostenförderung komplett gestrichen wurde. Dadurch haben viele Unternehmungen, die gerne eine betreute Wohngemeinschaft eröffnen würden, Probleme mit dem Ankauf geeigneter Immobilien. Das ist sehr schade.

Mit der Wiederaufnahme der Wohngemeinschaft in das Pflegewohn- und Qualitätsgesetz wurden zusätzliche Hürden geschaffen und zusätzliche Probleme aufgetürmt, z. B. durch unnötige Überregulierungen. Ambulant betreute Wohngemeinschaften haben jetzt mit Brandschutzaufgaben und Bauaufgaben zu kämpfen, die ihre Entstehung behindern, wenn nicht sogar verhindern. Es wäre wichtig, den Brandschutz bei Wohngemeinschaften bis zu einer bestimmten Personenzahl wie bei privaten Wohneinheiten zu behandeln. Außerdem ist es wichtig, einen wirksamen Bestandsschutz und ausreichende Übergangsfristen für bestehende Einrichtungen zu gewährleisten.

Die Übernahme der Betreuungskosten ist ein weiteres Problem. So lehnen zum Beispiel bei einer für Demenzerkrankte wichtigen Rundumbetreuung die überörtlichen Sozialhilfeträger oftmals die Kostenübernahme ab. Darüber hinaus weisen die Bezirke ihre Mitarbeiter an, nicht in Richtung betreute Wohngemeinschaften zu beraten. Vor diesem Hintergrund brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Nachfrage nach betreuten Wohngemeinschaften so gering ist. Es ist geradezu kontraproduktiv, was hier geschieht.

Die CSU will den flächendeckenden Ausbau von Wohngemeinschaften den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden und den freien Trägern überlassen und hält ein Konzept auf Landesebene für überflüssig. Angesichts der drohenden Pflegekatastrophe ist das beschämend. Wichtig wäre es, ein Programm zur Förderung der Investitionskosten aufzulegen, eine kulante Regelung hinsichtlich Brandschutz- und Bauauflagen zu treffen und die Übernahme der notwendigen Pflege- und Betreuungskosten sicherzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei der Anhörung zum Pflegegesetz hat Ministerin Hartherthauer gesagt: Wir wollen alternative Wohnformen entfesseln, nicht behindern. - Bei allem Respekt, Entfesselung habe ich mir irgendwie anders vorgestellt. Das Staatsministerium fördert 15 Wohngemeinschaften - Respekt, und zwar flächendeckend in ganz Bayern. Ich glaube, dabei wird selbst dem unbedarftesten Zuhörer klar, dass noch ein gewaltiger Handlungsbedarf besteht. Ich glaube, wir sind schon jetzt zu spät dran; denn die demografische Entwicklung wird das Nichthandeln massiv bestrafen, und uns wird irgendwann eine Pflegekatastrophe überrollen, von der wir uns jetzt noch keine Vorstellungen machen können. Die Staatsregierung wäre also gut beraten, möglichst schnell ein Konzept aufzulegen und helfend und unterstützend einzugreifen, wenn ausreichend Wohngemeinschaften gegründet werden sollen. Wir werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Jetzt kommt Frau Abgeordnete Brigitte Meyer und anschließend für die Staatsregierung Herr Sackmann.

**Brigitte Meyer (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicher richtig: Man braucht keine Umfragen oder Statistiken zu bemühen, um festzustellen, dass es der Wunsch der allermeisten Menschen ist, möglichst lange in eigenen Räumen leben und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Wer sich mit Großeltern oder mit Eltern über dieses Thema unterhält oder sich selbst, wie ich das schon getan habe, Gedanken darüber macht, wird spü-

ren, dass die Angst, einem System ausgeliefert zu sein, den Wunsch nach einer gewissen Geborgenheit übermächtig erscheinen lässt. Die durch das neue Pflegewohn- und Qualitätsgesetz geschaffene Möglichkeit der ambulanten betreuten Wohngemeinschaften ist ein ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung, nämlich in die Richtung überschaubarer Geborgenheit, wenn man zu Hause in den eigenen Räumen nicht mehr sein kann.

Es ist schon gesagt worden, dass es bei uns bisher zu wenige Möglichkeiten für diese Wohnform gibt. Das mag daran liegen, dass in der Öffentlichkeit zu wenig darüber gesprochen wird und dass zu wenig Aufklärung betrieben wird. In diesem Punkt gebe ich Ihnen völlig recht, und insofern sind wir uns hinsichtlich des Ziels auch einig.

Lieber Herr Fahn, Sie haben gefordert, wir sollten den Antrag noch einmal durchlesen. Weiter haben Sie gesagt, wer den Antrag ablehne, lehne auch das Konzept ab. Das möchte ich zurückweisen; denn Sie fordern in Ihrem Antrag zum Beispiel eine Erhöhung der Anschubfinanzierung und eine flächendeckende Einführung. Ich denke, wir brauchen verschiedene Möglichkeiten. Wir brauchen Wahlangebote und Wahlmöglichkeiten; denn natürlich wollen viele Menschen in solchen Wohngemeinschaften ihren Lebensabend verbringen, es gibt aber auch Menschen, die lieber in einem Heim leben wollen. Sie wollen lieber in Einzelzimmern oder sogar in Zweibettzimmern eines Heimes leben. Manch einer kann sich das vielleicht gar nicht vorstellen, trotzdem ist es Realität. Auch dafür brauchen wir entsprechende Angebote.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen ein breites Angebot an Wahlmöglichkeiten. Ich sehe es als Notwendigkeit an, mehr Öffentlichkeitsarbeit und mehr Aufklärung zu betreiben. Ihr Antrag aber fordert ganz konkret eine Verdoppelung der Anschubfinanzierung. Ob das der richtige und notwendige Weg ist, kann man im Moment vor dem Hintergrund der bestehenden Erkenntnisse noch nicht sagen. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen, und zwar nicht, weil wir inhaltlich anderer Meinung wären, sondern weil wir zunächst einmal sehen wollen, wie sich die Ergebnisse verändern, wenn eine bessere Information in der Öffentlichkeit vorhanden ist. Wir wollen sehen, wie die Modelle dann angenommen werden.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Kollegin - -

**Brigitte Meyer (FDP):** Ich bin gleich fertig.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich will Sie nicht unterbrechen.

**Brigitte Meyer (FDP):** Der Wunsch nach Entbürokratisierung wird von mir voll und ganz unterstützt, denn ich erinnere mich noch gut daran - als Alt-Achtundsechzigerin gehöre ich zu denen, die sich WGs gut vorstellen können -, in unserem Freundeskreis immer davon geträumt zu haben, in einer solchen WG, einer solchen Alterskommune zu leben. Wenn dies wegen zahlreicher Auflagen nicht möglich ist, halte ich das für den falschen Weg. Der Antrag als solcher kann in seiner Formulierung nicht unterstützt werden.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Frau Kollegin, ich habe zwei Zwischenfragen und wollte Sie fragen, ob Sie diese zulassen.

**Brigitte Meyer (FDP):** Ja, am Ende meiner Rede.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Zuerst Frau Ackermann und dann Herr Fahn.

**Renate Ackermann (GRÜNE):** Frau Kollegin, ich frage Sie als Alt-Achtundsechzigerin und WG-Anhängerin: Stimmen Sie mir zu, dass gerade die WGs, die Wohngemeinschaften, durch das Pflegewohn- und Qualitätsgesetz behindert werden, weil darin Auflagen festgeschrieben sind, die von den meisten Wohngemeinschaften nicht erfüllt werden können? Würden Sie mir weiter zustimmen, dass es notwendig ist, dieses Gesetz in diesem Punkt zu ändern?

**Brigitte Meyer (FDP):** Ich stimme Ihnen in Teilen zu. Auch ich sehe es so, dass zum Teil bürokratische Hindernisse bestehen, die die Wohnform nicht gerade erleichtern.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Dr. Fahn zu einer Zwischenbemerkung.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Wir wollen natürlich ebenfalls die Wahlmöglichkeiten haben. Aber Sie wissen doch, Frau Meyer, die ambulant betreuten Wohngemeinschaften haben eine Größe von maximal acht Personen. Ich habe eine Anfrage an das Ministerium gerichtet, wie viele solcher Wohngemeinschaften es gibt. Das Ministerium ist aber nicht in der Lage, mir eine konkrete Zahl zu nennen.

Wenn man auf die Homepage schaut, findet man, dass dort nur zwei genannt sind. Im Ausschuss hören wir jedoch, dass es 15 Anträge gibt. An diesem Beispiel erkennen Sie, dass noch viel zu wenig gemacht wird. Selbst wenn wir in jedem Landkreis zwei bis drei solcher ambulant betreuten Wohngemeinschaften hätten, wäre das doch nicht die Welt. Ich habe ja gesagt: Pro Wohngemeinschaft handelt es sich um bis zu acht Personen.

Wir meinen schon, dass da ein gewisser Handlungsbedarf besteht. Die Wahlfreiheit möchte ich genauso wie Sie haben. Die darf nicht eingeschränkt werden.

**Brigitte Meyer (FDP):** Ich denke, Frau Dettenhöfer hat sehr eindrucksvoll ausgeführt, dass auch wir dafür sind und dass es in der öffentlichen Darstellung, in der Aufklärung und im Transportieren der Ideen vor Ort noch einiger Verbesserungen bedarf. Dann müssen wir zusehen, wie es sich entwickelt. Vielleicht werden wir dann mehr solcher Nachfragen bekommen.

Es gibt auch entsprechende Angebote zur Anschubfinanzierung und eventuell Möglichkeiten der Nachjustierung. Aber das von Staats wegen als Ziel auszu-schreiben, halte ich in der momentanen Situation nicht für dringend geboten.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Als nächsten Redner bitte ich Herrn Sackmann für die Staatsregierung.

**Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn stelle ich fest: Ich bin dankbar dafür, dass wir uns im Landtag über dieses Thema unterhalten. Ich halte es für sinnvoll, darauf aufmerksam zu machen, was der Freistaat Bayern auf diesem Gebiet schon alles leistet. Es ist deshalb hilfreich, auch diese Gelegenheit wahrzunehmen, darüber zu sprechen. Unstreitig ist, dass ambulante Wohnformen zukunftsgerichtet sind. Im Rahmen der Demografie brauchen wir solche Wohnformen, aber auch vieles andere mehr. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben darauf schon verwiesen.

Vonseiten der Staatsregierung möchte ich deutlich machen, dass wir nicht erst heute damit beginnen, uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Staatsministerin Christa Stewens hat beispielsweise bereits im Jahr 2000 dafür gesorgt, dass eine erste ambulante Einrichtung gefördert wurde.

Herr Dr. Fahn wollte wissen, welche Zahlen wir dazu haben. - Aber ich glaube, das interessiert ihn gar nicht; er unterhält sich laufend mit jemand anderem.

In aller Ruhe sage ich jedoch: Wir haben bisher 18 solcher Wohngemeinschaften in Bayern gefördert. Das Statistische Landesamt sagt - dabei sind wir uns der Unterschiede zu allen Bundesländern bewusst -, dass wir zurzeit etwa 134 solcher Wohngemeinschaften in Bayern haben. Damit haben Sie eine Zahl genannt bekommen. Im Moment wird die Zahl überprüft. Wir werden das Ergebnis dann mitteilen.

Neben den Förderungen hat der Freistaat Bayern - meine Kollegin Petra Dettenhöfer ist schon darauf eingegangen - bereits eine Fachstelle für ambulant betreute WGs eingerichtet. Und: Wir halten regelmäßige Fachtagungen ab.

Im Jahr 2009 habe ich diese Veranstaltungen persönlich besucht und werde es auch 2010 tun. Diese Veranstaltungen waren bestens besucht. Zum Teil konnten nicht einmal alle eingelassen werden, die Interesse gehabt hätten. Ich glaube, es ist der beste Weg, diejenigen, die mit diesem Thema umzugehen haben, zu informieren und auf verschiedene Dinge aufmerksam zu machen. Dadurch ergeben sich viele Gespräche.

Vorhin wurde schon von den bereits bestehenden 18 geförderten WGs gesprochen. Wir wollen im Jahr 2010 mindestens 20 weitere fördern.

Stellvertretend für die CSU-Fraktion danke ich hier Joachim Unterländer, der dazu die Initiative ergriffen hat. Im Jahr 2009 war der Haushaltsansatz noch bei rund 700.000 Euro netto. Jetzt haben wir für diesen Bereich 1,1 Millionen Euro eingestellt und rechnen damit, dass wir dazu die Zustimmung des Landtags bekommen. Dann können wir mindestens weitere 20 Einrichtungen unterstützen. Damit sind wir hier auf einem ganz guten Weg.

Ich verweise gerne noch darauf, dass dies nicht die einzige Förderungsmöglichkeit ist. In diesem Bereich ist sowohl die Oberste Baubehörde als, auch die Bayerische Landesstiftung tätig. Diese Stellen kann man bei der Förderung mit heranziehen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie ganz herzlich, gemeinsam mit uns für ambulante Wohnformen zu werben. Wir machen das auf unseren Veranstaltungen. Wir machen das natürlich auch durch unsere Öffentlichkeitsarbeit. Aber am allerbesten ist es, darüber bei jeder Gelegenheit positiv zu sprechen. Darum bitte ich Sie ganz herzlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Sackmann, Sie haben gesagt, inzwischen gebe es 134 solcher Einrichtungen. Die Zahl habe ich jetzt zum ersten Mal gehört. Auf meine Schriftliche Anfrage vor einigen Monaten konnte die Staatsregierung noch keine Zahlen nennen. Wären Sie bereit, konkret zu sagen, was das für Einrichtungen sind und wo sie sich befinden? Es wäre für uns ganz wichtig, das zu wissen. Bisher wissen wir das nämlich nicht.

Sie haben von den gut besuchten Veranstaltungen gesprochen. Es stimmt: In Würzburg waren zum Teil über 130 Personen anwesend. Aber diese Leute mussten aus verschiedenen Landkreisen von Unterfranken nach Würzburg kommen. Es wäre sinnvoller, nicht nur eine Tagung in Würzburg für Unterfranken zu machen. Man sollte die Veranstaltungen weiter dezentralisieren. Die Nachfrage ist nämlich groß. Wenn die Veranstaltungen in den einzelnen Landkreisen stattfänden, wäre der Besuch noch größer.

Ich habe einmal auf der Homepage nachgeschaut. Dort habe ich gesehen, dass für die nächsten Monate nur vier oder fünf solcher Veranstaltungen geplant sind. Ich bestreite ja nicht, dass die Veranstaltungen gut sind, Herr Sackmann. Aber das öffentliche Interesse ist größer. Deshalb bitte ich die Staatsregierung, dabei noch offensiver vorzugehen.

**Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium):** Zunächst zu den Veranstaltungen. Wir gehen reihum. Im letzten Jahr waren wir in München und Regensburg. Jetzt beginnen wir in Würzburg. Nachdem ich auf diesen Veranstaltungen war, kann ich sagen, dass ein sehr interessiertes Publikum teilnimmt. Aber es gab keinen Einzigen, der gesagt hätte: Brechen Sie die Veranstaltung auf örtlicher Ebene herunter; bisher ist es uns zu zentral; wir brauchen noch dezentralere Veranstaltungen.

Der Besucherkreis bestand aus Seniorenbeauftragten bis hin zu Pflegedienstleitern und anderen Multiplikatoren. Da kann man vertreten, dass das weiterhin so gemacht wird wie bisher. Denn die Leute sagen: Das ist eine interessante, gewinnbringende Veranstaltung.

Wir ziehen damit durch ganz Bayern. Natürlich gehen wir immer wieder in zentrale Orte wie Regensburg und München. Am 23. April sind wir in Würzburg.

Zweitens zu der Zahl 134. Vorhin habe ich dazu etwas gesagt; aber da haben Sie sich intensiv mit jemand anderem unterhalten. Ich habe erläutert, dass diese Zahl nicht vom Ministerium, sondern vom Statistischen Landesamt stammt.

Es gibt das Problem, dass die Definitionen in den einzelnen Bundesländern verschieden sind. Im Augenblick gehen wir der Frage nach, inwieweit die Zahl 134 unseren Ansprüchen genügt. Die Zahl könnte dann auch niedriger sein. Wir müssen sie jedenfalls überprüfen.

Ich bitte um Unterstützung, dass unser Haushalt entsprechend dazu genutzt wird, zusätzliche Einrichtungen zu schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Sie wird auf Antrag der CSU-Fraktion in namentlicher Form durchgeführt.

Der federführende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum zustimmen möchte, möge eine Ja-Stimme, wer dagegen ist, eine Nein-Stimme abgeben, oder man kann sich enthalten. Die Urnen sind aufgestellt. Die Abstimmung beginnt. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 16.08 bis 16.13 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Wir schließen die Abstimmung. Ausgezählt wird außerhalb des Saales. Das Ergebnis der Abstimmung geben wir Ihnen später bekannt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige (Drs. 16/2555)**

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm. Bitte sehr, Frau Kollegin Kamm!

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen heute noch einmal dafür werben, mit uns die Kampagne der AGABY, der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns, für ein kommunales Wahlrecht für alle zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir freuen uns, dass diese Kampagne bisher über 4.000 Unterstützerinnen und Unterstützer und 70 Organisationen gewinnen konnte. Wir finden es sehr klug von AGABY, diese Kampagne auch im Jahr 2010, das gerade erst begonnen hat, weiterzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir hoffen, dass im Laufe dieses Jahres nicht nur die prominente Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger oder Bundestagsabgeordnete der FDP, zum Beispiel Herr Joachim Spatz diese Kampagne unterstützen, sondern eventuell auch die eine oder andere Kollegin oder der eine oder andere Kollege aus dem Bayerischen Landtag bzw. von der FDP oder der CSU. Und vielleicht sollte und könnte sich auch der eine oder andere Integrationsbeauftragte der CSU hierzu

lande durchaus überlegen, dieser Kampagne beizutreten.

Wir wollen den Landtag als Ganzes motivieren, diese Kampagne zu unterstützen, damit die Staatsregierung vor diesem Hintergrund dann im Bundesrat entsprechende Zeichen setzt.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist weder gut für die Demokratie noch förderlich für die Integration, wenn ein großer Teil der Bevölkerung als Bürger dritter Klasse behandelt wird und von der politischen Partizipation ausgegrenzt bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir laden Sie dazu ein, darüber nachzudenken, wie Demokratie von morgen funktionieren soll, und wir bitten Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass derzeit immer noch 4,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner, die nicht aus EU-Staaten kommen, vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, obwohl diese Personen derzeit im Durchschnitt bereits 17 Jahre hier leben, hier auch Steuern zahlen und sich am Gemeinwesen beteiligen. Die Kinder besuchen die Schule, und die Eltern sind aufgerufen, sich in den Elternbeiräten einzubringen. Sie sind auch aufgerufen - sie tun das zum Teil auch -, sich am Vereinsleben und am öffentlichen Leben zu beteiligen. Warum sollen sie dann vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen bleiben?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Gesellschaft, die einen großen Teil ihrer Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert zunehmend ihre demokratischen Grundlagen. Bedenken Sie außerdem bitte, dass in vielen Ländern der EU, beispielsweise Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Irland, Ungarn, Estland, Litauen und der Slowakei, das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die schon lange Zeit dort leben, eine Selbstverständlichkeit ist. Warten Sie nicht so lange, bis Sie vom Europäischen Parlament aufgefordert werden, hier nachzubessern.

(Beifall der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

Wir haben hier eine Ungleichbehandlung, die unserem Gemeinwesen nicht gut tut. Verdeutlichen möchte ich das am Beispiel des Kabarettisten Django Asül. Dieser ist in Niederbayern aufgewachsen; er ist vielleicht niederbayerischer als mancher Niederbayer und darf trotzdem in seinem Heimatort Hengersberg nicht den Gemeinderat wählen. An diesem Beispiel erkennt man, welche Personen alle ausgeschlossen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, bedenken Sie, dass auch Ihre Vorsitzende Leutheusser-

Schnarrenberger gesagt hat, sie plane eine ganz konkrete Landesinitiative, um die bestehenden rechtlichen Probleme zu beseitigen. Wir fordern Sie auf, ihr zu folgen. Folgen Sie nicht dem Votum der FDP-Ausschussmitglieder des Kommunalausschusses, des Europaausschusses und des Verbraucherausschusses.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Aller Ausschüsse!)

Folgen Sie Ihrer Vorsitzenden, folgen Sie den 4.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Petition. Folgen Sie denen, die für ein demokratisches Gemeinwesen in Bayern kämpfen. Beteiligen Sie sich an der Initiative. Sitzen Sie nicht als Bremsklotz ganz hinten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Danke schön, Frau Kollegin Kamm. Nächster Redner ist Herr Lorenz für die CSU-Fraktion. Ihm folgt dann Frau Zacharias.

Bitte schön, Herr Kollege Lorenz.

**Andreas Lorenz (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! In Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es:

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

- Auch in Artikel 28 wird ausdrücklich noch einmal vom Volk als bestimmendem Gremium für die Bildung von Gemeinderäten gesprochen. Der Gesetzgeber hat sich etwas dabei gedacht, warum er diesen Begriff und nicht den von Ihnen, Frau Kamm, gebrauchten Begriff der Einwohner gewählt hat. Ein Volk, eine Staatsbürgerschaft ist mehr als die zufällige Tatsache, dass man zu einem gewissen Zeitpunkt an einem gewissen Ort zusammenlebt und eine gewisse Zeit miteinander verbringt, sondern sie umfasst auch ein gewisses Bekenntnis zu einem Staat, zu einer Rechts- und einer Werteordnung.

Frau Kamm, in diesem Sinne können wir Ihrem Anliegen nicht beitreten. Wir sind sogar der Meinung, dass das der Integration nicht förderlich ist.

Sie haben gesagt, dass die Mehrzahl der hiesigen Ausländer schon lange hier lebe. Das ist richtig. Sie wissen selbst, dass man nach acht Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland in der Regel die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen kann. Es ist jedem unbenommen, dies zu tun. Wenn es, aus welchen Gründen auch immer, nicht getan wird, müssen wir es

respektieren. Aber dann schließt sich derjenige von gewissen Rechten der Bundesrepublik Deutschland aus. Es liegt also an ihm, sich zu entscheiden. Es ist aber im Sinne der Integration nicht förderlich, gleich ein elementares Recht der hier lebenden Staatsbürger, nämlich das Wahlrecht, vorab zu verteilen. Ein Wahlrecht kann quasi immer nur am Ende der Integration stehen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Wenn jemand lange hier gelebt hat, sich in Deutschland wohlfühlt, die Rechts- und Werteordnung akzeptiert, die Voraussetzungen erfüllt und sich zum Staat bekennt, kann er sich einbürgern lassen und mitwählen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. In diesem Sinne können wir Ihrem Anliegen wie auch in den beiden Ausschüssen nicht folgen; denn dies ist der falsche Weg, die Integration voranzutreiben.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Zacharias.

**Isabell Zacharias (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass in dieser Sache von Ihrer Seite, Herr Lorenz, keine inhaltliche Performance zu erwarten war, habe ich mir gedacht. Ich darf aber sagen, dass die CSU schon bei unserer Ersten Lesung zum Thema "Kommunalwahlrecht für alle" mit abstrusen Argumenten kam, etwa das sei der Integration nicht zuträglich. Ich dachte, zwischenzeitlich hätten Sie gelernt und gemerkt, dass Zuwanderer, neudeutsche, biodeutsche Menschen mit Zuwanderergeschichte genau die gleichen Rechte haben wie diejenigen, die hier leben. Das hat meine Kollegin sehr schön gesagt. Mittlerweile ist jeder zweite Ausländer und jede zweite Ausländerin bis zu 17 Jahren bei uns. Ihnen kein Wahlrecht zu geben, ist falsch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben ein Drei-Klassen-Wahlrecht: Wir haben zum einen die voll wahlberechtigten deutschen Staatsbürger; das ist gut. Wir haben zweitens die kommunalwahlberechtigten EU-Bürger; das müssen wir ausbauen. Wir haben des Weiteren die wahlrechtslosen Drittstaatler; das geht gar nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir machen hier einen Unterschied zwischen einem Franzosen und einem Türken - warum? Wir machen einen Unterschied zwischen einem Niederländer und einem Schweizer. Das ist mir nicht einsichtig. Sie haben

noch gut Zeit bis zur Zweiten Lesung unseres Gesetzesentwurfs, den wir im Oktober letzten Jahres eingebracht haben, um nochmals wirklich in sich zu gehen und zu prüfen, ob wir die Partizipation aller in Deutschland Lebenden auf kommunaler Ebene nicht doch mitverantworten wollen. Ich richte diesen Appell vor allem an all diejenigen, die in diesem Segment sitzen.

Liebe FDP, an euch liegt es jetzt. Das kann man gar nicht oft genug sagen. Das Mantra einer guten Idee kann ich hier nur wiederholen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Legt doch da mal ein Veto ein!)

Eure Bundesjustizministerin ist Erstunterzeichnerin dieser wunderbaren Aktion für die Ausländerbeiräte, für die Integrations- und Migrationsbeiräte, für diese Arbeitsgemeinschaft. Sie hat sie erstunterzeichnet und gesagt, jawohl, das sei ein humanes EU-Recht, das müsse jedem gegönnt sein. An euch ist es, auf eure Landesvorsitzende zu hören. Andere Länder, andere Liberale in anderen EU-Ländern können es auch. Gebt euch einen Stoß und lasst nicht zu, dass sich eure Koalitionsehe bei jeder Kleinigkeit zuungunsten der Idee auswirkt.

Wir werden dem Antrag natürlich zustimmen. Zu den Damen und Herren ganz rechts sage ich: Bei der Zweiten Lesung werde ich hier nochmals ein Feuerwerk der Argumente bringen, warum wir natürlich für ein Kommunalwahlrecht für alle sein müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Hanisch, ihm folgt Herr Kollege Rohde.

(Zuruf von den Freien Wählern: Jetzt will ich auch ein Feuerwerk! - Florian Streibl (FW): Jetzt aber Zunder!)

**Joachim Hanisch (FW):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Wir Freien Wähler werden dem Dringlichkeitsantrag nicht zustimmen. Wir sind der Auffassung, dass das Wahlrecht ein Bürgerrecht und kein Menschenrecht ist. Wir sind auch der Auffassung, dass das Staatsvolk wählt, und so sieht es zumindest auch unser Grundgesetz vor. Ein Wahlrecht allein dient mit Sicherheit nicht der Integration. Es könnte im Gegenteil ein Punkt weniger sein, um die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Es sollte langfristig das Ziel sein, dass jeder, der sich hier in Deutschland über einen längeren Zeitraum aufhält, auch die Staatsangehörigkeit erwirbt.

Als wir uns ein paar statistische Zahlen angesehen haben, haben wir festgestellt, dass auf kommunaler Ebene bei den meisten Ausländerbeiräten die Wahlbeteiligung unter 10 % gelegen ist, zum Beispiel in Kaufbeuren bei 7 %. Da taucht schon die Frage auf, ob dieses Wahlrecht eigentlich gewollt ist.

(Zuruf von der SPD)

Was uns momentan stört, ist Folgendes: Sie haben natürlich 4.000 Unterschriften gesammelt - bevor ich hier das Ganze zerlege, relativiere ich es wieder -, aber in Bayern leben 650.000 Betroffene, in der Bundesrepublik Deutschland sind es 6,75 Millionen. Wir meinen durchaus, das Ganze unter Umständen in Erwägung ziehen zu können. Aber dann müssten sich ein paar grundsätzliche Sachen ändern. Man müsste es zumindest an die Aussage koppeln, dass der Betroffene zehn Jahre bei uns gewohnt haben muss. Dann wären wir für ein aktives kommunales Wahlrecht. Aber da müssten wir noch einiges zusammenbasteln.

(Beifall bei den Freien Wählern - Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Hanisch, Entschuldigung, einen Moment noch. Wären Sie bitte so freundlich, noch einen Moment dazubleiben. Das kam ein bisschen knapp. Frau Kamm würde sich noch gerne für eine Zwischenintervention zu Wort melden. Bitte, Frau Kollegin.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Hanisch, es ist klar, dass man nicht vom ersten Tag seiner Anwesenheit an dieses Wahlrecht haben kann, sondern dass es natürlich an bestimmte Bedingungen geknüpft ist. Über die Bedingungen ist zu diskutieren, über die Aufenthaltsdauer, die hierfür vonnöten ist, ebenfalls. Ich freue mich, dass Sie mit in der Diskussion sind.

**Joachim Hanisch (FW):** Das ist dem Dringlichkeitsantrag in der Form nicht zu entnehmen. Wir warten, was von Ihrer Seite noch alles kommt, dann schauen wir einmal.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Ich darf bekannt geben, dass dieses Mal die Fraktion der GRÜNEN zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Jetzt hat sich der Kollege Rohde zu Wort gemeldet. Ihm folgt dann Herr Staatsminister Herrmann, bitte schön.

**Jörg Rohde (FDP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meinen Vorrednerinnen von den GRÜNEN und von der SPD muss ich natürlich eines in Erinnerung rufen: Mit einem Veto kann ich nichts vorbringen. Das ist Teil unseres Problems.

Frau Kamm, Sie haben schon richtig zitiert: Auf der Delegiertenkonferenz der Ausländerbeiräte am 2. Februar in Zirndorf hat unsere Landesvorsitzende der FDP, die Bundesjustizministerin, Folgendes gesagt: "Das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung ist Kernstück der Demokratie und muss für alle Einwohnerinnen und Einwohner gelten." Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf von der SPD)

Damit teilen und unterstützen wir als FDP dieses Anliegen der Antragsteller.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Und lehnen den Antrag ab!)

- Genau.

Mit dem vorliegenden Antrag habe ich aber zwei Probleme: ein kleineres und ein etwas größeres. Das kleinere Problem ist die unpräzise Zielsetzung. Die FDP-Landtagsfraktion möchte nicht, dass jeder Nicht-EU-Bürger vom ersten Tag seiner Meldung beim Einwohnermeldeamt an ein aktives und passives Wahlrecht erhält. Hält er sich dagegen bereits fünf Jahre bei uns auf, dann würden wir ihm diese Rechte gerne einräumen. Die notwendige Grundgesetzänderung würden wir dann mit unterstützen.

Die Kampagne und der erste Spiegelstrich dieses Antrags enthalten die von uns geforderte Frist von fünf Jahren nicht. In der Broschüre zur Kampagne ist die Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz aus dem Jahr 2007 abgedruckt. Diese Initiative enthält nicht die Forderung nach einem Wahlrecht, sondern scheint auf den ersten Tag abzielen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Rohde, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Jörg Rohde (FDP):** Das erübrigt sich. Sie können am Ende eine Zwischenbemerkung machen. Ich komme nämlich sofort auf Ihren Beitrag zu sprechen, Frau Kamm.

Mein Eindruck ist, dass diese Kampagne zwar in die richtige Richtung geht, aber eben einen Schritt zu weit.

In der Broschüre ist auch die Position der FDP aus dem Jahr 1997 abgedruckt - Sie sehen, wie lange wir schon da dran sind -, und auch 2007 hat die Bundestagsfraktion, der ich zu diesem Zeitpunkt angehört habe, bestätigt, dass wir dieses Ziel verfolgen, solange die fünf Jahre Wartezeit oder Aufenthaltszeit enthalten sind.

Im Antragstext, der uns heute vorliegt, ist das nicht enthalten, liebe GRÜNE, und deshalb stimmen wir Ihnen nicht zu. Frau Kamm, Sie haben im Ausschuss erklärt,

dass Sie unseren Bedenken Rechnung tragen würden. Sie hätten das dann doch in Ihren Antrag hineinschreiben können. Ich bin sicher, dass wir das bilateral lösen können. Ich habe auch gesagt: Das ist das kleinere Problem.

Ich komme zu dem größeren Problem und schaue auf die rechte Seite des Hauses,

(Heiterkeit bei der SPD)

dort sitzt unser Koalitionspartner.

(Beifall bei der SPD)

Bisher habe ich zu diesem Problem noch kein Einlenken der CSU feststellen können. Ich versichere Ihnen aber: Dieser Punkt ist auf der langen Liste der Änderungen an den Kommunalwahlgesetzen enthalten, die wir im Hintergrund mit der CSU diskutieren. Schon im Anschluss an diese Debatte werde ich mit meinem ganzen Charme und meiner Überzeugungskraft versuchen, dieses Anliegen voranzubringen; ich befürchte aber, dass ich ein dickes Brett zu bohren habe.

(Zuruf von der SPD)

Daher muss die FDP-Fraktion zumindest aus Koalitionssrason diesen Antrag heute ablehnen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Oh!)

Wir bleiben aber dran - versprochen. Wir sind also kein Bremsklotz, Frau Kollegin Kamm. Wir sind mit einem Ölkännchen unterwegs. Das große schwarze Getriebe ist aber schwer in Bewegung zu bringen.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Rohde, wenn Sie bitte noch einen Moment verweilen. Es gibt eine Zwischenintervention von Frau Kamm.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Rohde, Sie haben bereits die Internetseiten von AGABY studiert. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass dort natürlich nicht steht, dass die Arbeitsgemeinschaft AGABY für ein kommunales Wahlrecht ab dem ersten Tag eintritt. Vielmehr ist die Frage der Fristsetzung offen und bedarf einer detaillierten Regelung. Auch in unserem Antrag finden Sie nichts zum ersten Tag, sondern im Antrag steht, der Landtag soll die Kampagne unterstützen. Da wäre es doch ganz nett, wenn Sie das auch tun würden.

Außerdem steht im Antrag, dass sich die Staatsregierung im Bundesrat und bei der Bundesregierung für ein kommunales Wahlrecht einsetzt. Dort steht auch nicht: "ab dem ersten Tag". Sie konstruieren Schwierigkeiten,

die es gar nicht gibt. Sie können dem Antrag gut zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Kollege Rohde, bitte.

**Jörg Rohde (FDP):** Frau Kamm, ich habe es in meiner Rede bereits ausgeführt: Die kleinen Probleme, sprich die Formulierung, die Präzisierung, würden wir sicher gemeinsam, bilateral, ohne Koalitionspartner aus dem Weg räumen können. Sie haben nicht hineingeschrieben, dass Sie es ab dem ersten Tag wollen; Sie haben aber auch nicht hineingeschrieben, dass Sie auf die Wartezeit Wert legen würden, was wir machen würden. Das ist kein unüberbrückbarer Graben - das ist überhaupt keine Frage. Ich sehe mir aber genau an, was zur Beschlussfassung vorliegt, und danach entscheide ich. Sie könnten Ihren Antrag mit einem Federstrich ändern. Ich könnte heute aber trotzdem nicht anders; das ist mir klar. Deswegen habe ich das auch so herausgearbeitet.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wir haben eine offene Diskussion. Wir wissen, wo wir stehen. Schauen wir, ob die CSU nicht doch noch ihren Mitbürgern, die schon lange hier leben, ein Wahlrecht einräumen möchte. Für heute scheint sich das noch nicht abzuzeichnen. Deswegen ist unser Votum leider klar.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Staatsminister, schauen wir einmal, was die Charmeoffensive von Herrn Rohde in Ihre Richtung schon bewirkt hat. Sie haben das Wort.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Zacharias hat uns emotionale Argumente für die Zweite Lesung versprochen. Nun finden zu Dringlichkeitsanträgen in diesem Hohen Hause selten Zweite Lesungen statt.

(Jörg Rohde (FDP): Heute geht es um den Antrag der GRÜNEN!)

Ein Gesetzentwurf ist wunderbar; ich freue mich in der Tat darauf. Ich will Sie mit unseren Argumenten nicht vertrösten, sondern lege Ihnen schon heute offen auf den Tisch, dass ich Ihnen versichern kann, liebe Kolleginnen und Kollegen: Weder die christlich-liberale Koalition in München noch die christlich-liberale Koalition in Berlin setzt sich in diesen Legislaturperioden für eine Änderung des Grundgesetzes in diesem Punkt ein.

(Jörg Rohde (FDP): Schade!)

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer in Deutschland rundweg ablehne. Das kommt aus meiner Sicht überhaupt nicht in Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Hintergrund ist ganz einfach. Wir haben ein klares Staatsangehörigkeitsrecht. Wir haben die deutsche Staatsangehörigkeit. Wir haben in der Tat eine entsprechend erweiterte Unionsbürgerschaft. Dies sind die Voraussetzungen dafür, das Wahlrecht wahrzunehmen. Bei normalen Wahlen in Deutschland ist die deutsche Staatsangehörigkeit die Voraussetzung. Innerhalb Europas haben wir vereinbart, dass allen Unionsbürgern das kommunale Wahlrecht einerseits und das Wahlrecht zum Europäischen Parlament andererseits zusteht, letzteres wahlweise in dem Land, in dem man lebt, oder in dem Land, aus dem man stammt.

Meine Damen und Herren, ich kann überhaupt nicht verstehen, liebe Frau Kollegin Zacharias, dass Sie nicht nachvollziehen können, wieso wir einen Unterschied zwischen einem Franzosen und einem Türken machen. Ich glaube, Sie haben die gesamte Entwicklung dessen, was heute die Europäische Union ausmacht und was uns in den inzwischen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union in besonderer Weise verbindet, nicht mitbekommen.

(Beifall bei der CSU)

Sie wollen keinen Unterschied machen und können nicht nachvollziehen, dass wir uns heute in der Tat aufgrund der Entwicklung in den letzten 50 Jahren in einer anderen Art und Weise mit den Kollegen in Österreich, mit den Franzosen, mit den Niederländern, mit den Belgiern verbunden fühlen als mit den Bürgerinnen und Bürgern irgendeines anderen Landes auf dieser Welt. Offensichtlich ist doch einiges an Ihnen vorbeigegangen. Wir sagen dazu: Ja, Unionsbürger sind etwas Besonderes. Das beruht vor allen Dingen auch auf Gegenseitigkeit. Das ist eine gemeinsame Vereinbarung aller europäischen Länder, die sich gegenseitig dieses kommunale Wahlrecht für die Unionsbürger eingeräumt haben. Das ist aber nicht Grundlage dafür, dass jeder, der in unser Land kommt, das kommunale Wahlrecht beanspruchen könnte. Ich sehe, dass eines der Mitglieder des Aktionskreises, auf den Sie sich beziehen, auch ein Aktionskreis Asyl ist. Das lenkt den Blick darauf, dass nach Ihrer Vorstellung offensichtlich auch jeder Asylbewerber, der in unser Land kommt und sich nur entsprechend lange genug aufhält - -

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Entschuldigung! Was will denn der Arbeitskreis in diesem Aktionsbündnis, wenn es nicht offensichtlich auch darum gehen soll, dass auch die Asylbewerber das kommunale Wahlrecht bekommen sollen? Was soll denn der Arbeitskreis im Aktionsbündnis? Ich kann Ihnen nur sagen: Das hat mit der Wahrnehmung von staatsbürgerlichen Rechten in unserem Land überhaupt nichts zu tun. Deshalb bitte ich nachdrücklich, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Staatsminister, Entschuldigung, wenn Sie freundlicher Weise noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kamm zulassen.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Herr Kollege Herrmann, Sie haben so getan, als ob es um ein Wahlrecht für jeden, der kommt, gehe. Es geht um ein Wahlrecht für die 4,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die schon sehr, sehr lange hier wohnen. Der Durchschnitt wohnt bereits 17 Jahre hier - das ist nicht jeder, der kommt, sondern das sind die vielen Bürgerinnen und Bürger, die hier leben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

seit langer Zeit arbeiten, Steuern zahlen, ihre Kinder aufziehen und sich in das Gemeinwesen einbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium):** Liebe Frau Kollegin Kamm, Sie wissen ganz genau: Wenn jemand seit 17 Jahren in Deutschland wohnt, hier arbeitet und seine Steuern zahlt, dann hat er nach dem geltenden Staatsangehörigkeitsrecht jederzeit die Möglichkeit, einen Antrag auf deutsche Staatsangehörigkeit zu stellen,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

und hat sogar einen Anspruch auf Einbürgerung. Wenn er dies nicht getan hat - das gilt in der Tat für die Mehrzahl dieser vier Millionen, von denen Sie gesprochen haben -, wenn jemand ganz bewusst sagt, ich will nicht deutscher Staatsangehöriger werden, was ich respektiere, sondern Staatsbürger eines anderen Landes bleiben, dann sehe ich nicht ein, warum jemand, der ganz bewusst sagt, ich will nicht deutscher Staatsangehöriger werden,

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

trotzdem das Wahlrecht bekommen soll. Deshalb lehne ich das nach wie vor ab.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Das gibt es sonst nirgendwo auf der Welt!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache geschlossen. Namentliche Abstimmung ist beantragt. Zwischen dem Antrag und der tatsächlichen Abstimmung müssen aber 15 Minuten liegen. Wir haben erst zwölf Minuten erreicht. Deswegen werde ich die Sitzung gleich für drei Minuten unterbrechen; danach beginnt die namentliche Abstimmung.

Zwischenzeitlich darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Schweiger, Dr. Fahn und anderer und Fraktion (FW), betreffend Stärkung der ambulant betreuten Wohngemeinschaften, Drucksache 16/2181, bekannt geben. Mit Ja haben 61 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 96 gestimmt. Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich unterbreche jetzt die Sitzung für drei Minuten.

(Zuruf von der CSU: Es sind nur noch zwei Minuten!)

- Es sind jetzt noch zwei Minuten. Wir müssen das korrekt machen. Ich unterbreche die Sitzung für zwei Minuten, und anschließend lasse ich die namentliche Abstimmung durchführen. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 16.40 bis 16.42 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf und kommen zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend "Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige", Drucksache 16/2555. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat auf Drucksache 16/3269 die Ablehnung empfohlen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.42 bis 16.47 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden außerhalb des Saals ausgezählt. Ich werde wie immer das Ergebnis später bekannt geben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)**  
**Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP in Bayern**  
**hier: Bildung (Drs. 16/2553)**

Im gegenseitigen Einvernehmen ist zu diesem Dringlichkeitsantrag auf Aussprache verzichtet worden. Damit kommen wir gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.  
 - Danke schön. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen?  
 - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

**Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u. a. (SPD)**  
**Einbeziehung der Forstverwaltungen in die Evaluation der Forstreform (Drs. 16/2754)**

Zu diesem Antrag findet eine Aussprache statt, die ich hiermit eröffne. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Maria Noichl. Ihr wird dann Herr Kollege Steiner folgen.

**Maria Noichl (SPD):** Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Leider ist der zuständige Minister nicht "im Zimmer"; dabei wäre diese Rede besonders für ihn bestimmt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, jetzt müssen Sie sich diese Rede anhören und ich bitte Sie, sie an den Minister weiterzugeben.

Vor vielen Jahren wurde uns mit viel Druck eine Forstreform aufs Auge gedrückt. Das geschah mit drei großen Versprechungen:

Versprechung Nummer 1: Es wird billiger.

Versprechung Nummer 2: Es wird besser.

Versprechung Nummer 3: Es wird verzahnter.

Diese drei Versprechungen stehen jetzt im Raum. Inzwischen ist es ein gutes halbes Jahr her, dass eine Evaluierung der Forstreform in Auftrag gegeben wurde, um herauszufinden, ob es billiger, besser und verzahnter geworden ist. Diese Evaluierung wird den Steuerzahler viel Geld kosten. Damit wurde eine externe Firma beauftragt. Außerdem wurde noch ein Lenkungsausschuss damit beauftragt, eine Evaluierung durchzuführen. Allerdings soll hier nicht die Forstreform evaluiert werden, wie das viele glauben. Sie wollen sich

dieses Konstrukt nicht noch einmal ansehen. Sie machen etwas anderes: Sie sehen sich nur die Hälfte an.

Ich möchte einmal kurz zurückblenden: Vor vier Jahren wurden die Einheitsforstämter, die zusammen in einem Haus untergebracht waren, zersplittert. Dafür wurden ein Betrieb, die Bayerischen Staatsforsten, und ein Forstamt gegründet. Nach 4,5 Jahren erfolgt eine teure Evaluierung, die sich aber ausschließlich auf den Betrieb bezieht. Die örtlichen Forstämter sollen nicht angesehen werden. Das finde ich ungeheuerlich. Ungeheuerlich ist auch, dass der Minister heute nicht da ist. Er möchte in der nächsten Woche ein großes Evaluierungskonzept vorstellen und dazu die Presse einladen. Wir werden sehen, dass die Zeitungen voll davon sein werden. Alle, die diese Berichte lesen werden, wissen aber, dass dabei nur die Hälfte evaluiert wurde, nicht die ganze Reform, sondern nur der Betrieb.

Den Minister und die Kolleginnen und Kollegen von der CSU interessiert es anscheinend nicht, was draußen in der Forstverwaltung passiert. Sonst hätten sie sich die Zeit und das Geld genommen, dort genauer nachzusehen. Auch Ihnen muss doch aufgefallen sein, dass seit 4,5 Jahren die Bürgerfreundlichkeit in der Forstverwaltung ständig abgenommen hat. Ich möchte dazu ein konkretes Beispiel aus meinem Heimatgebiet nennen: Wenn in Bayrischzell ein Privatwaldbesitzer zu seinem Forstamt gehen will, ist für ihn ab jetzt Miesbach zuständig.

(Josef Miller (CSU): Das stimmt doch nicht! Lügen Sie doch nicht! Der geht zum Revierförster!)

Die Forstverwaltung ist inzwischen so weit von den Bürgern weg, dass dies nicht mehr bürgerfreundlich ist. Dies schwächt die Privatwaldbesitzer vor Ort. Ich bin froh, dass der Minister inzwischen eingetroffen ist.

Es ist noch etwas anderes passiert: Die Forstämter wurden den Landwirtschaftsämtern de facto untergeordnet. Sie wurden nicht gleichgestellt, auch wenn das immer so dargestellt wird. Wir haben insgesamt 47 Ämter. In 40 Ämtern sitzt ein Landwirtschaftler an der ersten Stelle und nur 7 Ämter werden von einem Forstler angeführt. Damit wurde die Forstwirtschaft de facto der Landwirtschaft unterstellt.

(Beifall bei der SPD)

Dies stinkt auch den Leuten im Ministerium gewaltig, auch wenn sie Ihnen das nicht sagen.

(Alexander König (CSU): Das Raumschiff Enterprise fliegt in die falsche Richtung!)

Was ist noch passiert? - Mit dieser Art der Forstreform wurde auch die staatliche Kontrolle über die Bayeri-

schen Staatsforsten fast zerschlagen; denn sie ist de facto weder organisatorisch noch personell zu leisten. Die Leute vor Ort können diese großen Gebiete nicht mehr durchsehen und prüfen, ob dort alles in Ordnung ist. Der Förster hat hoheitliche Aufgaben - auch im Bereich der Staatsforsten -, kann diese aber nicht mehr ausführen. Das möchte der Minister aber nicht wissen. Deshalb schickt er den Evaluierungstrupp nur zum Betrieb. Dann sieht man nämlich nicht, wie es in den Forstämtern stinkt. Das ist nicht deshalb der Fall, weil die Personen schlecht arbeiten würden, sondern weil deren Ausstattung schlecht ist.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Grund ist, dass aufgrund der Forstreform die Forstverwaltung immens geschwächt wurde. Die Forstreform hat zu einer viel größeren Bürokratie geführt. Das wissen Sie auch. Es gibt Taschengeschäfte, von der einen Tasche in die andere Tasche. Sie wissen das. Aber der Minister will davon nichts wissen. Er will es nicht wissen, deshalb lässt er es nicht evaluieren.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen ebenso, dass auch die Angestellten leiden. Sie können nicht mehr vom Betrieb in die Forstverwaltung oder umgekehrt wechseln. Es passiert die schleichende Entbeamtung des Betriebs. Das alles wissen Sie, aber man will es nicht sehen.

Wir beantragen deshalb, dass die Evaluierung, die eine Menge Geld gekostet hat, ausgeweitet wird und auch die Forstämter evaluiert werden, dass man sich Zeit nimmt, vor Ort zu schauen, dass man den Forstämtern Wertschätzung zeigt, indem man nach dem Arbeitsgebiet und ihrer Situation sieht. Man sollte sich nicht mit einer halben Sache zufriedener geben. Wer halb evaluiert, bekommt nur die halbe Wahrheit. Der Minister will die halbe Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Er will nur das halbe Wissen haben; denn er will nächste Woche sagen: Die Forstreform ist ein Erfolg. Um das sagen zu können, sieht er nur auf die eine Hälfte, die andere Hälfte lässt er unberücksichtigt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächster Redner: Herr Kollege Steiner. Ihm folgt Kollege Dr. Herz. Bitte schön, Herr Kollege Steiner.

**Klaus Steiner (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war wieder ein "echter Noichl". Das war der "Noichlsche Wasserfall".

(Beifall bei der CSU)

Mich erinnert das an meine Motorsäge. Sie tut auch so laut. - Das nur nebenbei.

(Heiterkeit bei der CSU)

Frau Kollegin, Ihnen hat niemand etwas aufs Auge gedrückt, und der Minister ist wieder im "Zimmer", wie Sie das vorhin formuliert haben. Er war dort hinten. Er war nie draußen.

(Zurufe von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, die Forstreform fortzuführen, aber auch zu überprüfen, um Fehlentwicklungen rechtzeitig begegnen zu können.

(Maria Noichl (SPD): Dann machen Sie es doch!)

Auf dieser Basis hat der bayerische Ministerrat am 26. Juni 2009 über Inhalt und Fahrplan dieser Überprüfung entschieden. Dabei wurde die Grundausrichtung der Bayerischen Staatsforsten - BaySF -, die Staatswaldbewirtschaftung, die Erschließung weiterer Geschäftsfelder durch die BaySF sowie die Forst- und Rechtsaufsicht über die BaySF als Prüfungsinhalt festgelegt. Von der Überprüfung ausgeschlossen wurde explizit die Grundsatzentscheidung der Reform, wie etwa die Trennung der Staatswaldbewirtschaftung und der Holzaufgabe. Dabei bleiben wir.

Frau Kollegin Noichl, ewig Gestrigen kann man nie einen neuen Weg vermitteln. Sie bleiben immer stehen. Die Forstreform war nötig.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Ich befasse mich schon länger mit dieser Reform als Sie. Das ist aber eine andere Geschichte. Die Forstreform war notwendig, und wir stehen auch dazu - in der Regierung, der CSU und in der FDP-Fraktion.

Ihr Antrag stellt im Kern auf die Grundsatzentscheidung ab, nämlich Verwaltung und Betrieb zu trennen. Damit stellen Sie die Reform infrage.

(Maria Noichl (SPD): Wir möchten nicht trennen!)

Der Antrag, Frau Kollegin, zeigt wieder einmal, und deshalb werden wir ihn ablehnen, dass Sie nichts aus der Vergangenheit gelernt haben. Ich sage Ihnen noch eines: Die Evaluierung wurde vor einem halben Jahr, im Juni 2009 in Auftrag gegeben. Das Ergebnis liegt jetzt vor. Sie sind zu spät dran. Warum kommen Sie jetzt erst?

(Maria Noichl (SPD): Das ist lächerlich, hätten Sie doch ganz evaluiert!)

- Das ist nicht lächerlich. Herr Fraktionsvorsitzender, stellen Sie Ihre Sirene ab. Ich möchte ausreden.

(Widerspruch von der SPD - Heiterkeit bei der CSU)

Die Evaluierung ist abgeschlossen. Wir werden das Ergebnis genau betrachten.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Herr Steiner, seien Sie doch etwas charmanter zur Kollegin.

**Klaus Steiner (CSU):** Ich nehme die "Sirene" zurück. Sie ist keine Sirene.

Wir schauen uns das Ergebnis in puncto Forstbetrieb genau an. Wir werden auch die Verwaltung anschauen, wie wir das immer gemacht haben. Eines ist aber klar: Der Wald braucht Ruhe; der Forst braucht Ruhe; die Forstreform braucht auch Ruhe, und alle Beteiligten brauchen Ruhe.

(Zurufe von der SPD)

Das hysterische Gekreische, Frau Kollegin, hilft nicht weiter.

(Zurufe von der SPD)

Lassen Sie uns die Sache gelassen angehen und uns das Ganze genau ansehen. Das ist zielführend für alle Beteiligten.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget:** Nächster Redner: Herr Dr. Herz. Ihm folgt Herr Dr. Magerl. Bitte schön, Herr Kollege Herz.

**Dr. Leopold Herz (FW):** Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht nach dem Motto verfahren: Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von mir. Dennoch ist es wichtig, ein paar grundlegende Dinge zu erwähnen.

Die Forstreform wurde 2005 vom Kollegen Miller eingeleitet und durchgeführt. Sie war sicher notwendig; denn an der Basis hatte sich gezeigt, dass Dinge zu reparieren waren, weil es so nicht weitergehen konnte. Über das Wie kann man immer streiten. Das ist der entscheidende Punkt. Wir sind bei der Bewertung. Wir wissen, dass in den nächsten Tagen die Evaluierung öffentlich gemacht wird. Aber - das muss ich kritisch anmerken - wenn wir den Forstbetrieb evaluieren, bewerten, beurteilen, einschätzen, sollten wir das Ganze als Einheit betrachten, weil es sich herausstellt, dass

Forstverwaltung und Forstbetrieb nicht parallel nebeneinander laufen, sondern füreinander zunehmend zu Fremdkörpern werden. Ich habe mir sagen lassen, dass die Leute in der Verwaltung miteinander nichts mehr zu tun haben und zunehmend Spezialisten sind. Von der anderen Seite wird das auch so gesehen. Deshalb kommen wir hier nicht zusammen. Das Ganze stellt sich nicht als Einheit dar, sondern beide Bereiche arbeiten zunehmend für sich.

Eines kommt erschwerend hinzu: Es wurde beschlossen, die Personaldecke um 20 % zu reduzieren. In Gesprächen mit Waldbesitzervereinigungen und Forstbetriebsgemeinschaften sagen uns die alle unisono: So kann es nicht laufen, wir müssen Aufgaben übernehmen, wir sind teilweise ehrenamtlich. Gerade für die Bergwaldsanierung und den Walddumbau braucht man mehr Personal und nicht weniger. Das muss Hand in Hand gehen.

Zusätzlich wird eine überbordende Bürokratie beim Antragswesen kritisiert. Es wird von unklaren Zuständigkeiten und von Ungerechtigkeiten gesprochen. Wir müssen eine solche Evaluierung zusammen mit der Basis durchführen. Das gilt zwar für viele Bereiche, aber besonders bei diesem müssen wir die Basis einbeziehen; denn vor Ort wird das Ganze umgesetzt und praktische Arbeit geleistet. Wir müssen diese Probleme aufnehmen und in die Debatte und in die Evaluation einbeziehen. Praktiker vor Ort sagen mir in Gesprächen: Ihr habt demnächst wieder eine Bewertung, aber vor Ort wurden wir nicht gehört.

(Zustimmung der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Da müssen wir noch viel lernen. Das führt zu Politikverdrossenheit.

Daher bitte ich darum, in diesem Sinne - egal, wie jetzt dazu abgestimmt wird - das Ganze zu überdenken und unsere konstruktiven Vorschläge zu übernehmen. Wir Freien Wähler werden dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Vielen Dank, Herr Kollege. Für den nächsten Wortbeitrag vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kollege Magerl gemeldet, bitte.

**Dr. Christian Magerl (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich brauche nicht mehr sehr viel zu sagen, weil Kollege Herz in seiner sachlichen Art schon sehr vieles von dem vorweggenommen hat, was ich sagen wollte. Das war ein sachlicher Beitrag im Vergleich zu dem sehr uncharmanten Beitrag des Kollegen

Steiner. Das hat sich davon sehr wohltuend abgehoben.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Die Forstreform war eines der umstrittensten Vorhaben der Regierung Stoiber unter denen, die wir hier im Hause erleben mussten. Sie ist heute nach wie vor bei der Basis im Forstbetrieb und an den Forstämtern ein ganz wichtiges und wesentliches Thema.

Die Evaluierung des Forstbetriebs wird, soweit ich weiß, morgen Vormittag vorgestellt. Wir werden die Ergebnisse ab morgen auf dem Tisch haben und sie kommentieren können. Ein wesentlicher Teil - die Auswirkungen auf den staatlichen Bereich und auf die Forstämter - fehlten leider in der Evaluierung. Gerade im staatlichen Bereich müssen wir einen sukzessiven Verlust an Praxis feststellen. Von dem, was wir früher hatten, ist nach vier Jahren sicherlich noch einiges vorhanden, aber das, was die Forstler im Staatsbereich an Praxis mitnehmen, wird Stück für Stück weniger, weil sie keine Möglichkeit mehr haben, die Praxis auszuüben.

Wir waren in Bayern immer auf das Einheitsforstamt stolz. Diese Einheit gehört der Vergangenheit an. Beide Teile entwickeln sich immer stärker auseinander. Dem gilt es in Zukunft entgegenzuwirken. Deshalb wäre es gut und sinnvoll gewesen, in die jetzt erfolgte Evaluierung für den Forstbetrieb auch den staatlichen Teil einzubeziehen. Die Evaluierung, die uns hier vorgelegt wird, ist daher nur ein Drittel der Wahrheit. Wir fordern Sie dazu auf, diesen dringend erforderlichen Teil schleunigst nachzuholen. In diesem Sinne werden wir dem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Für die FDP bitte ich Herrn Dechant ans Pult.

**Thomas Dechant (FDP):** Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist allein schon wegen seiner Überschrift "Einbeziehung der Forstverwaltungen in die Evaluation der Forstreform" überholt.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Nein!)

Wir haben ihn schon einmal im Ausschuss beraten und dort abgelehnt. Einige Vorredner haben Aspekte angesprochen, die ich durchaus würde unterstützen wollen. Forstverwaltung und Forstbetrieb sind nicht richtig verzahnt und bewegen sich immer weiter auseinander. Dadurch ergeben sich Reibungsverluste etc. Diesen Aspekt finde ich absolut unterstützenswert. Er wurde zwar in den Reden angesprochen, ist aber in keiner

Weise Bestandteil dieses Antrags. Der Antrag geht in meinen Augen stark in die Richtung "Wir wollen mehr Personal". Da muss ich ein wenig grundsätzlich werden. In jeder Verwaltung könnte man gegebenenfalls mehr Personal brauchen. In jeder öffentlichen Verwaltung draußen gibt es tausend Gründe, weshalb man unter Umständen mehr Personal beschäftigen will. Irgendwo muss das aber finanzierbar sein. Wir müssen in der Politik weg vom Wünschenswerten und hin zum Machbaren kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Anders werden wir unseren Staatshaushalt nicht in den Griff bekommen. Ich bitte, das zu berücksichtigen.

Genau aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag ab. Nachdem die Evaluierung vorgelegt wurde, sind wir durchaus zu einer Diskussion über eine Ausdehnung bereit.

(Maria Noichl (SPD): Das wird dann nur auf dem Papier stehen!)

Lassen Sie uns erst einmal das vorliegende Werk mit seinen 280 Seiten durcharbeiten, und dann können wir uns noch darüber unterhalten, ob es Defizite gibt, und eine weitere Evaluation beantragen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Dechant. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Brunner ums Wort gebeten. - Bis Herr Brunner ans Pult kommt, gebe ich schon einmal bekannt, dass die SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich fahre aber in der Tagesordnung fort, weil wir bis zum Ende des Redebeitrags die vorgeschriebenen 15 Minuten nicht erreichen werden. Herr Brunner, bitte.

**Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Noichl, auch wenn Sie in noch so schriller Tonart vermeintliche Argumente vortragen, werden Unterstellungen deswegen nicht zu wesentlichen Gründen.

(Widerspruch bei der SPD - Christa Naaß (SPD): Welche Tonart haben Sie denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit einem halben Jahr ist bekannt, dass wir wie im Koalitionsvertrag vereinbart die Forstreform überprüfen,

(Maria Noichl (SPD): Die Forstreform!)

aber nicht infrage stellen. Das war eindeutig unser Auftrag.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Gottstein (FW))

Wir wollen aber von einer unabhängigen Gesellschaft überprüft bekommen, was wir optimieren und verbessern können. Genau das geschieht.

Ich lade Sie dazu ein, den Prüfungsbericht, der Ihnen heute oder morgen zur Verfügung stehen wird, ausführlich zu analysieren, zu diskutieren und dann Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Wir laden alle Verbände und Organisationen ein, die sich dieses Themas annehmen. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen auch im Ausschuss darüber zu diskutieren. Sie dürfen aber nicht so tun, als müsste man jetzt, nachdem diese Evaluierung abgeschlossen ist, noch etwas Zusätzliches tun.

(Maria Noichl (SPD): Natürlich!)

- Ich habe gesagt - und damit müssen Sie sich eben abfinden -, dass ich genau das vollziehe, was die Koalition und der Ministerrat beschlossen haben, und nicht das, was die Opposition vorschlägt. Das ist nun einmal ein Unterschied.

(Maria Noichl (SPD): Danach können wir alles beantragen!)

- Natürlich können Sie beantragen,

(Maria Noichl (SPD): Gott sei Dank!)

aber bitte mit Argumenten und nicht mit böswilligen Unterstellungen.

(Zuruf von der CSU: Das wäre etwas ganz Neues!)

Wir haben die Forstreform anhand von vier Kriterien noch einmal überprüft. Erstens. Wir wollen die Grundausrichtung der Bayerischen Staatsforsten überprüfen. Zweitens waren uns die vorbildliche Bewirtschaftung des Staatswaldes und drittens die neuen Geschäftsfelder große Anliegen. Das haben Sie in den Ausschussberatungen immer wieder angesprochen. Das wurde Punkt für Punkt von der Gesellschaft durch Befragungen, Interviews und durch Einschaltung von Forstexperten und vielen anderen analysiert. Viertens wird die Forst- und Rechtsaufsicht noch einmal unter die Lupe genommen. Meine Damen und Herren, das sind die Grundlagen dieser Überprüfung. Die Ergebnisse können Sie auf 250 Seiten nachlesen.

(Maria Noichl (SPD): Von den Ämtern wollen Sie nichts wissen?)

- Natürlich wollen wir alles wissen.

(Maria Noichl (SPD): Warum prüfen Sie dann nicht?)

- Wir haben genau das überprüft, was in der Vergangenheit oftmals für Kritik gesorgt hat und was auch draußen angekommen ist. Genau wie die neuen Geschäftsfelder etc. haben wir das unter die Lupe genommen. Sie sprechen die Staatsforstverwaltung an. Tut mir leid, soweit ich mich erinnern kann, war die Staatsforstverwaltung nicht in der Kritik. Deswegen gab es auch keinen Anlass, einen eigenen Prüfauftrag zu erteilen.

(Maria Noichl (SPD): Sie wollen doch die Reform überprüfen, da gehört doch alles dazu!)

- Ich habe Ihnen gerade die vier Punkte genannt, nach denen wir vorgegangen sind. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, Ihre Vorstellungen in die parlamentarische Auseinandersetzung einzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Lesen Sie doch bitte erst, was an Ergebnissen vorliegt.

(Zurufe von der SPD)

- Entschuldigung, das tut Ihnen jetzt weh, weil Sie die Zeit versäumt haben. In Ihrem Antrag schreiben Sie: "soll noch nicht aufgenommen werden".

(Maria Noichl (SPD): Sie haben gesagt, die Evaluierung der Forstreform!)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Entschuldigen Sie, Herr Staatsminister. Ich bitte darum, nicht in Zwiegespräche zu verfallen, sondern eventuell eine Intervention anzumelden.

**Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium):** Frau Präsidentin, ich dachte, ich habe das Wort.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Oder melden Sie sich noch einmal zu Wort. Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium):** Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, mit meinem Beitrag klarzustellen, was der Auftrag der Überprüfung war. Wir werden in den anstehenden Diskussionen die Möglichkeit haben, uns mit dem Thema inhaltlich auseinanderzusetzen. Ich bin zu jeder Diskussion bereit, wenn sie der Sache dient und nicht nur darauf abzielt, das Ganze unbegründet zu kritisieren. Denn eines muss klar sein: Diese Forstreform - so weit kann ich den Bericht überblicken - hat sich bewährt in dem Sinne, dass wir unseren Waldgesetzen Genüge tun. Die Bayerischen Staatsforsten haben den Auftrag erfüllt, den sie erhalten haben, nämlich den

Dreiklang von Ökonomie, Ökologie und Sozialem herzustellen. Da und dort muss nachjustiert werden. Da und dort sind Korrekturen angebracht, aber die Reform an sich steht mit Sicherheit nicht infrage.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Wie bereits angekündigt, wird die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 9 nach Erledigung des Tagesordnungspunktes 10 in namentlicher Form erfolgen.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 10 aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Daxenberger, Gote und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, betreffend "Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige" bekannt. Sie finden den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2555. - Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 111 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltung gab es eine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Antrag der Abgeordneten Reinhold Perlak, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. (SPD)  
Wiedereinführung der staatlichen  
Ernährungsberatung (Drs. 16/2781)**

Ich eröffne die Aussprache. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich für die SPD-Fraktion Frau Karl. Bitte.

**Annette Karl (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion fordert die Wiedereinführung der staatlichen Ernährungsberatung mit einer Stelle pro Landkreis. Das entspricht 71 Stellen.

(Beifall bei der SPD)

Um den Antrag zu begründen, möchte ich ein paar Zahlen zum Thema der ernährungsbedingten Krankheiten nennen. Nach einer Studie des Robert-Koch-Instituts sind 15 % aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland übergewichtig, mehr als sechs Prozent aller Kinder und Jugendlichen sind sogar fettsüchtig. Es ist ein erschreckend deutlicher Anstieg dieser Zahlen zu beobachten. Seit Mitte der Achtzigerjahre ist der Anteil dicker Kinder von zehn Prozent auf 15 % gestiegen. Der Anteil der fettleibigen Kinder hat sich sogar mehr als verdoppelt, nämlich von drei Prozent auf über sechs Prozent. Mittlerweile haben wir Zustände wie in den USA und in Großbritannien.

Die Bundesärztekammer schätzt die Folgeschäden des Übergewichts allein in Deutschland auf 15 bis 20 Milliarden Euro pro Jahr. Das Problem betrifft alle Industrieländer. Andere Länder reagieren darauf. So hat zum Beispiel Japan ein Programm aufgelegt, das vorsieht, dass jede Schule eine in Nahrungsmittelkunde und Ernährungsberatung ausgebildete Lehrkraft einstellen muss. Noch einmal zu der Studie: In Deutschland sind vor allen Dingen Migranten- und sozial schwache Familien vom Übergewicht ihrer Kinder betroffen.

Ich komme zum zweiten Komplex der ernährungsbedingten Krankheiten. In Deutschland gibt es 3,7 Millionen Menschen, die gefährlich untergewichtig sind. Ein Prozent aller Jugendlichen sind magersüchtig im engen Sinn. 15 % sterben daran. Fünf Prozent aller Jugendlichen leiden an Bulimie. Ich denke, auch dies ist ein weites Feld für Ernährungsberatung sowie Familienunterstützung und -beratung.

Wir haben diese Zahlen zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu reagieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, um dies zu tun, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Man kann so reagieren wie die Staatsregierung 2003, die die Ernährungsberatung von staatlicher Seite abgeschafft hat mit der schönen Begründung, Ernährung sei Privatsache.

(Christa Naaß (SPD): Das war ein Fehler!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eben von den Folgeschäden gesprochen. Wenn man das Ganze auf Bayern herunterrechnet, ergeben sich allein aus dem Übergewicht wirtschaftliche Folgeschäden in einer Größenordnung von zwei bis drei Milliarden Euro pro Jahr. Ich denke, auch in Zeiten der Landesbankkrise, in denen eine Milliarde Euro fast Peanuts sind, sollten wir diesen Betrag nicht als Privatsache, sondern als Herausforderung für den Staat betrachten, die es anzupacken gilt.

(Beifall bei der SPD)

Die vornehmste Aufgabe eines Staates besteht darin, gesundheitliche Schäden von den Menschen abzuwenden und volkswirtschaftliche Schäden möglichst zu vermeiden, und das, bevor das Kind sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist bzw. in diesem Fall zu dick geworden ist. Das funktioniert nur über Prävention. Ich räume ein, Prävention ist im Hinblick auf den Haushalt immer schwieriger darzustellen als ein schönes, kleines, zeitlich begrenztes Projekt, dem man einen neuen Namen gibt, nämlich Ernährungsbildung statt Ernährungsberatung, und das uns langfristig nichts bringt.

Auch das Argument, jetzt sei im Haushalt kein Geld dafür da, ist falsch; denn genau umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn ich mir die Entwicklung der Fi-

nanzlage in Bayern ansehe, dann denke ich, es wird in einigen Jahren noch weniger Geld vorhanden sein, um die noch größeren Folgeschäden auch nur ansatzweise schultern zu können. Deshalb brauchen wir Prävention. Wir brauchen niederschwellige, aber auch professionelle Angebote und Hilfen. Auch die WHO fordert von den Industrienationen verstärkte Anstrengungen im Hinblick auf ernährungsbedingte Krankheiten. Schon heute wird für die Generation unserer Kinder wegen des starken Übergewichts und der falschen Ernährung eine wesentlich niedrigere Lebenserwartung als für uns prognostiziert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb setzen wir uns für die Zukunft und vor allem für ein langes Leben unserer Kinder ein. Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Für die CSU hat sich Frau Brendel-Fischer zu Wort gemeldet. - Sie ist nicht hier. Dann fahre ich mit der Liste der Wortmeldungen fort. Die nächste Wortmeldung stammt von Ulrike Müller von den Freien Wählern. Bitte, Frau Kollegin.

**Ulrike Müller (FW):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Generell wäre die Wiedereinführung der staatlichen Ernährungsberatung notwendig. Leider ist es aber gar nicht mehr möglich, in jedem Landkreis im Landwirtschaftsamt Ernährungsberaterinnen zu beschäftigen; denn wir haben längst nicht mehr in allen Landkreisen Ämter vor Ort.

(Eberhard Sinner (CSU): Es gibt doch ein Landratsamt!)

Bis 2004 wurde die staatliche Ernährungsberatung ihrer Aufgabe gerecht. Sie hatte wichtige Funktionen zur Gesundheitsförderung und Prävention übernommen.

(Eberhard Sinner (CSU): Landratsämter!)

- Damals waren sie noch bei den Ämtern für Landwirtschaft, Herr Kollege Sinner. Leider mussten sie dann in die Landratsämter integriert werden, und dort wusste man überhaupt nicht, was man mit diesen Personen anfangen soll.

Aktuell haben wir aufgrund des Sparkurses des Landwirtschaftsministeriums bayernweit 20 Stellen. Dies ist nichts als ein Feigenblatt. Solche Alibi-Vernetzungsstellen bringen uns nicht wirklich weiter. Leider ist in unserer Gesellschaft ein grundlegendes Ernährungs- und Verbraucherkwissen nicht mehr selbstverständlich. Die Vermittlung von Alltagskompetenzen hat in den Lehrplänen noch keinen festen Platz erhalten. Das sind die Fakten. Beim Bund gibt es einige gute Ansätze, so

zum Beispiel den nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten. So nennt sich dies. Es gibt das Projekt "IN FORM" oder den aid-Ernährungsführerschein. Ernährung und Bewegung wird dort groß geschrieben. Alle diese Projekte sollen mit Beispielen und Kursen die Gesundheitsförderung und -bildung unserer Kinder garantieren.

Vom Bund sind dafür auch Haushaltsmittel bereitgestellt worden. Wie werden sie aber verteilt? Hauptsächlich werden Broschüren und Informationsmaterialien zur gesunden Ernährung gedruckt. Wir brauchen bezahlte Kräfte, die auf kommunaler Ebene eine neutrale Beratung für die gesamte Bevölkerung bieten. Einige Landkreise, auch mein Landkreis Oberallgäu, haben vorbildliche Vorleistungen erbracht. Wir haben Hauswirtschaftsmeisterinnen zu Ernährungsfachfrauen ausgebildet. Wir haben Ökotrophologinnen mit eingebunden, die Krankenkassen integriert und regionale Projekte für Schulen konzipiert, die jährlich an den Grundschulen verwirklicht werden. Doch nicht nur die Schulen stehen im Blickfeld; unsere Ernährungsfachfrauen sind auch an den Volkshochschulen aktiv und halten dort Gesundheitsbildungskurse für Erwachsene ab.

Eines muss hier klar gesagt werden: Alles auf die private Ebene zu verlagern, ist falsch. Die private Ebene kann das nicht leisten. Ich fordere die Staatsregierung auf, die Arbeit der Vernetzungsstellen zu optimieren und gut umsetzbare Konzepte vorzulegen, die dem Anspruch einer Ernährungsbildung auch gerecht werden. Wir Freie Wähler stimmen den Ausführungen von Annette Karl zu und werden dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Nächste Rednerin ist für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Claudia Stamm.

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Gemeinschaftsverpflegung Bayern, Vernetzungsstelle Bayern, Regiotreffs, Schulverpflegung, Ansprechpartner für Kindertagesstätten sowie Projektmanager im Rahmen des Projekts "Junge Eltern und Familien" - viele Begriffe schwirren bei der Ernährungsberatung herum.

Im Ausschuss war von Honorarkräften die Rede, die koordinierende Aufgaben auf dem Feld der Ernährung wahrnehmen sollen. - Schön, dass Frau Brendel-Fischer jetzt wieder da ist. Diese Aussage stammt von ihr. "Honorarkräfte" heißt zeitweise und projektbezogen,

das bedeutet, auch keine kontinuierliche Arbeit zu haben. Gleichzeitig heißt "Honorarkräfte", auch keine Verantwortung gegenüber Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu übernehmen. Das ist zwar nur ein Nebenaspekt, aber den möchte ich auch einmal erwähnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, dass Ernährungsberatung keine temporäre Aufgabe ist.

Die Zahlen sind alarmierend. Wir haben schon ähnliche oder gleiche Zahlen gehört. Bei der Einschulung 2008 waren knapp 9 % der bayerischen Kinder übergewichtig. 3,4 % waren fettleibig. Jedes sechste Kind mit Übergewicht hatte Migrationshintergrund. Circa 40 % der übergewichtigen Kinder sind in ihrer weiteren Entwicklung auch dicke Erwachsene. Dadurch entstehen massive Kosten für das Gesundheitssystem. Ernährungsberatung ist also keine Privatsache; denn die Folgeschäden zahlt die Allgemeinheit.

In einer Antwort auf eine Anfrage an das seinerzeitige Ministerium für Gesundheit und - damals noch - Verbraucherschutz heißt es: "Zutreffend ist, dass Schätzungen zufolge Ausgaben im Gesundheitssystem für ernährungsbedingte Krankheiten circa 30 % betragen." 30 % der Ausgaben im Gesundheitssystem sind wirklich eine ganze Menge. Dann aber sagt jemand von der Regierungskoalition noch, Ernährung sei Privatsache.

Es geht darum, Spätfolgen und Folgekosten, die aus einer falschen Ernährung resultieren, vorzubeugen und sie zu verringern, und nicht dann, wenn es zu spät ist, nachzubessern. Das, was wir bei der Prävention gegen ernährungsbedingte Krankheiten einsparen, zahlen wir später bei der Behandlung dieser Krankheiten doppelt. Es handelt sich bei der Ernährungsberatung sehr wohl um eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Die CSU hat im Landwirtschaftsausschuss den Antrag mit der Begründung abgelehnt, seit einem halben Jahr befindet sich eine koordinierende und vernetzte Ernährungsberatung im Aufbau. Rentnerinnen und Rentner könnten sich auch im Internet erkundigen. Ich wende mich dagegen, dass die Gesellschaft immer mehr gespalten wird in diejenigen, die mit dem Internet umgehen können, und diejenigen, die es nicht können.

Das sollte auch nicht der Ansatz einer Volkspartei sein, liebe Kollegen und Kolleginnen von der CSU, dass die Kompetenz, im Internet surfen zu können, darüber entscheiden soll, ob sich ältere Menschen über richtiges Ernähren informieren können oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachdem wir schon wissen, dass das liebe Geld wieder einmal das Gegenargument sein wird, kommen wir gleich mit soliden Gegenvorschlägen. Inzwischen sind wir GRÜNE das auch gewohnt. Ich kann Ihnen nur raten, unserem Antrag beim Nachtragshaushalt zuzustimmen. Wir, die Fraktion der GRÜNEN, halten das Züchten der Turbo-Hochleistungskuh nicht für eine staatliche Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das meinen nicht nur wir, sondern das meint auch der Oberste Rechnungshof in seinem letzten Bericht. Die 20.000-Liter-Kuh - ich weiß, das ist ein wenig übertrieben - braucht wirklich niemand. Wir müssen uns entscheiden:

Wollen wir eine flächendeckende gute Ernährungsberatung, um damit einer steigenden Anzahl von dicken Kindern entgegensteuern zu können? Wollen wir das Geld in den vorbeugenden Verbraucherschutz stecken und damit immense Kosten für die Allgemeinheit sparen? Oder wollen wir mit Staatsgeldern Turbotiere züchten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Frau Kollegin, bleiben Sie bitte vorne am Pult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Frau Brendel-Fischer gemeldet.

**Gudrun Brendel-Fischer (CSU):** Ich möchte ganz kurz einiges ausführen. Uns ist es wichtig, dass eine sinnvolle Ernährungsphilosophie in irgendeiner Weise staatlich begleitet wird. Deshalb begrüßen wir den ressortübergreifenden Ansatz, der maßgeblich durch das Ministerium von Herrn Staatsminister Brunner begleitet wird. Wir möchten Brücken zwischen sinnvollen Kooperationen und Angeboten schlagen. Wir haben Kursangebote für Jugendliche, für Eltern und für junge Familien, die mit der personellen Besetzung, die wir momentan vorgesehen haben, gut anlaufen. Wir haben wenige Köpfe, aber diese Köpfe sind gut miteinander vernetzt und arbeiten effizient. Das ist für die Zukunft wichtig.

Im Übrigen geht es nicht nur um Ernährung, es geht um Bewusstsein für eine gesundheitsförderliche Lebensführung, die wir alle annehmen sollten. Es geht auch um regelmäßige Bewegung und einen sinnvollen Berufsalltag - das letzte gilt auch für uns Politiker.

(Beifall bei der CSU)

**Claudia Stamm (GRÜNE):** Ich danke Ihnen für die Zwischenfrage, Zwischenbemerkung oder was auch immer.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer sich nicht gesund ernährt, kommt zu spät!)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Frau Stamm, Sie haben zur Erwiderung zwei Minuten Zeit. - Sie verzichten. Die letzte Wortmeldung für die FDP kommt von Herrn Dechant.

**Thomas Dechant (FDP):** Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange meine Rede mit mehreren Fragen an, zuerst aber mit einer Feststellung. Hier wurde mit Milliarden argumentiert, die im Gesundheitswesen durch Schäden wegen falscher Ernährung verursacht werden. Wer hier im Saal glaubt denn, dass sich alle Bewohner in Bayern auf einmal vernünftig ernähren, wenn wir hundert zusätzliche Ernährungsberater einstellen? Diese Frage wird mir keiner abschließend beantworten können. Auch wenn wir zweihundert einstellen würden, würde es nicht so sein. Trotzdem könnten wir dann nicht jede alte Dame beraten.

(Eva Gottstein (FW): Haben Sie etwas gegen alte Damen?)

Das funktioniert so nicht. So viel Personal, wie wir dazu bräuchten, können wir gar nicht einstellen. Das können wir uns gar nicht leisten.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich habe vorhin schon gesagt, es ist immer schön, das Wünschenswerte zu diskutieren. Aus Sicht der Opposition kann ich auch nachvollziehen, dass wir hier Wünschenswertes diskutieren. Es muss aber das Machbare umgesetzt werden und nicht das Wünschenswerte. Wenn wir hier aber nur Wünsche wahr werden lassen, dann bricht uns alles auseinander, weil der Staatshaushalt von keinem Menschen finanziert werden kann und nicht mehr zu übersehen ist. Ich bitte Sie schon, diesen wichtigen Aspekt zu berücksichtigen.

(Beifall bei der FDP)

Noch etwas: Wir hatten vor dem Jahr 2003 ziemlich viele Stellen in der Ernährungsberatung besetzt. Hatten wir denn vor dem Jahr 2003 noch keine Probleme mit McDonald's? Hatten wir vor 2003 noch keine Probleme mit der Ernährung? - Wir hatten dieselben Probleme, und wir hatten gleichzeitig wesentlich höhere Ausgaben. Ich bitte, das doch zu berücksichtigen.

Was mich ganz fürchterlich an diesem Antrag stört, das ist ein inhaltlicher Aspekt: Sie sagen, wir haben Probleme mit der Ernährung. Gleichzeitig spricht hier jeder nur von den Landkreisen. Was machen wir denn dann mit den kreisfreien Städten? Haben wir dort keine Probleme? - Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von den Freien Wählern: Och, Och! - Sie haben ja keine Ahnung! - Buh, buh!)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Bevor ich zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 10 komme, gebe ich, damit es keine weitere Irritationen gibt, zu Protokoll, dass nach § 156 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Wortmeldung verfällt, wenn sich bei Aufruf eine Rednerin oder ein Redner nicht im Saal befindet. Wir haben uns im Ältestenrat auf eine stringente Handhabung dieses Paragraphen geeinigt, und zwar einstimmig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Außerdem möchte ich festhalten: Es ist zulässig, Zwischenbemerkungen durchzuführen, und diese können von der Rednerin und dem Redner so gestaltet werden, wie diese es für richtig halten.

Ich komme jetzt zur Abstimmung. Die Aussprache ist geschlossen. Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt auf Drucksache 16/3317 die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich kehre nun zu Tagesordnungspunkt 9 zurück, für den wir eine namentliche Abstimmung durchführen wollten. Es ging um den Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl und anderer (SPD), Einbeziehung der Forstverwaltungen in die Evaluation der Forstreform, Drucksache 16/2754. Ich bitte Sie, Ihre Kärtchen in die Hand zu nehmen und diese in die dafür bereitgestellten Urnen einzuwerfen. Sie haben im üblichen Verfahren hierzu fünf Minuten Zeit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 17.32 bis 17.37 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Frist neigt sich dem Ende entgegen. Haben alle Ihre Karten eingeworfen? - Damit beende ich die namentliche Abstimmung.

Wir sammeln unsere letzten Kräfte für den letzten Tagesordnungspunkt. Es ist noch keine namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich rufe nun erneut Tagesordnungspunkt 4 auf. Aus diesem Tagesordnungspunkt sind noch die Nummern 33 und 34 offen. Zu diesen Anträgen wurde Einzelberatung beantragt.

Diese beiden Anträge betreffen das gleiche Thema und werden deshalb gemeinsam aufgerufen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u. a. und Fraktion (SPD)**

**Bürgerinitiativen auf europäischer Ebene (EBI) hier: Stellungnahme zum Grünbuch zur Europäischen Bürgerinitiative (KOM (2009) 622) (Drs. 16/3159)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Stellungnahme des Landtags zum Grünbuch der Europäischen Kommission zur Europäischen Bürgerinitiative (KOM (2009) 622) (Drs. 16/3241)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Wortmeldung hat Frau Rupp für die SPD-Fraktion. Bitte.

**Adelheid Rupp (SPD):** (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es überrascht nicht, dass die Frage "Europäische Bürgerinitiative" im Bayerischen Landtag zunächst keine Aufmerksamkeit erlangt hat. Die SPD-Fraktion hat dann aber einen Antrag zu diesem Thema gestellt. Eine Beteiligung am Konsultationsverfahren wäre wahrscheinlich gar nicht erfolgt, wenn wir hierzu nicht die Initiative ergriffen hätten. Wir alle würden gut daran tun, das Thema Europa stärker zu beachten; denn uns allen ist bekannt, dass die Wahlbeteiligung bei der Europawahl extrem gering ist und die Aufmerksamkeit extrem schlecht. Auch in diesem Parlament wird nach meiner Auffassung deutlich zu wenig dafür getan, dass Europa wirklich ernst genommen wird. Das hat sich auch bei dieser Diskussion gezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt bleibt als Ergebnis dieser Beratungen, dass die direkte Demokratie für die CSU offensichtlich nicht im Mittelpunkt der Überlegungen steht.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): He, he!  
- Weitere Zurufe von der CSU)

Auch inhaltlich neigt die CSU in dieser Frage eher dazu, die Bürgerinnen und Bürger davon abzuhalten, sich auf der europäischen Ebene einzumischen oder Möglichkeiten zu schaffen, die realistisch sind. Dies macht sich insbesondere an der Frage des Quorums fest. Wir haben als Kompromiss für die Europäische Bürgerinitia-

tive ein Quorum von 0,2 % vorgesehen. Wir haben gehofft, dass sich alle Parteien darauf einigen.

An den Beratungen im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben sich - und das habe ich als sehr angenehm empfunden - Vertreter der Verbände "Junge Europäer Bayern", "Mehr Demokratie", "Europa-Union" und andere Verbände beteiligt. In dieser Debatte hat sich herausgestellt, dass ein Quorum von 0,1 % den Vorstellungen der einzelnen Verbände entspricht.

Das Argument, Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der direkten Demokratie würden missbraucht, ist alt und langweilig. Dieselben Argumente haben Sie damals zu den Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden vorgebracht. Jedoch werden diese Bürgerinstrumente nicht missbraucht. Ich bitte Sie alle, den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Frage deutlich mehr zu vertrauen. Ich halte es für falsch, jeglicher Art der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern zu misstrauen. Dieses Misstrauen sollten wir von politischer Seite komplett einstellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in unseren Diskussionen Fehler gemacht und die Europäische Bürgerinitiative auf die Ebene von Volksbegehren und Volksentscheiden gehoben. Das ist sie aber nicht. Wir haben die Diskussion zur Europäischen Bürgerinitiative zu undifferenziert geführt. Sie gibt der Kommission den Auftrag, Dinge auf den Weg zu bringen, jedoch entscheidet sie nicht selbst. Ein Vergleich mit einem Volksbegehren oder einem Volksentscheid war in dieser Debatte nicht angebracht. Die Möglichkeiten, sich an einer Bürgerinitiative zu beteiligen, welche Vertrags- und Gesetzesänderungen herbeiführen könnte, sollten im Vergleich zu einem Volksbegehren oder einem Volksentscheid erleichtert werden.

Wir haben unseren Antrag in der Art abgeändert, dass das Quorum von 0,2 % durch das Quorum von 0,1 % ersetzt worden ist. Außerdem haben wir die einleitende Passage geändert. Diese Änderungen sind leider bis jetzt nicht in die Drucksache aufgenommen worden. Ich bitte darum, diese Änderungen zu berücksichtigen.

Nun spreche ich einen letzten Punkt an, der für uns sehr wichtig ist. Gerade junge Menschen interessieren sich leider nur sehr wenig für Europa. Das Mindestalter für die Beteiligung an einer Bürgerinitiative sollte auf 16 Jahre festgesetzt werden, da die Europäische Bürgerinitiative unter einer Wahlentscheidung angesiedelt ist. Ich habe die Ängste, Sorgen und Nöte zu der Festsetzung des Mindestalters auf 16 Jahre nicht verstanden, die letztendlich einen Kompromiss verhindert haben. In anderen Ländern Europas dürfen Jugendli-

che schon mit 16 Jahren wählen. Insofern hätte großzügig verfahren werden können, indem einer Beteiligung von Sechzehnjährigen an der Europäischen Bürgerinitiative zugestimmt worden wäre. Durch die Europäische Bürgerinitiative eröffnet sich die Möglichkeit, mit den Jugendlichen inhaltlich in die Debatte über europapolitische Regelungen einzusteigen. Dies ist leider nicht passiert. Das bedauere ich sehr. Ich hätte mir gewünscht, dass der Bayerische Landtag entschiedener und kraftvoller am Konsultationsverfahren teilnimmt.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Die nächste Rednerin für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist Frau Kamm. - Ich bitte Sie um ein wenig Konzentration. In 20 Minuten ist die Sitzung vorbei.

**Christine Kamm (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Europa wächst immer mehr zusammen. Das ist gut so. Unentbehrlich für ein funktionierendes Europa ist die Einführung von Instrumenten der direkten Demokratie auf europäischer Ebene. Heute steht die Europäische Bürgerinitiative zur Diskussion, die jedoch nicht - meine Kollegin Adelheid Rupp hat dies bereits erwähnt - die Entscheidungen des Parlaments oder der Kommission ersetzt. Die Europäische Bürgerinitiative gibt den Bürgerinnen und Bürgern in Europa lediglich die Möglichkeit, eine Initiative einzubringen, über welche die Europäische Kommission innerhalb von sechs Monaten entscheiden muss. Damit besteht im Rahmen dieser Initiative lediglich ein Initiativrecht, das jedoch nicht zu entsprechenden Entscheidungen berechtigt. Die Europäische Bürgerinitiative kann nur Anstöße geben. Von daher sollten wir die Europäische Bürgerinitiative nicht mit zu hohen Hürden belasten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher halten wir es für ausreichend, nur "ein Fünftel" der europäischen Staaten formell zu beteiligen. Wir sollten von den Initiatoren nicht fordern, von 0,2 % der wahlberechtigten Bevölkerung je Mitgliedstaat Unterschriften zu sammeln. In der Bundesrepublik Deutschland - zusammen mit den nötigen Unterschriften in anderen Ländern - wären dies Unterschriften von über einer Million Bürgerinnen und Bürger.

Wie die SPD sind wir davon überzeugt, dass sich eine Beteiligung an der Europäischen Bürgerinitiative insbesondere von Jugendlichen positiv auswirken würde. Außerdem hoffen wir, dass wir möglichst unbürokratische Instrumente zur Überprüfung und Authentifizierung der geforderten Unterschriften finden können. Wir halten es nicht für sinnvoll, eine solche Initiative auf

einen zu engen Zeitraum zu begrenzen. Darüber hinaus begrüßen wir eine möglichst große Transparenz der Bürgerinitiativen.

Unter der Voraussetzung einer geleisteten Mindestanzahl von Unterschriften wäre eine entsprechende Unterstützung von Seiten der Europäischen Kommission zu begrüßen. Den Initiativen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, ihren Text in andere Sprachen übersetzen zu lassen. In Europa existieren viele Sprachen, die nicht Allgemeingut sind. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn die Europäische Kommission über die Initiativen nicht nur urteilt, sondern ihnen nach der Sammlung einer Mindestzahl an Unterschriften ein Anhörungsrecht zuspricht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ermöglichen wir den Bürgerinnen und Bürgern eine möglichst unbürokratische Europäische Bürgerinitiative. Ermöglichen wir den Bürgerinnen und Bürgern Europas ein Instrument, über das sie sich mit ihren Anliegen direkt an die Europäische Kommission wenden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Herr Sauter hat sich für die CSU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön.

**Alfred Sauter (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln Anträge, die im federführenden Ausschuss bereits abgelehnt worden sind.

(Zurufe)

- Dann müssen wir den Lautsprecher lauter stellen.

(Harald Güller (SPD): Ob das was ändert, wissen wir auch nicht!)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Der Lautsprecher ist voll aufgedreht. Bitte fahren Sie das Rednerpult ein wenig hoch. - Perfekt.

**Alfred Sauter (CSU):** Ich sollte meine Stimme dennoch nicht zu laut erheben, da diesbezüglich schon einige Kommentare abgegeben worden sind. Ich möchte mich ungern in den Kreis derjenigen einreihen, die dazu bereits kommentiert worden sind.

Wir beraten heute Anträge, die im federführenden Ausschuss schon abgelehnt worden sind. Im federführenden Ausschuss ist ein Antrag der CSU beschlossen worden, der die Grundlage der Stellungnahme dieses Parlaments darstellt. Die jetzige Debatte dient dazu,

dass die Anträge, die erneut beraten werden, abgelehnt werden.

Wie dem auch sei, Frau Kollegin Rupp hat heute dafür geworben, dass Kompromisse gefunden werden. Dies war im Ausschuss leider nicht möglich, weil Frau Kollegin Rupp erklärt hat, es werde so gemacht, wie sie es wolle; etwas anderes gebe es nicht. Das ist eine Vorgehensweise, die als wenig erfolgversprechend anzusehen ist. Daher haben wir uns auch schwergetan, einen Weg zueinander zu finden.

Ansonsten wird natürlich begrüßt, dass es die Europäische Bürgerinitiative gibt. Im Rahmen des Konsultationsprozesses haben wir uns daran beteiligt.

Im Zuge dessen waren im Ausschuss einige Fragen kontrovers, von denen ich aber glaube, dass es nicht nur die eine Wahrheit gibt, die eben dargestellt worden ist.

Ich gebe Ihnen einmal etwas zum Rechnen. In dem jeweiligen Land müssen 0,2 % der Bevölkerung unterschreiben. Frau Kollegin Kamm hat aber gerade von Millionen geredet, die allein in Deutschland unterschreiben müssten. Vielleicht unterliege ich einem Rechenfehler. Aber ich unterstelle für die Bundesrepublik Deutschland einmal eine Bevölkerung von 80 Millionen Einwohnern. Nach der alten Rechnung ist ein Drittel nicht wahlberechtigt. Jetzt sage ich einmal großzügig, dass wir dann bei 50 Millionen Einwohnern landen. Bei dieser Zahl ist das Rechnen einfacher. 0,2 % von 50 Millionen ergeben bei mir 100.000. Aber vielleicht habe ich da einen Fehler gemacht. Vielleicht gibt es hier jemanden, der auf eine Million kommt.

Auf alle Fälle würden also bei uns 100.000 Unterschriften ausreichen. Europaweit brauchen wir insgesamt eine Million.

Wir sollten einmal daran denken, dass es vor Kurzem im Rahmen der Vorbereitung eines Volksbegehrens gelungen ist, dass 1,3 Millionen Unterschriften geleistet worden sind, und zwar nur im Freistaat Bayern, der nicht die vorhin genannten 80 Millionen Einwohner hat, sondern sich im unteren zweistelligen Millionenbereich bewegt. So können Sie vielleicht nachvollziehen, dass die Zahl von 0,2 oder 0,1 % nicht so entscheidend ist, um zu bewerten, ob es eine ausreichende Beteiligung geben wird oder nicht. 0,2 % ist eine durchaus vertretbare Zahl. Deshalb haben wir uns im Ausschuss dafür entschieden.

Was das Alter anlangt, ab dem man sich beteiligen darf, so ist es wirklich fair, zu sagen: Wir orientieren uns an dem Alter, das in den einzelnen Staaten der Europäischen Union für die Wahl zum Europäischen Parlament vorgeschrieben ist. Das ist eine Lösung, die jedem

Staat die Regelung im Rahmen seiner Souveränität überlässt und niemandem vorgreift. Damit geriert sich auf europäischer Ebene niemand besserwisserisch. Vielmehr soll es jeder Staat so machen, wie er es für sein eigenes Land entschieden hat.

Nachdem wir uns für die genannte Lösung entschieden und sie im Ausschuss mehrheitlich durchgesetzt haben, bestand heute für die Opposition die Möglichkeit, ihre Position so darzustellen, wie sie sie gern verwirklicht sähe.

Inwiefern das mit dem Verfahren nach § 151 der Geschäftsordnung vernünftig in Einklang zu bringen ist, Frau Vizepräsidentin, bitte ich einmal im Ältestenrat zu prüfen. Es ist kurios, dass auf der einen Seite nach § 151 im Ausschuss statt in der Vollversammlung beschlossen wird. So ist es jetzt geschehen. Dann kommt die Opposition mit den Anträgen, die abgelehnt worden sind, um sie hier zur Debatte zu stellen und das Thema hier aufs Tapet zu bringen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

- Ich halte dieses Verfahren für grundsätzlich überdenkenswert; denn ich bin nicht dafür, dass man auf der einen Seite im Ausschuss verbindlich entscheidet und dann auf der anderen Seite die Geschichte wieder ins Plenum zieht.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist der normale Gang eines Antrags!)

- Ich erlaube mir trotzdem zu bemerken, dass ich das nicht für besonders intelligent halte.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Der nächste Redner ist Professor Piazzolo für die Freien Wähler.

**Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es hat mich schon erstaunt, Herr Sauter, dass Sie sich so leicht von Frau Rupp ins Bockshorn jagen lassen. Wenn es die CSU mit einem Kompromiss ernst gemeint hätte, dann hätte eine Stimme aus der Opposition Sie nicht von ernsthaften Bemühungen abgebracht. Ich erinnere mich, dass Sie vor einigen Jahren sogar dem Ministerpräsidenten Stoiber widerstanden haben, und zwar relativ lange. Insofern glaube ich, dass man wirklich einen Kompromiss hätte finden sollen.

Ich bin ganz froh, dass wir uns heute über die Europäische Bürgerinitiative unterhalten. Es ist - darin sind wir uns alle einig - faszinierend, was da entwickelt wurde. Menschen aus verschiedenen europäischen Ländern können sich zusammentun, um gemeinsam eine europäische Rechtsnorm zustande zu bringen. Man muss

sich vor Augen halten, dass das vor einigen Jahrzehnten nicht möglich gewesen wäre. Damals wäre es auch nicht möglich gewesen, darüber zu reden.

Vor 70 Jahren, am 9. Februar 1940, haben deutsche Zerstörer Minen vor der englischen Küste gelegt. In Finnland gab es Krieg. Kurz danach begann die Dänemark-Offensive. Heute können sich Bürger dieser vier und einiger weiterer Länder in Europa zusammen auf Rechtsnormen einigen. Es ist toll, was in diesen 70 Jahren erreicht wurde. Deshalb finde ich es gut, dass wir diesen Fortschritt heute im Landtag noch einmal betonen können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Uns macht gemeinsam ein bisschen Sorge, dass die europäische Idee bei den Bürgern manchmal in Misskredit gebracht wurde. Gerade deshalb ist es notwendig, diese Initiativen nicht zu erschweren. Sie müssen einfach, transparent und flexibel handhabbar sein. In dieser Hinsicht waren wir uns im Ausschuss einig. Das Einzige, was uns unterschieden hatte, war der Weg, wie man das Ziel erreicht. Darüber reden wir auch heute. Ich denke, die verschiedenen Lösungen waren nicht allzu weit auseinander.

Wir Freien Wähler begrüßen die Europäische Bürgerinitiative. Wir erhoffen uns Vieles davon. Wir sind der Auffassung, dass man es den Bürgern möglichst leicht machen sollte. In dieser Hinsicht finden wir die meisten Gemeinsamkeiten bei dem Antrag der SPD. Deswegen werden wir ihn unterstützen.

Wir sind der Auffassung, dass man es gerade bei der Bürgerinitiative durchaus riskieren kann, das Mindestwahlalter auf 16 Jahre festzulegen. Die Argumente, die Kollege Sauter vorgetragen hat, sind durchaus ernst zu nehmen. Man kann das Mindestwahlalter auch auf 18 Jahre festlegen. Es wäre einmal einen Feldversuch wert, es mit 16 Jahren zu wagen. Vielleicht kann man sich schon mit 16 Jahren an einer solchen Initiative beteiligen. Man müsste dann schauen, wie die jungen Menschen diese Möglichkeit annehmen.

Ähnliche Auffassungen haben wir bezüglich des Quorums. Dieses sollte man nicht zu hoch ansetzen.

Ein bisschen enttäuscht hat uns, dass wir uns interfraktionell nicht einigen können. Das ist nun einmal so. Unsere Vorstellungen liegen aber nicht weit auseinander. Im Ausschuss haben wir vereinbart, dass wir uns nach den Erfahrungen, die in nächster Zeit vielleicht gemacht werden, zusammensetzen. Vielleicht lässt sich dann eine gemeinsame Initiative entwickeln.

Mir war noch ein letzter Punkt wichtig. Wir sollten nicht auf der europäischen Ebene stehen bleiben. Ich erin-

mere mich an den Wahlkampf vor der Wahl des Europäischen Parlaments. Da kamen aus der CSU Töne in Richtung Bund, das heißt, dort sollten zumindest in europäischen Angelegenheiten Möglichkeiten zu Volksbegehren und Volksentscheiden geschaffen werden. Das mahne ich an dieser Stelle an. Werden Sie dort aktiv! Wir fordern es schon seit Längerem und sind dabei nicht die Einzigen. Ich würde mich sehr freuen, wenn auch auf Bundesebene die Bevölkerung mehr mitentscheiden und mitbestimmen könnte. Das würde unserer Demokratie sicherlich guttun.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Ich bitte nun um Aufmerksamkeit für den letzten Redebeitrag. Das Wort hat Herr Dr. Fischer.

**Dr. Andreas Fischer (FDP):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit dem beginnen, was uns alle hier eint: Das ist das Bekenntnis zu Europa und das Bekenntnis zur direkten Demokratie. Auch die FDP befürwortet nachdrücklich die mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon geschaffene Europäische Bürgerinitiative als ein wichtiges Instrument für eine verbesserte Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene.

Wir begrüßen das von der Europäischen Union vorgelegte Grünbuch, mit dem der Konsultationsprozess zur konkreten Ausgestaltung der Bedingungen und Verfahren einer Europäischen Bürgerinitiative begonnen wurde. Diese Europäische Bürgerinitiative ist eine der zahlreichen und eine der wichtigsten Neuerungen im Vertrag von Lissabon. Wir wollen die Union dadurch demokratischer gestalten, dass den Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, auf die EU-Politik unmittelbar Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen eine unmittelbare Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses, und wir wollen die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte der Bürgerinnen und Bürger erweitern.

(Beifall bei der FDP)

Die Europäische Bürgerinitiative ist eine große Chance, öffentlichen Debatten über die europäische Politik neue Impulse zu verleihen. Soweit sind alle Fraktionen in diesem Hohen Hause einig. Leider ist ein fraktionsübergreifender Antrag nicht zustande gekommen. Ich bedaure das ausdrücklich.

Ich möchte erläutern, warum wir den vorliegenden Anträgen der GRÜNEN und der SPD nicht zustimmen

können und dem Ausschuss einen eigenen Antrag vorgelegt haben, der in vielen Punkten, aber eben nicht in allen, in die gleiche Richtung zielt.

Es ist bereits gesagt worden: Eines der Kernelemente ist das gesenkte Mindestalter. Der Antrag der SPD möchte das Mindestalter auf 16 Jahre festschreiben. Wir halten das nicht für den richtigen Weg. Es wäre auch nicht richtig, wenn wir in unserem Antrag ein Mindestalter von 18 Jahren festschreiben würden, sondern wir wollen das erforderliche Mindestalter an dem jeweiligen Wahlalter eines Mitgliedstaates für die Wahl zum Europäischen Parlament orientieren. Das ist sachgerecht.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt wenige Gründe, hier die Initiative und das Wahlalter auseinanderlaufen zu lassen. Es ist auch ein Irrglaube zu meinen, dass man mit einer Herabsetzung des Mindestalters automatisch ein größeres Interesse bei den Jugendlichen hervorruft. Nicht ohne guten Grund äußern sich viele Jugendliche in diesem Hohen Hause skeptisch, wenn man eine Absenkung des Wahlalters ins Spiel bringt.

(Jörg Rohde (FDP): So ist es!)

Ein weiterer Punkt, den wir kritisch sehen, ist die Möglichkeit im Antrag der SPD, die Unterschriften online zu sammeln. Hier sehen wir Missbrauchsmöglichkeiten. Wir sehen auch kein Bedürfnis dafür; das geht auch auf dem klassischen Weg. Es ist sinnvoller, bei den bewährten Methoden zu bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Schließlich ein Wort zum Antrag der GRÜNEN. Es wurde gesagt, 0,2 % seien kein geeigneter Schwellenwert. Das bezweifle ich. 0,05 % eines jeden Mitgliedstaates ist eine Zahl, die von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat naturgemäß sehr schwankt. Schauen Sie sich beispielsweise Luxemburg an. Da reichen dann weniger als 200 Unterschriften. Das ist eine andere Situation als in Deutschland, und die meisten EU-Staaten sind kleiner. Und selbst in Deutschland - das ist schon ausgeführt worden - hat sich die 0,2 %-Hürde bewährt. Man sieht es an der bayerischen Regelung. Die bayerische Regelung zur direkten Demokratie hat sich bewährt. Sie ist gut so. Wir sollten sie übernehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ein letztes Wort zum Antrag der GRÜNEN. Der Zeitraum für die Sammlung von Unterschriften ist in unserem Vorschlag auf ein Jahr festgesetzt. Wir meinen, dass die Zeit, um Unterschriften zu sammeln, mit einem Jahr gut bemessen ist. Es gibt die Möglichkeit einer

Vorlaufzeit. Das noch auszudehnen, weil man sagt, man brauche zwei Jahre, um Unterschriften zu sammeln, ist, wie ich meine, eher eine Verschleppung des Verfahrens als eine nützliche Verfahrensvorschrift. Deswegen lehnen wir die Anträge der SPD und der GRÜNEN ab. Unser Antrag ist der richtige. Er steht hier nicht zur Diskussion; er wurde im Ausschuss bereits verabschiedet. Wir können den beiden hier vorliegenden Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Fischer. Dem Präsidium liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb können wir die Aussprache schließen und in die Abstimmung eintreten.

Ich lasse zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/3159 abstimmen. Es handelt sich um die Listennummer 33 in der Anlage. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten empfiehlt auf Drucksache 16/3280 die Ablehnung des Antrags. Wer dagegen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und der GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? - Die Fraktionen von CSU und FDP. Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Noch abzustimmen ist über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/3241. Das ist die Listennummer 34. Hier empfiehlt der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten auf Drucksache 16/3281 ebenfalls die Ablehnung. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und eine Stimme aus der SPD. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der Freien Wähler. Enthaltungen bitte. - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind noch nicht ganz am Ende. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u. a. (SPD) betreffend die Einbeziehung der Forstverwaltungen in die Evaluation der Forstreform, Drucksache 16/2754, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 61, mit Nein haben gestimmt 93. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Es ist eingeladen bis 18.30 Uhr. Wir könnten uns die Zeit miteinander noch nett vertreiben. Ich gehe aber

davon aus, Sie möchten die Tagesordnung, nachdem sie abgearbeitet ist, jetzt mit dem Sitzungsende krönen. Ich entlasse Sie deshalb in den Feierabend.

(Schluss: 18.07 Uhr)

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Jutta Widmann und Fraktion (FW)  
 Änderung des Mehrwertsteuergesetzes  
 Drs. 16/1134, 16/3332 (A)

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO  
 Votum des mitberatenden Ausschusses für  
 Bundes- und Europaangelegenheiten**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FW)  
 Senkung der Mehrwertsteuer  
 Drs. 16/1135, 16/3333 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Inge Aures u.a. SPD  
 Übernahme der Kosten für den sog. „Feuerwehrführerschein“  
 Drs. 16/1634, 16/3334 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Erika Görlitz, Oliver Jörg u.a. CSU, Tobias Thalhammer, Thomas Dechant, Dr. Annette Bulfon u.a. FDP  
Bayerische Kontaktbörse für Generationenprojekte  
Drs. 16/1856, 16/3321 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

5. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Harald Güller, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Mehr Mittel für Fanprojekte in Bayern - Mehr Sicherheit auf Bayerns Fußballplätzen  
Drs. 16/2039, 16/3335 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)  
Neuausrichtung des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen  
Drs. 16/2182, 16/3324 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)  
Förderung des Dialogs zwischen den Generationen  
Drs. 16/2184, 16/3326 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Rechts- und Planungssicherheit für Frauenhäuser und Notrufe gewährleisten  
Drs. 16/2196, 16/3328 (A)

**Antrag der Fraktion der Freien Wähler gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO**  
**Votum des mitberatenden Ausschusses für**  
**Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)  
Erhöhung der Anrechnungsstunden für Schulpsychologen  
Drs. 16/2237, 16/3282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Sozialbericht ernst nehmen!  
Gesundheitsschutz durch Umweltschutz  
Drs. 16/2360, 16/3246 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD  
Reduzierung des Feinstaubs -  
Bericht über eingeleitete Maßnahmen, deren Bewertung und Perspektiven  
Drs. 16/2497, 16/3415 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Kathrin Sonnenholzner, Ludwig Wörner u.a. SPD  
Leisere Kommunen:  
Bericht über Bilanz und Perspektiven der Umgebungslärmsanierung in Bayern  
Drs. 16/2498, 16/3320 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

13. Antrag des Abgeordneten Christian Meißner CSU  
Bericht zur Kriminalität gewaltbereiter Motorradgruppen in Bayern  
Drs. 16/2513, 16/3310 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über Kosten- und Nutzenanalysen und Evaluationen der Doppik  
Drs. 16/2515, 16/3201 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer,  
Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP)  
Benachteiligung von Biogas als erneuerbare Energie im EEWärmeG beseitigen  
Drs. 16/2551, 16/3416 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Albert Füracker und Fraktion (CSU),  
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP)  
Wettbewerbsfähigkeit von Biokraftstoffen wiederherstellen  
Drs. 16/2552, 16/3417 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)  
Bayern, aber gerechter  
Gesetzlicher Mindestlohn für gute Arbeit  
Drs. 16/2556, 16/3319 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Harald Güller u.a. SPD  
Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag  
hier: Anhörung des Landesbeauftragten für den Datenschutz  
Drs. 16/2584, 16/3338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider, Inge Aures u.a.  
SPD  
Keine Augenwischerei - mehr Polizisten einstellen!  
Drs. 16/2586, 16/3202 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

## Berichtigung

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion (FW)  
Staatliches Förderprogramm für die Sanierung der Abwasserkanäle  
Drs. 16/2683, 16/3247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Martin Güll u.a. und Fraktion (SPD)  
Bericht zu Versorgungsfonds  
Drs. 16/2685, 16/3249 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

**der den Dringlichkeitsantrag in seiner Zweitberatung für erledigt erklärt hat.**

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)  
Ausbau 2. S-Bahn-Tunnel  
Drs. 16/2688, 16/3307 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

23. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Ulrike Müller und Fraktion (FW)  
Regionale Produkte in staatlichen Einrichtungen verwenden  
Drs. 16/2700, 16/3318 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Petra Guttenberger, Johannes Hintersberger u.a. CSU, Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP  
Mehr Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz - Lärmindernde Fahrbahnen flächendeckend vorsehen  
Drs. 16/2761, 16/3322 (ENTH)

**Antrag der Fraktion der Freien Wähler gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Markus Blume, Dr. Otto Hünnerkopf, Johannes Hintersberger u.a. CSU, Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP  
Mehr Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz - Trassenentgelte im Schienenverkehr immissionsabhängig gestalten  
Drs. 16/2762, 16/3323 (E)

**Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Johannes Hintersberger, Markus Blume u.a. CSU, Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP  
Mehr Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz - Sonderfinanzhilfen für den Lärmschutz an kommunalen Straßen auflegen  
Drs. 16/2764, 16/3325 (ENTH)

**Antrag der Fraktion der Freien Wähler gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Johannes Hintersberger, Markus Blume u.a. CSU,  
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP  
Mehr Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz - Schienenbonus im  
Immissionsschutzrecht überprüfen  
Drs. 16/2765, 16/3327 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Markus Blume, Dr. Otto Hünnerkopf, Johannes Hintersberger u.a. CSU,  
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP  
Mehr Lebensqualität durch effektiven Lärmschutz - Ergebnisse der Bahnlärmkartierung  
bei der Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans und des  
Bahnlärmсанierungsprogramms berücksichtigen  
Drs. 16/2766, 16/3329 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Gesundheit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

29. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU,  
Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann, Dr. Andreas Fischer u.a. FDP  
Belastbare Vergleichsberechnung der Kosten für die Unterbringung von Asylbewerber  
Drs. 16/2814, 16/3330 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Soziales, Familie und Arbeit

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>				

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Franz Xaver Kirschner, Karsten Klein u.a. und Fraktion (FDP),  
Erwin Huber, Eberhard Rotter, Renate Dodell u.a. und Fraktion (CSU)  
Gesamtkonzept für den Bahnknoten München  
Drs. 16/2898, 16/3315 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

<b>CSU</b>	<b>SPD</b>	<b>FW</b>	<b>GRÜ</b>	<b>FDP</b>
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde u.a. und Fraktion (FDP)  
Bericht zu Laserangriffen auf Flugzeuge  
Drs. 16/2962, 16/3268 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

32. Antrag der Abgeordneten Eberhard Sinner u.a. CSU  
Weiterentwicklung des Adressraums im Internet - Unterstützung der Einführung der Top-Level-Domain „bayern“  
Drs. 16/3093, 16/3279 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

33. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak u.a. und Fraktion (SPD)  
Bürgerinitiativen auf europäischer Ebene (EBI)  
hier: Stellungnahme zum Grünbuch zur Europäischen Bürgerinitiative (KOM (2009) 622)  
Drs. 16/3159, 16/3280 (A)

**Der Antrag wird einzeln beraten**

34. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Stellungnahme des Landtags zum Grünbuch der Europäischen Kommission zur Europäischen Bürgerinitiative (KOM (2009) 622)  
Drs. 16/3241, 16/3281 (A)

**Der Antrag wird einzeln beraten**

35. Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Markus Blume, Eberhard Rotter u.a. CSU  
Ertüchtigung des Bahnknotens München für den Nah-, Regional- und Fernverkehr  
Drs. 16/2426, 16/3306 (E) [X]

**abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>				

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.02.2010 zu Tagesordnungspunkt 6: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FW; Stärkung der ambulant betreuten Wohngemeinschaften (Drucksache 16/2181)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert	X		
<b>Arnold</b> Horst			
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X		
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X		
<b>Biechl</b> Annemarie		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X		
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X	
<b>Daxenberger</b> Sepp			
<b>Dechant</b> Thomas		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X		
<b>Dodell</b> Renate			
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X		
<b>Felbinger</b> Günther	X		
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus			
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
<b>Gehring</b> Thomas			
<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X	
<b>Görlitz</b> Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva	X		
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Hacker</b> Thomas		X	
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar			
<b>Hallitzky</b> Eike	X		
<b>Hanisch</b> Joachim	X		
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
Dr. <b>Herz</b> Leopold	X		
<b>Hessel</b> Katja			
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang		X	
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Jung</b> Claudia	X		
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver			
<b>Klein</b> Karsten		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Kränzle</b> Bernd			
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Ländner</b> Manfred		X	
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Miller</b> Josef			
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele	X		
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pointner</b> Mannfred	X		
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald			
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus		X	
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Sprinkart</b> Adi			
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa			
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone			
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig			
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zeil</b> Martin		X	
<b>Zeitler</b> Otto		X	
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	61	96	0

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.02.2010 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige (Drucksache 16/2555)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert		X	
<b>Arnold</b> Horst			
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X	
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X		
<b>Biechl</b> Annemarie		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X		
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brunner</b> Helmut			
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X	
<b>Daxenberger</b> Sepp			
<b>Dechant</b> Thomas		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X		
<b>Dodell</b> Renate			
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen		X	
<b>Felbinger</b> Günther			
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus			
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
<b>Gehring</b> Thomas			
<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X	
<b>Görlitz</b> Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Hacker</b> Thomas		X	
<b>Haderthauer</b> Christine		X	
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hallitzky</b> Eike	X		
<b>Hanisch</b> Joachim		X	
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
Dr. <b>Herz</b> Leopold		X	
<b>Hessel</b> Katja		X	
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang		X	
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel		X	
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Jung</b> Claudia		X	
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver		X	
<b>Klein</b> Karsten		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Kränzle</b> Bernd			
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Ländner</b> Manfred			
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike		X	
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin		X	
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			X
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Pointner</b> Mannfred		X	
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef		X	
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus		X	
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus			
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schneider</b> Siegfried			
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja		X	
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig			
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa			
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone			
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zeil</b> Martin		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zellmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	48	111	1

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.02.2010 zu Tagesordnungspunkt 9: Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u. a. SPD; Einbeziehung der Forstverwaltungen in die Evaluation der Forstreform (Drucksache 16/2754)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert			
<b>Arnold</b> Horst			
<b>Aures</b> Inge	X		
<b>Bachhuber</b> Martin		X	
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter	X		
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried		X	
<b>Bause</b> Margarete	X		
Dr. <b>Beckstein</b> Günther		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X		
<b>Biechl</b> Annemarie		X	
<b>Biedefeld</b> Susann	X		
<b>Blume</b> Markus		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun		X	
<b>Brunner</b> Helmut		X	
Dr. <b>Bulfon</b> Annette		X	
<b>Daxenberger</b> Sepp			
<b>Dechant</b> Thomas		X	
<b>Dettenhöfer</b> Petra		X	
<b>Dittmar</b> Sabine	X		
<b>Dodell</b> Renate			
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
Dr. <b>Dürr</b> Sepp	X		
<b>Eck</b> Gerhard		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Eisenreich</b> Georg		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen	X		
<b>Felbinger</b> Günther			
Dr. <b>Fischer</b> Andreas		X	
Dr. <b>Förster</b> Linus			
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Füracker</b> Albert		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul	X		
<b>Gehring</b> Thomas			
<b>Glauber</b> Thorsten			
<b>Goderbauer</b> Gertraud		X	
<b>Görlitz</b> Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Gote</b> Ulrike	X		
<b>Gottstein</b> Eva	X		
<b>Güll</b> Martin	X		
<b>Güller</b> Harald	X		
<b>Guttenberger</b> Petra		X	
<b>Hacker</b> Thomas		X	
<b>Haderthauer</b> Christine			
<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
<b>Hallitzky</b> Eike	X		
<b>Hanisch</b> Joachim	X		
<b>Hartmann</b> Ludwig	X		
<b>Heckner</b> Ingrid		X	
<b>Heike</b> Jürgen W.		X	
<b>Herold</b> Hans		X	
Dr. <b>Herrmann</b> Florian		X	
<b>Herrmann</b> Joachim			
Dr. <b>Herz</b> Leopold	X		
<b>Hessel</b> Katja		X	
Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang		X	
<b>Hintersberger</b> Johannes		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
Dr. <b>Huber</b> Marcel			
Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto		X	
<b>Huml</b> Melanie		X	
<b>Imhof</b> Hermann		X	
<b>Jörg</b> Oliver		X	
<b>Jung</b> Claudia	X		
<b>Kamm</b> Christine	X		
<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Kiesel</b> Robert		X	
Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver		X	
<b>Klein</b> Karsten		X	
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>König</b> Alexander		X	
<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Kränzle</b> Bernd			
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Ländner</b> Manfred			
Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp		X	
<b>Lorenz</b> Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz			
<b>Matschl</b> Christa		X	
<b>Meißner</b> Christian		X	
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte		X	
<b>Meyer</b> Peter	X		
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Müller</b> Ulrike	X		
<b>Mütze</b> Thomas	X		
<b>Muthmann</b> Alexander	X		
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Neumeyer</b> Martin			
<b>Nöth</b> Eduard		X	
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard		X	
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele	X		
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich			
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael	X		
<b>Pohl</b> Bernhard	X		
<b>Pointner</b> Mannfred	X		
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef			
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radwan</b> Alexander		X	
<b>Reichhart</b> Markus	X		
<b>Reiß</b> Tobias		X	
<b>Richter</b> Roland		X	
Dr. <b>Rieger</b> Franz		X	
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian	X		
<b>Rohde</b> Jörg		X	
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Rüth</b> Berthold		X	
Dr. <b>Runge</b> Martin	X		
<b>Rupp</b> Adelheid	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sandt</b> Julika		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Scharfenberg</b> Maria	X		
<b>Schindler</b> Franz			
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmid</b> Peter		X	
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schöffel</b> Martin		X	
<b>Schopper</b> Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika		X	
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin		X	
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja	X		
<b>Schwimmer</b> Jakob		X	
<b>Seidenath</b> Bernhard		X	
<b>Sem</b> Reserl		X	
<b>Sibler</b> Bernd		X	
<b>Sinner</b> Eberhard		X	
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig		X	
<b>Sprinkart</b> Adi	X		
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stahl</b> Christine	X		
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Stamm</b> Claudia	X		
<b>Steiger</b> Christa			
<b>Steiner</b> Klaus		X	
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Stierstorfer</b> Sylvia		X	
<b>Stöttner</b> Klaus			
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Streibl</b> Florian	X		
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayr</b> Simone			
<b>Taubeneder</b> Walter		X	
<b>Tausendfreund</b> Susanna	X		
<b>Thalhammer</b> Tobias		X	
<b>Tolle</b> Simone			
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wägemann</b> Gerhard		X	
<b>Weidenbusch</b> Ernst		X	
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd		X	
Dr. <b>Weiß</b> Manfred			
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim	X		
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna			
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate		X	
<b>Winter</b> Georg		X	
<b>Winter</b> Peter		X	
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zeil</b> Martin			
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zelmeier</b> Josef		X	
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	61	93	0